



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG

Umsetzung des NKHR auf kommunaler Ebene
in Baden-Württemberg

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Elisabeth Lohr

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachter: Prof. Wolfgang Rieth
Zweitgutachter: Dirk Leißner

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	III
Abbildungsverzeichnis.....	IV
Anlagenverzeichnis.....	V
1 Einführung	1
2 Theoretische Grundlagen	2
2.1 Die Kameralistik	2
2.2 Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) ..	4
3 Reformentwicklung des NKHR.....	6
3.1 Bundesinnenministerkonferenz 2003	6
3.1.1 Umsetzung des Beschlusses in Deutschland	8
3.1.2 Reformprozess in Baden-Württemberg.....	9
3.2 Idee eines Wahlrechts.....	10
3.2.1 Stellungnahmen von kommunalen Landesverbänden	10
3.2.1.1 Gemeindetag Baden-Württemberg	10
3.2.1.2 Städtetag Baden-Württemberg.....	11
3.2.1.3 Landkreistag Baden-Württemberg.....	12
3.2.1.4 Gemeindeprüfungsanstalt	12
3.2.1.5 Berufsverband kommunaler Finanzverwaltungen in Baden-Württemberg e.V.	13
3.2.1.6 Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Kehl und Ludwigsburg.....	13
3.2.1.7 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.....	16
3.2.2 Umfrage zum Stimmungsbild baden-württembergischer Kommunen	17
3.2.2.1 Inhalt und Ziel der Befragung.....	17
3.2.2.2 Rücklauf und Methode der Befragung	18

3.2.2.3 Ergebnisse der Befragung	18
3.2.2.4 Wahl zwischen bisheriger Kameralistik - Doppik und erweiterter Kameralistik - Doppik	19
3.2.2.5 Reaktionen auf das Wahlrecht.....	19
3.2.2.6 Zeitpunkt der Umstellung	20
3.2.2.7 Vollvermögensrechnung.....	21
4 Beschluss vom 10. Juli 2012 der Landesregierung BW – kein Wahlrecht.....	22
4.1 Reaktionen auf den Beschluss.....	23
5 Aktueller Stand der Reformentwicklungen	24
5.1 Bestehende Vereinfachungsregelungen	26
5.1.2 Inventur.....	26
5.1.3 Eröffnungsbilanz	28
5.2 Vereinfachungen im Bundesvergleich.....	29
5.2.1 Inventur.....	29
5.2.2 Eröffnungsbilanz	30
6 Evaluierung.....	33
6.1 Kameralistische Kommunen	33
6.1.1 Stadt Meßkirch.....	34
6.1.2 Stadt Marbach	35
6.1.3 Stadt Veringenstadt	35
6.1.4 Gemeinde Löchgau.....	36
6.1.5 Gemeinde Pleidelsheim	36
6.2 Doppische Kommunen.....	37
6.2.1 Stetten am kalten Markt.....	38
6.2.2 Östringen	39
6.2.3 Stadt Bad Krozingen	39

6.2.4 Trossingen	40
6.2.5 Sindelfingen	41
7 Fazit und Ausblick.....	42
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	I
Erklärung zur Bachelorarbeit.....	V

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AG	Arbeitsgemeinschaft
AHK	Anschaffungs- und Herstellungskosten
BKF	Berufsverband der kommunalen Finanzverwaltungen in BW
ff.	folgende
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemO	Gemeindeordnung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
HGB	Handelsgesetzbuch
IMK	Innenministerkonferenz
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
i.V.m.	in Verbindung mit
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
LB	Ludwigsburg (Landkreis)
NKHR	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
o.g.	oben genannt
SIG	Sigmaringen (Landkreis)
VwV	Verwaltungsvorschrift
VwV-VmR	Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Vermögensrechnung

Anmerkung:

Das Wort Kommune wird in dieser Bachelorarbeit als Synonym für die Begriffe Städte und Gemeinde verwendet.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Einführung des neuen Haushaltsrechts in den Flächenländern.....	8
Abb. 2 Ergebnis Umfrage Doppik Kameralistik.....	18
Abb. 3 Ergebnis Umfrage Doppik – erw. Kameralistik.....	18
Abb. 4 Ergebnis Umfrage Reaktionen.....	19
Abb. 5 Ergebnis Umfrage geplanter Umstellungszeitpunkt.....	20
Abb. 6 Ergebnis Umfrage Vollvermögensrechnung.....	20
Abb. 7 Verteilung doppischer Kommunen auf verschiedene Einwohnergrößen.....	25
Abb.8 Verteilung doppischer Kommunen in Prozent.....	25

Anlagenverzeichnis

(Anlagen auf CD beigelegt)

- Anlage 1: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bad Saulgau
- Anlage 2: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bingen
- Anlage 3: Umfrage Wahlrecht – Antwort Gammertingen
- Anlage 4: Umfrage Wahlrecht – Antwort Herbertingen
- Anlage 5: Umfrage Wahlrecht – Antwort Herdwangen-Schönach
- Anlage 6: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hettingen
- Anlage 7: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hohentengen
- Anlage 8: Umfrage Wahlrecht – Antwort Illmensee
- Anlage 9: Umfrage Wahlrecht – Antwort Inzigkofen
- Anlage 10: Umfrage Wahlrecht – Antwort Krauchenwies
- Anlage 11: Umfrage Wahlrecht – Antwort Mengen
- Anlage 12: Umfrage Wahlrecht – Antwort Meßkirch und Leibertingen
- Anlage 13: Umfrage Wahlrecht – Antwort Neufra
- Anlage 14: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ostrach
- Anlage 15: Umfrage Wahlrecht – Antwort Pfullendorf
- Anlage 16: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sauldorf
- Anlage 17: Umfrage Wahlrecht – Antwort Scheer
- Anlage 18: Umfrage Wahlrecht – Antwort Schwenningen (Heuberg)
- Anlage 19: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sigmaringen
- Anlage 20: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sigmaringendorf
- Anlage 21: Umfrage Wahlrecht – Antwort Stetten a.k.M.
- Anlage 22: Umfrage Wahlrecht – Antwort Veringenstadt
- Anlage 23: Umfrage Wahlrecht – Antwort Wald
- Anlage 24: Umfrage Wahlrecht – Antwort Affalterbach
- Anlage 25: Umfrage Wahlrecht – Antwort Asperg
- Anlage 26: Umfrage Wahlrecht – Antwort Benningen am Neckar
- Anlage 27: Umfrage Wahlrecht – Antwort Besigheim
- Anlage 28: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bietigheim-Bissingen

- Anlage 29: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bönningheim
- Anlage 30: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ditzingen
- Anlage 31: Umfrage Wahlrecht – Antwort Eberdingen
- Anlage 32: Umfrage Wahlrecht – Antwort Erdmannhausen
- Anlage 33: Umfrage Wahlrecht – Antwort Erligheim
- Anlage 34: Umfrage Wahlrecht – Antwort Freiberg am Neckar
- Anlage 35: Umfrage Wahlrecht – Antwort Freudental
- Anlage 36: Umfrage Wahlrecht – Antwort Gemmrigheim
- Anlage 37: Umfrage Wahlrecht – Antwort Gerlingen
- Anlage 38: Umfrage Wahlrecht – Antwort Großbottwar
- Anlage 39: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hemmingen
- Anlage 40: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hessigheim
- Anlage 41: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ingersheim
- Anlage 42: Umfrage Wahlrecht – Antwort Kirchheim am Neckar
- Anlage 43: Umfrage Wahlrecht – Antwort Korntal-Münchingen
- Anlage 44: Umfrage Wahlrecht – Antwort Kornwestheim
- Anlage 45: Umfrage Wahlrecht – Antwort Löchgau
- Anlage 46: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ludwigsburg
- Anlage 47: Umfrage Wahlrecht – Antwort Marbach am Neckar
- Anlage 48: Umfrage Wahlrecht – Antwort Markgröningen
- Anlage 49: Umfrage Wahlrecht – Antwort Möglingen
- Anlage 50: Umfrage Wahlrecht – Antwort Mundelsheim
- Anlage 51: Umfrage Wahlrecht – Antwort Murr
- Anlage 52: Umfrage Wahlrecht – Antwort Oberriexingen
- Anlage 53: Umfrage Wahlrecht – Antwort Oberstenfeld
- Anlage 54: Umfrage Wahlrecht – Antwort Pleidelsheim
- Anlage 55: Gesprächsnotiz Remseck am Neckar, Herr Kellert
- Anlage 56: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sachsenheim
- Anlage 57: Umfrage Wahlrecht – Antwort Schwieberdingen
- Anlage 58: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sersheim
- Anlage 59: Umfrage Wahlrecht – Antwort Steinheim an der Murr
- Anlage 60: Umfrage Wahlrecht – Antwort Tamm

- Anlage 61: Umfrage Wahlrecht – Antwort Vaihingen an der Enz
- Anlage 62: Umfrage Wahlrecht – Antwort Walheim
- Anlage 63: Auswertung Umfrage Wahlrecht
- Anlage 64: Anhang Email Andreas Schwarz
- Anlage 65: Schreiben Gemeindetag an Landesregierung
- Anlage 66: Email 1 Städtetag Baden-Württemberg
- Anlage 67: Email 1 GPA
- Anlage 68: Stellungnahme BKF
- Anlage 69: Positionspapier Hochschule Kehl
- Anlage 70: Email Prof. Hafner
- Anlage 71: Email Prof. Ade
- Anlage 72: Schreiben Prof. Ade an Ministerpräsidenten
- Anlage 73: Email Statistisches Landesamt
- Anlage 74: Stuttgarter Zeitung, Doppische Enttäuschung
- Anlage 75: Andreas Schwarz an Gemeindetag Baden-Württemberg
- Anlage 76: Email 2 GPA
- Anlage 77: Email 2 Städtetag
- Anlage 78: Email 2 BKF
- Anlage 79: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Tabelle
- Anlage 80: Gesprächsnotiz Herr Buuk
- Anlage 81: Gesprächsnotiz Herr Eißler
- Anlage 82: Gesprächsnotiz Herr Pautsch
- Anlage 83: Gesprächsnotiz Herr Löffler
- Anlage 84: Gesprächsnotiz Herr Holz
- Anlage 85: Gesprächsnotiz Herr Hotz
- Anlage 86: Gesprächsnotiz Herr Broll
- Anlage 87: Gesprächsnotiz Herr Thomann
- Anlage 88: Gesprächsnotiz Herr Weiss
- Anlage 89: Gesprächsnotiz Frau Koch
- Anlage 90: Beschlussniederschrift Innenministerkonferenz 2003
- Anlage 91: Beschluss Hessen
- Anlage 92: Landkreisnachrichten 03/2011

Anlage 93: Email Frau Schenk

Anlage 94: Übersicht Einwohner Kommunen Baden-Württemberg

1 Einführung

Zu Beginn des Studiums Public Management in Baden-Württemberg an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl steht ein sechsmonatiges Einführungspraktikum bei einer Kommune oder einem Landkreis nach Wahl. Ziel ist es, den Studierenden einen ersten Eindruck über die Aufgaben und Arbeitsweise der Verwaltung zu verschaffen und in einem einmonatigen Einführungslehrgang bereits theoretische Grundlagen zu vermitteln.¹

Der Verfasser dieser Arbeit hat in der Kämmerei der Stadt Meßkirch erste Berührungspunkte mit dem Haushaltswesen einer Gemeinde gehabt. Der Gemeindehaushalt war nach den Regelungen der Kameralistik aufgebaut. Im einmonatigen Einführungslehrgang wurde vermittelt, dass dieses Haushaltsrecht nur noch bis Ende 2015 Bestand haben soll und ab dem Jahr 2016 alle Kommunen in Baden-Württemberg auf die Kommunale Doppik umgestellt haben müssen. Die Gründe für einen Wechsel vom bisherigen System, der Kameralistik, auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen und die vergangenen Diskussionen über die Einführung eines Wahlrechts haben mein Interesse geweckt und mich veranlasst, den Reformprozess und dessen Umsetzung in Baden-Württemberg genauer zu betrachten.

Im Folgenden werden die Grundlagen sowohl der bisherigen Kameralistik als auch der Kommunalen Doppik dargestellt. Ziel der Arbeit ist es, den Reformprozess in Baden-Württemberg, beginnend bei der Bundesinnenministerkonferenz 2003 über die Anregung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag der Landesregierung 2011, bis hin zum Beschluss vom 10. Juli 2012 nachzuzeichnen. Besonderer Wert soll dabei auf den letzten Beschluss und dessen mögliche Umsetzung gelegt werden.

¹ Vgl. Konsolidierte Version der APrOVw gD mit der berücksichtigten Änderung vom 10. August 2010 (GBI. S. 731), S. 7.

2 Theoretische Grundlagen

2.1 Die Kameralistik

Die Kameralistik war/ist das traditionelle Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung und beruht auf dem Geldverbrauchskonzept².

Der aufzustellende Haushaltsplan teilt sich dabei in einen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Geschäftsvorfälle, die laufende Verwaltungstätigkeit darstellen, werden im Verwaltungshaushalt verbucht. Im Vermögenshaushalt werden dagegen Vorfälle, die das Vermögen betreffen, sprich Investitionsmaßnahmen, abgebildet. Obwohl im Vermögenshaushalt Vorfälle, die das Vermögen betreffen, erfasst werden, ist eine Vermögenserfassung für die Kommune, außer bei kostenrechnenden Einrichtungen, gesetzlich nicht vorgeschrieben. Das führt dazu, dass die Kommune keine Kenntnis darüber besitzt, welchen Wert ihr Vermögen insgesamt aufweist. Veranschlagungsfreie Vorgänge werden in einem sog. Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge festgehalten. Als Rechnungsgrößen werden in der Kameralistik Einnahmen und Ausgaben einander gegenübergestellt.

Die VwV Gliederung und -Gruppierung legt eine Mindestgliederung und –gruppierung des Haushaltsplans für alle Kommunen in Baden-Württemberg verbindlich fest. Dadurch ist eine Vergleichbarkeit baden-württembergweit und zum größten Teil auch bundesweit gewährleistet.

Nicht nur der Verwaltungshaushalt, sondern auch der Vermögenshaushalt wird in jeweils zehn Einzelpläne gegliedert, die sich wiederum in Abschnitte und Unterabschnitte teilen. Diese Gliederung orientiert sich an den Aufgabengebieten der Kommune. Innerhalb dieser Gliederung werden die Einnahmen und Ausgaben, ihrer Art entsprechend, Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen zugeordnet. Man unterscheidet zehn Hauptgruppen, wobei die Hauptgruppen 0 bis 3 Einnahmen und 4 bis 9 Ausgaben darstellen. Aus der Gliederungs- und Gruppierungsziffer wird die Haushaltsstelle gebildet. Unter ihr sind die

² Vgl. Wirtschaftslexikon Gabler, Definition, Kameralistik, <http://http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kameralistik.html>, 06.09.2012.

Einnahmen nach dem Entstehungsgrund, die Ausgaben nach ihrem Einzelzweck zu veranschlagen.

Die hauptsächliche Steuerung erfolgt aufgrund von Ausgabeermächtigungen (Inputsteuerung). Hierbei werden finanzielle Mittel im Haushaltsplan zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt. Der Nachteil ist in dem sog. „Dezember-/ Novemberfieber“ zu sehen. So wird Ende des Jahres versucht, das restliche Geld der Ausgabeermächtigung zu verbrauchen, da dieser Ansatz im Regelfall nicht ins nächste Jahr übernommen werden kann und somit verfallen würde. Außerdem könnte in den Folgejahren die Ausgabeermächtigung um den nicht verbrauchten Betrag gekürzt werden und somit den Handlungsspielraum einengen.³

Der kamerale Haushaltsausgleich ist gesetzlich in § 77 Abs. 1 Satz 1 GemO-kameral i.V.m. § 80 Abs. 2 GemO-kameral geregelt. Dies verpflichtet die Gemeinde zur stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben und zum Ausgleich des Haushaltsplanes in Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren. Speziellere Regelungen sehen die §§ 22, 23 GemHVO vor. Demnach ist ein Haushaltsplan als ausgeglichen anzusehen, wenn die Mindest- oder Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden kann. Die Höhe der Mindestzuführung muss wenigstens der Summe der Kreditbeschaffungskosten und der ordentlichen Tilgung von Krediten entsprechen, damit diese gedeckt werden können. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die ordentliche Tilgung nicht durch Kredite finanziert, sondern aus den laufenden Mitteln erwirtschaftet wird.⁴

³ Vgl. <http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-dezemberfieber.html>, 10.09.2012.

⁴ Vgl. Reif, Von der Kameralistik zur Doppik, S. 526 ff.

2.2 Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)

Das NKHR löst mit der Kommunalen Doppik als Rechnungssystem die bisherige Kameralistik ab. Der Begriff Doppik ist ein Kunstwort für **Doppelte** Buchführung in **Konten** und orientiert sich am Rechnungsstil der kaufmännischen Buchführung⁵ sowie an den dort geltenden Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (unter Berücksichtigung besonderer gemeindehaushaltsrechtlicher Regelungen).⁶

Im Gegensatz zur Kameralistik und deren rein zahlungsorientierten Darstellung stellt das NKHR sowohl den Ressourcenverbrauch, den Geldverbrauch als auch den Bestand des Vermögens und der Schulden dar. Das Ressourcenverbrauchskonzept steht dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit gleich. Demnach soll jede Generation ihrer Nachfolgenergeneration genau das gleiche öffentliche Vermögen übergeben, wie sie es von der Vorgängergeneration erhalten hat. Damit dies umgesetzt werden kann, hat jede Generation ihren Ressourcenverbrauch wieder zu erwirtschaften.

Anstelle der bisherigen Einteilung des Haushaltes in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt tritt nun die Einteilung in Ergebnis- und Finanzhaushalt. Im Ergebnishaushalt werden alle Erträge und Aufwendungen abgebildet. Die Zahlungsströme in Form von Einzahlungen und Auszahlungen werden im Finanzhaushalt erfasst.

Das Kernstück des neuen doppelischen Haushalts bildet die Bilanz (Vermögensrechnung). Der Ergebnishaushalt kommt im Jahresergebnis auf der Passivseite zum Ausdruck. Der Finanzhaushalt hingegen schlägt sich in den liquiden Mitteln auf der Aktivseite der Bilanz nieder.⁷

⁵ Vgl. Beck u.a., Kommunales Finanzmanagement in Baden-Württemberg, S. 22.

⁶ Vgl. Glinder/Friedl, Gemeindehaushaltsrecht Baden-Württemberg, S. 3.

⁷ Vgl. Schwarting, Der kommunale Haushalt, S. 63.

Der Gesamthaushalt ist in mindestens zwei Teilhaushalte zu gliedern, die wiederum aus einem Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt bestehen. Dabei sind nach § 4 Abs. 1 S. 2 GemHVO die Teilhaushalte produktorientiert zu bilden. Im NKHR stehen die erbrachten Leistungen einer Verwaltungseinheit, Produkt genannt, im Vordergrund. Dem kommunalen Produktplan Baden-Württemberg⁸ werden die Produkte verbindlich vorgegeben. Der kommunale Produktplan Baden-Württemberg umfasst derzeit 19 Produktbereiche, 74 Produktgruppen und 481 Produkte. Die von der Kommune erbrachten Leistungen werden in Produkte, Produktgruppen und Produktbereiche gegliedert. Eine Produktgruppe fasst mehrere inhaltlich zusammengehörende Produkte innerhalb der Produkthierarchie zusammen.⁹ Die Teilhaushalte können entweder nach den vom kommunalen Produktplan Baden-Württemberg vorgegebenen Produktbereich oder nach der örtlichen Organisation der Verwaltung gegliedert werden. Bei einer Gliederung nach der örtlichen Organisation ist es möglich, Produktbereiche nach Produktgruppen oder Produkte auf mehrere Teilhaushalte aufzuteilen. Dabei bildet jeder Teilhaushalt mindestens ein Budget, das jeweils einem Verantwortungsbereich zuzuordnen ist. Die Budgetverantwortung soll deshalb mit der Fachverantwortung übereinstimmen (siehe § 4 Abs. 2 S. 1 und 2 GemHVO). In einem Teilhaushalt werden nur die Produktgruppen, nicht die einzelnen Produkte dargestellt. Außerdem sollen neben den Produktgruppen Schlüsselziele, die Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung abgebildet werden.

Die bisherige Haushaltsstelle wird durch eine Kombination von Kostenstelle und Sachkonto abgelöst. Dabei wird der Unterabschnitt durch eine Kostenstelle und die Gruppierung durch eine Kostenart bzw. ein Sachkonto abgelöst.

Eine wesentliche Neuerung im NKHR stellt die sog. Outputsteuerung dar. Diese soll sich künftig an den kommunalen Zielen und am Ergebnis der zu

⁸ Abrufbar auf <http://www.nkhr-bw.de>.

⁹ Vgl. § 61 Nr. 34 GemHVO.

erbringenden Leistungen (Produkt) orientieren.¹⁰ Der Gemeinderat kann dabei sog. Schlüsselprodukte festlegen, die für die Kommunen von besonderer finanzieller oder örtlicher Bedeutung sind.¹¹

Aus dem beschriebenen Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit leitet sich der Haushaltsausgleich ab. Demzufolge hat der Ressourcenverbrauch eines Haushaltsjahres durch ein entsprechendes Ressourcenaufkommen gedeckt zu sein. Im Unterschied zur Kameralistik muss der Finanzhaushalt nicht ausgeglichen sein.

Einen wichtigen und neuen Bestandteil stellt der konsolidierte Gesamtabchluss dar, der es ermöglichen soll, sich einen Gesamteindruck über die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde und ihren „ausgelagerten“ Bereich zu verschaffen. Um dies zu erreichen, sind deshalb der Kernhaushalt der Gemeinde und die Abschlüsse der von ihr „ausgelagerten Bereiche“ (Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechnungsführung) in einem Gesamtabchluss zusammenzuführen (konsolidierter Gesamtabchluss).¹²

3 Reformentwicklung des NKHR

3.1 Bundesinnenministerkonferenz 2003

Die Reform des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Baden-Württemberg ist ein Teil der Anfang der 90er Jahre eingeleiteten Kommunalverwaltungsreform. Mit Beschluss vom 21.11.2003 hat die Innenministerkonferenz die Grundlagen für die Reform beschrieben.¹³

Danach soll das bislang zahlungsorientierte kommunale Haushalts- und Rechnungswesen auf eine ressourcenorientierte Darstellung umgestellt werden. Außerdem soll die Verwaltungssteuerung von der herkömmlichen

¹⁰ Vgl. Notheis/Ade, Das Neue Kommunale Haushaltsrecht Baden-Württemberg, S. 23 f.

¹¹ Vgl. Notheis/Ade, Das Neue Kommunale Haushaltsrecht Baden-Württemberg, S. 72.

¹² Vgl. Notheis/Ade, Das Neue Kommunale Haushaltsrecht Baden-Württemberg, S. 157 ff.

¹³ Vgl. Beschlussniederschrift über die 173. Sitzung der Innenministerkonferenz am 23.11.2003, TOP 26, Anlage 90.

Bereitstellung von Ausgabeermächtigungen (Inputsteuerung) durch die Vorgabe von Zielen für die kommunalen Dienstleistungen (Outputsteuerung) ersetzt werden. Diese Reform soll dabei nicht nur einen Wandel der kommunalen Haushaltswirtschaft herbeiführen, sondern auch der Kommunalverwaltung.

Um eine Einheitlichkeit und somit auch Vergleichbarkeit auf Bundesebene zu gewährleisten, hat die Innenministerkonferenz Textentwürfe vom Arbeitskreis (AK) III empfohlen. Dies sind Textentwürfe für die Gemeindehaushaltsverordnung sowohl für ein doppelisches Haushalts- und Rechnungswesen als auch für die erweiterte kameralistische Buchführung sowie für den Produktrahmen mit Erläuterungen und für Empfehlungen hinsichtlich des Kontenrahmens. Dennoch ist es möglich, auf länderspezifische Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen und diese einfließen zu lassen. Diese Abweichungen sollen die gewünschte Einheitlichkeit jedoch nicht in Frage stellen.

Bedenken wurden von zwei Bundesländern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, geäußert. Auf einen erhöhten Schulungs- und Fortbildungsbedarf des Personals, eine Verschlechterung des Haushaltsergebnisses und einen höheren Verwaltungs- und Kostenaufwand weist Schleswig-Holstein hin. Rheinland-Pfalz kann dagegen den Haushaltsausgleich nach neuem Recht nicht mittragen, da es diesen für überzogen hält.

Aus diesem Beschluss kann abgeleitet werden, dass eine Beibehaltung der bisherigen Kameralistik nicht vorgesehen ist. Stattdessen wird die Möglichkeit der Wahl zwischen der kommunalen Doppik und der erweiterten Kameralistik eingeräumt. Außerdem soll sich der Wandel nicht nur auf die kommunale Haushaltswirtschaft beschränken, sondern ebenso die Verwaltungsstruktur verändern. Dieser Beschluss ist demnach weit mehr als die Einführung eines neuen Haushaltsrechts.

3.1.1 Umsetzung des Beschlusses in Deutschland

Die Umsetzung des am 23. November 2003 gefassten Beschlusses erfolgte in den Bundesländern¹⁴, trotz der gewünschten Einheitlichkeit, unterschiedlich.

	Jahr																	
Bundesland	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
Baden-Württemberg					Doppik													
Bayern			Wahlrecht: Kameralistik - Doppik															
Brandenburg				Doppik														
Hessen	erw. Ka/Dop.							Doppik										
Mecklenburg-Vorpommern				Doppik														
Niedersachsen			Doppik															
Nordrhein-Westfalen	Doppik																	
Rheinland-Pfalz			Doppik															
Saarland			Doppik															
Sachsen			Doppik															
Sachsen-Anhalt			Doppik															
Schleswig-Holstein			Wahlrecht: erweiterte Kameralistik - Doppik															
Thüringen				Wahlrecht: Kameralistik - Doppik														

Abb. 1 Einführung des neuen Haushaltsrechts in den Flächenländern

Quelle: modifiziert übernommen aus Schwarting, Der kommunale Haushalt, S.45.

Die farbigen Balken stellen die Dauer der Umstellungsfrist dar.

So haben sich der Freistaat Bayern und der Freistaat Thüringen für ein Wahlrecht zwischen der bisherigen Kameralistik und der Kommunalen Doppik entschieden. Die Bundesländer Schleswig-Holstein und Hessen ermöglichten ihren Kommunen eine Wahl zwischen der erweiterten Kameralistik und der Kommunalen Doppik. Es sei angemerkt, dass Hessen dieses Wahlrecht wieder aufgehoben hat, da 424 der 426 Kommunen zum 1. Januar 2009 bereits auf die Kommunale Doppik umgestellt hatten.¹⁵ Den zwei übrigen Kommunen wurde eine ausreichende Umstellungsfrist von drei Jahren auf die Kommunale Doppik gewährt.¹⁶ Die übrigen Bundesländer haben sich für die Kommunale Doppik entschieden.

Da in Baden-Württemberg die Stadt Wiesloch als erste Kommune in Deutschland überhaupt auf die Doppik umstellte, konnte Baden-Württemberg eine gewisse Vorreiterrolle einnehmen. Nichtsdestotrotz verabschiedete Baden-Württemberg als einer der Letzten das Gesetz zur

¹⁴ Ausschließliche Betrachtung der Flächenländer

¹⁵ Vgl. Beschluss Doppikeinführung Hessen, Anlage 74.

¹⁶ Vgl. <http://www.haushaltssteuerung.de/haushaltsreform-hessen.html>, 10.09.2012.

Reform des Gemeindehaushaltsrechts. Im Vergleich zu anderen Bundesländern wurde den baden-württembergischen Kommunen die längste Umstellungsfrist gewährt.

3.1.2 Reformprozess in Baden-Württemberg

Nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz 2003 fand eine rechtliche Umsetzung dieses Beschlusses in Baden-Württemberg erst am 22. April 2009 mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts statt. Der Beschluss sieht die Umsetzung der Kommunalen Doppik für alle baden-württembergischen Kommunen ab dem Jahr 2016 verbindlich vor. Die Erstellung des ersten kommunalen Gesamtabchlusses soll von den Städten und Gemeinden im Jahr 2018 erfolgen. Für die Kommunen, die bereits vor dem Jahr 2016 auf die Kommunale Doppik umgestellt haben, sieht Artikel 13 Abs. 6 Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts eine Vereinfachung im Bezug auf die Handhabung von Abschreibungen und Rückstellungen vor. Ausgenommen davon sind Rückstellungen für Abfallbeseitigungsanlagen und für ausgleichspflichtige Gebührenüberschüsse. Bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2015 ist es möglich, die Abschreibungen und Rückstellungen, die weder durch Erträge oder Einsparmöglichkeiten erwirtschaftet werden können, auf das Basiskapital zu verrechnen. Der Haushaltsausgleich ist deshalb entsprechend den bisherigen Regelungen zu vollziehen.

3.2 Idee eines Wahlrechts

Die am 27. März 2011 stattgefundenen Landtagswahl in Baden-Württemberg sorgte für einen Regierungswechsel. Die bisherige Regierung, bestehend aus den Fraktionen CDU und FDP, wurde von den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD abgelöst. In ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 61 unter der Überschrift „Starke Kommunen – starkes Land“ wird neben der Wichtigkeit der Kommunen und dem Konnexitätsprinzip auf die Einführung der kommunalen Doppik Bezug genommen. Explizit heißt es:

„Zahlreiche Kommunen stellt es vor erhebliche Probleme, ihre Buchführung mit beträchtlichem finanziellem und personellem Aufwand den derzeitigen gesetzlichen Vorgaben entsprechend von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen. Wir werden ihnen ein Wahlrecht zwischen beiden Systemen einräumen.“¹⁷

Andreas Schwarz, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Grüne im Landtag Baden-Württemberg, nennt als ausschlaggebenden Grund für das Miteinbeziehen eines Wahlrechts in den Koalitionsvertrag Bedenken einzelner (kleiner) Kommunen bezüglich der hohen bürokratischen und kostenmäßigen Aufwendungen für die Einführung der Doppik. Außerdem sei teilweise ein geringer Erkenntnisgewinn vorgetragen worden.¹⁸

3.2.1 Stellungnahmen von kommunalen Landesverbänden

3.2.1.1 Gemeindetag Baden-Württemberg

Mit Schreiben vom 5. Juli 2011 an Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, Herrn Dr. Nils Schmid und Herrn Reinhold Gall bekundet der Gemeindetag Baden-Württemberg seine Begeisterung über die Erwähnung eines Wahlrechts und verdeutlicht gleichzeitig seine Auffassung von solch einem Wahlrecht. Um die derzeitige Verunsicherung beispielsweise der Kommunen abzubauen, sei es zwingend notwendig,

¹⁷ Zitiert aus Koalitionsvertrag Bündnis 90/Die Grünen und SPD Baden-Württemberg, S. 61.

¹⁸ Vgl. Anhang + Email Andreas Schwarz, Anlage 64.

das Wahlrecht zeitnah umzusetzen. Somit soll eine dauerhafte Wahlmöglichkeit zwischen dem bisherigen kameralen Haushaltsrecht und den Regelungen des NKHR-BW geschaffen werden. Sollte demnach eine Kommune die bisherige Kameralistik beibehalten, könnten sie freiwillig eine Vollvermögensrechnung nach der VwV-VmR führen. Ein Wahlrecht zwischen einer erweiterten Kameralistik und Doppik schließe der Gemeindetag prinzipiell aus. Ebenso widerspreche es seiner Vorstellung, das Wahlrecht bis auf eine gewisse Gemeindegröße zu beschränken.

Nichtsdestotrotz müssten in beiden Systemen, Kameralistik und Doppik, die grundlegenden Wirtschaftsziele übereinstimmen. Demgemäß habe der Haushaltsausgleich entsprechend zu erfolgen. Der Gemeindetag bezieht sich dabei auf die Übergangsregelung des Artikels 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechtes vom 04.05.2009, wonach diese zur Dauerregel umfunktioniert werden solle. Dadurch würde für alle der Haushaltsausgleich durch die Erwirtschaftung der Kredittilgung aus laufenden Mitteln ermöglicht. Dennoch soll ein ressourcenorientierter Ausgleich nicht verwehrt werden, sondern auf freiwilliger Basis erfolgen.¹⁹

3.2.1.2 Städtetag Baden-Württemberg

Im Gegensatz zum Gemeindetag spricht sich der Baden-Württembergische Städtetag gegen ein solches Wahlrecht aus. Das Bestehen zweier Rechnungswesen nebeneinander wäre mit einer Reihe von Nachteilen verbunden. Der Städtetag verweist dabei beispielsweise auf einen Mehraufwand bei Aus- und Fortbildung, Kostensteigerungen bei den kommunalen Rechenzentren, die uneinheitliche Ausübung der Rechtsaufsicht und Erschwernisse bei Statistik und Finanzausgleich.

Auch könnte eine Gefährdung der neuen Ziele, Generationengerechtigkeit durch das Ressourcenverbrauchskonzept und eine Verbesserung der Steuerung durch neue Instrumente, eintreten.²⁰

¹⁹ Vgl. Schreiben des Gemeindetags an die Landesregierung BW, Anlage 65.

²⁰ Vgl. Email 1 Städtetag Baden-Württemberg, Anlage 66.

3.2.1.3 Landkreistag Baden-Württemberg

Eine ähnliche Auffassung vertritt der Landkreistag Baden-Württemberg. In den Landkreisnachrichten 03/2011 fasst der Landkreistag nochmals die aktuelle Lage sowie seine Ablehnung bezüglich des Wahlrechts zusammen. Er bezieht sich dabei auch auf 19 bereits umgestellte Landkreise, die überwiegend positive Aussagen zum NKHR machten und Vorteile in der Darstellung des gesamten Ressourcenverbrauchs und in einer größeren Transparenz sehen. Neben den bereits durch den Städtetag beschriebenen Nachteilen verweist der Landkreistag auf eine mögliche EU-weite Vorgabe zur Einführung der Kommunalen Doppik. In diesem Fall müssten die kameralistischen Kommunen ohnehin auf die Kommunale Doppik umstellen. Diese Vorgabe, so der Landkreistag, sei nicht vorschnell von der Hand zu weisen, da bereits momentan (noch unverbindliche) Regelungen für das öffentliche Rechnungswesen bestehen (IPSAS).²¹

3.2.1.4 Gemeindeprüfungsanstalt

Die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg hält eine Zweigleisigkeit für unwirtschaftlich. Wie bereits der Städtetag BW sieht sie Probleme: in der Doppelvorhaltung von EDV-Systemen, der Ausbildung, der Vergleichbarkeit kommunaler Abschlüsse. Zudem würden die Abrechnungsmodalitäten für Betriebskosten- und Vermögensumlagen erschwert werden. Ferner würde bei einem Wahlrecht auf das „bessere“ System, die Doppik, ein teilweiser Verzicht in Kauf genommen werden.²²

²¹ Vgl. Landkreisnachrichten 03/2011, Anlage .

²² Vgl. Email 1 GPA, Anlage 67.

3.2.1.5 Berufsverband kommunaler Finanzverwaltungen in Baden-Württemberg e.V.

Bereits 2011 hat der BKF eine Umfrage in den Kreisverbänden durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass die Mehrheit ein Wahlrecht bejaht hatte. Ein Anliegen war es zudem, ein Gemeindewirtschaftsrecht zu entwickeln, das von allen Kommunen mit vertretbarem Aufwand angewendet werden könnte.

Grundsätzlich spricht sich der BKF für das Ressourcenverbrauchskonzept aus, da es dem nachhaltigen Wirtschaften Rechnung trägt. Ob das Konzept mit der Kameralistik oder der Doppik umgesetzt wird, spielt dabei keine Rolle.

Der BKF fordert deshalb für die Entwicklung des Neuen Haushaltsrechts ein Haushaltsrecht für alle Kommunen, ein Wahlrecht zwischen Kameralistik oder Doppik, den Wegfall der Verpflichtung zur Planung auf Produkten, die freiwillige Einführung von Kennzahlen, Produkten sowie eine Kosten- und Leistungsrechnung, Beteiligungsbericht als Mindeststandard, praxisnahe Bewertung der Vermögensgegenstände und eine Verlängerung der Übergangsfrist. Der Gesamtabchluss könnte freiwillig erfolgen.²³

3.2.1.6 Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Kehl und Ludwigsburg

Wie vom Städte- und Landkreistag erwähnt, würde sich ein Wahlrecht auf die Ausbildung an den Hochschulen sowie auf die Vergleichbarkeit und die Statistik auswirken.

Neben den kommunalen Landesverbänden haben auch die Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Kehl und Ludwigsburg zum Wahlrecht Stellung bezogen.

²³ Vgl. Stellungnahme BKF, Anlage 68.

Professoren der Hochschule Kehl, Dr. Roland Böhmer, Dieter Brettschneider, Wolfgang Hafner und Andrea Herre, äußerten sich mit Schreiben vom 31. Mai 2011 zum geplanten Wahlrecht.

Sie empfehlen den derzeitigen haushaltsrechtlichen Status, sprich die Kommunale Doppik, beizubehalten, um der nachhaltigen Entwicklung der Kommunen in Baden-Württemberg gerecht zu werden.

Das neue Haushaltsrecht habe eine größere Aussagekraft und würde eine transparentere Grundlage für Entscheidungen darstellen. So führe die reine Abbildung des Ressourcenverbrauchs zwar nicht zur Nachhaltigkeit, dennoch sei diese Abbildung unverzichtbar, um das (nachhaltige) Handeln offenzulegen. Die Professoren merken an, dass die Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs sogar zu einfach geregelt sei und ihres Erachtens wieder verschärft werden sollte. Diese Argumentation führt von der Regelung her, dass Anschaffungswerte, die mit Zuschüssen finanziert wurden, nicht durch die Abschreibung erwirtschaftet werden müssen. Es wird dazu als Beispiel genannt: Erhielt man für eine Gemeindestraße 80 % Zuschüsse, so hatte man nur die restlichen 20 % über die Abschreibung zu refinanzieren. Dies führe zu einer erheblichen Minderbelastung der kommunalen Haushalte.

Zudem wird das im Koalitionsvertrag genannte Argument, die Umstellung sei mit finanziellem und personellem Aufwand verbunden, entkräftet. Baden-Württemberg habe eine sehr großzügige Übergangsfrist gewählt und zahlreiche Vereinfachungsregelungen gesetzlich festgehalten. Zudem würden zahlreiche Kommunen bereits über eine Vollvermögensrechnung verfügen. Somit sei der Umstellungsaufwand gut zu bewältigen, wenn man von den Vereinfachungsregelungen auch Gebrauch mache.

Des Weiteren wird dargelegt, dass das bisherige Programm der Rechenzentren für die Kameralistik nur noch befristet vorgehalten wird, so dass eine Softwareumstellung unvermeidbar gewesen wäre. Außerdem könnten die Rechenzentren mit dem vorhandenen Personal nicht gleichzeitig eine Software weiterentwickeln, einen guten Service bieten und auch noch

die spezielle Doppik der Eigenbetriebe betreuen. Das würde die Kapazitäten sichtlich übersteigen.

Mit der Entscheidung für ein Wahlrecht sehen sie Nachteile bei der einheitlichen Ausbildung an den Hochschulen in Kehl und Ludwigsburg, der unterschiedlichen Ausübung des Ressourcenverbrauchskonzeptes, der Outputsteuerung und der Rechtsaufsicht sowie bei der Aufstellung des konsolidierten Jahresabschlusses. Außerdem würden sich erhebliche Kostensteigerungen aufgrund verschiedener EDV-Systeme nicht vermeiden lassen. Auch würden der Vergleich zwischen den Kommunen schwieriger und die Statistik und der Finanzausgleich erschwert. Nicht zu vergessen sei die aufwendigere Umsetzung steuerrechtlicher Anforderungen und die mögliche EU-weite Einführung der Doppik.²⁴

Für die Dauer der Übergangsfrist wird die Hochschule Kehl in einem Block von 17 Stunden die Studierenden darauf aufmerksam machen, worauf beim Umstieg zu achten ist.²⁵ Zudem wird im Vertiefungsbereich die Kameralistik gelehrt.

Im Gegensatz zur Hochschule Kehl hat die Hochschule Ludwigsburg kein gemeinsames Schreiben verfasst.²⁶ Dennoch hat Herr Prof. Klaus Ade, Professor für Öffentliche Finanzwirtschaft an der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg, an den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann geschrieben²⁷ und sich den Ausführungen des Landkreistags und der Hochschule Kehl angeschlossen. Herr Prof. Ade entkräftet dabei das Argument, die Umstellung der Buchführung der Kommunen sei nur mit beträchtlichem finanziellen und personellen Aufwand möglich. Er verweist hier auf Fachprojekte der Hochschule Ludwigsburg, bei denen Studierende der Hochschule selbständig die Eröffnungsbilanzen für Gemeinden weitgehend vorbereitet bzw. sogar erstellt haben. Aus diesen Erfahrungen sei nicht ersichtlich, dass ein

²⁴ Vgl. Positionspapier Hochschule Kehl, Anlage 69.

²⁵ Vgl. Email Prof. Hafner, Anlage 70.

²⁶ Vgl. Email Prof. Ade, Anlage 71.

²⁷ Vgl. Schreiben Prof. Klaus Ade an Ministerpräsident Kretschmann, Anlage 72.

umstellungsbedingter, nicht zu bewältigender Aufwand entstehen würde. Es liege vielmehr am Nicht-Vorhandensein einer vollständigen Zusammenstellung der gemeindlichen Grundstücke und Gebäude, obwohl solch ein Bestandsverzeichnis bereits in der ehemaligen GemHVO eigentlich vorgeschrieben war. Die neue Softwareeinführung sei hauptsächlich für die Mehrkosten verantwortlich. Herr Prof. Ade weist darauf hin, dass diese Kosten ohnehin angefallen wären, da die bisher eingesetzten landeseinheitlichen Verfahren künftig nicht mehr angeboten werden.

Zudem nimmt er Bezug auf die baden-württembergischen Kommunen, die durch die Erwähnung eines Wahlrechts verunsichert seien. Sie hätten bereits begonnene Projektarbeiten gestoppt. Auch sei zu beobachten, dass viele Stornierungen bei Fortbildungsangeboten der Hochschule eingehen. Dies Ungewissheit würde dazu führen, dass der Termin vom 1. Januar 2016 nicht mehr einzuhalten sei, unabhängig davon, ob das Wahlrecht eingeführt wird oder nicht.

Zur Zeit bietet die Hochschule Ludwigsburg einen im Rahmen des Fachprojekts/Proseminars „Wir stellen um“ einen Kameralistik-Grundkurs an.²⁸

3.2.1.7 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Das Statistische Landesamt ist einer der größten Informationsdienstleister in Baden-Württemberg. Es veröffentlicht Zahlen und Fakten zu fast allen Themen und liefert neben Informationen zu Gemeinden auch solche zu allen 44 Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg.²⁹

Es hält das Bestehen zweier Buchungssysteme nebeneinander für ungünstig. Neben personellen Engpässen führe es auch bei der Vergleichbarkeit zu Problemen. Die Vergleichbarkeit der Konten der Finanzrechnung sei als eher unproblematisch anzusehen. Die Konten der

²⁸ Vgl. Email Frau Schenk, Anlage 93.

²⁹ Vgl. <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Profil/>, 30.08.2012.

Ergebnisrechnung sind nicht relevant, da diese statistisch nicht erhoben würden.

Schwierig sei dagegen die Vergleichbarkeit der Aufgabenbereiche mit den Produkten der Doppik, denn die Zuordnung doppischer Produkte zu kameralen Gliederungen und umgekehrt sei nicht immer eindeutig. Deshalb sei ein eindeutiges Ergebnis nicht mehr zu realisieren. Als Beispiel wird der Einzelplan 0 genannt, der sich ausschließlich in der finanzstatistischen Position 11 wiederfindet. Eine Splittung für ein kamerales Gesamtergebnis ist hierbei nicht möglich.³⁰

3.2.2 Umfrage zum Stimmungsbild baden-württembergischer Kommunen

3.2.2.1 Inhalt und Ziel der Befragung

Die Ankündigung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag der Landesregierung sorgt für unterschiedliche Reaktionen bei den Kommunen. Einige könnten von diesem Wahlrecht und der Kameralistik Gebrauch machen wollen. Andere könnten von der Doppik überzeugt sein und an ihrem Umstellungsprozess festhalten oder ins Wanken geraten und die Umstellung stoppen.

Es wurde eine Umfrage per Email in zwei baden-württembergischen Landkreisen durchgeführt. Daran waren im Landkreis Sigmaringen 25 Gemeinden und im Landkreis Ludwigsburg 35 Gemeinden beteiligt. Jeweils wurde die Umfrage an das Gemeindeoberhaupt, den (Ober-) Bürgermeister, versandt. Die befragten Kommunen im Landkreis Sigmaringen haben zwischen 688 und 17.351 Einwohner, wobei 16 Kommunen zwischen 2.000 und 7.000 Einwohner haben und in nur vier Kommunen über 10.000 Einwohner leben. Der Landkreis Sigmaringen wurde aufgrund seiner ländlichen Struktur und weil er den Heimatlandkreis des Verfassers darstellt, ausgesucht.

³⁰ Vgl. Email Statistisches Landesamt, Anlage 73.

Der Landkreis Ludwigsburg, bestehend aus 39 Kommunen wurde hingegen besonders wegen seiner städtischen Struktur und der unmittelbaren Nähe zu Stuttgart, dem Ort des politischen Geschehens, ausgewählt. Freudental stellt mit 2.468 Einwohnern die kleinste und Ludwigsburg mit 87.574 die größte Kommune im Landkreis dar. Knapp die Hälfte aller Kommunen (18) hat dabei über 10.000 Einwohner.

Die Umfrage soll zeigen, auf welche Resonanz das Wahlrecht in den Kommunen stößt und ob Unterschiede bei der Wahl im Bezug auf die Landkreisstruktur zu erwarten wären.

3.2.2.2 Rücklauf und Methode der Befragung

Die Teilnahme an der Umfrage war dabei beinahe vollständig. Insgesamt konnten 63 Fragebögen (24 im Landkreis Sigmaringen, 39 im Landkreis Ludwigsburg) ausgewertet werden.

Zunächst wurde die Einwohnerzahl der Kommune abgefragt. Anschließend wurde mit Ankreuzmöglichkeiten erhoben, für welche Option sich die Kommune entscheiden würde, wenn ein Wahlrecht zwischen der bisherigen Kameralistik und der Kommunalen Doppik oder ein Wahlrecht zwischen einer erweiterten Kameralistik und der Kommunalen Doppik eingeführt würde. Bei der vierten Frage sollte die Reaktion der Kommune auf die Erwähnung des Wahlrechts im Koalitionsvertrag genannt werden. Die letzten Fragen zielten auf den möglichen Zeitpunkt der Doppik-Einführung und auf eine Vollvermögensrechnung bei Beibehaltung der bisherigen Kameralistik ab.

3.2.2.3 Ergebnisse der Befragung

Bezüglich der Größe der Kommunen wurde bereits im einleitenden Teil des Abschnitts Stellung bezogen.

3.2.2.4 Wahl zwischen bisheriger Kameralistik – Doppik und erweiterter Kameralistik – Doppik

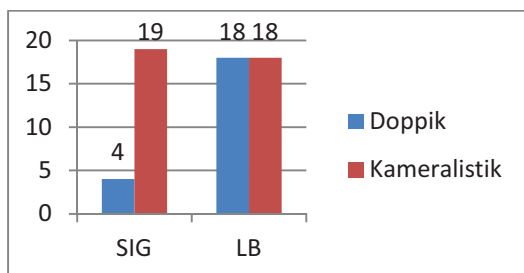


Abb. 2 Ergebnis Umfrage Doppik/Kameralistik

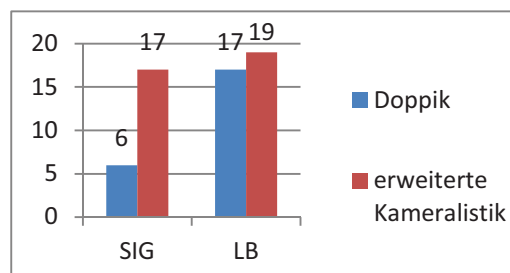


Abb. 3 Ergebnis Umfrage Doppik / erweiterte Kameralistik

Im Landkreis Sigmaringen wurden diese Fragen eindeutig beantwortet. So würden sich knapp vier Fünftel (19 der Kommunen) für die Beibehaltung der Kameralistik entscheiden. Genauso eindeutig fiel die Wahl auf die erweiterte Kameralistik, die 17 Kommunen befürworten würden.

Die Entscheidungen im Landkreis Ludwigsburg fielen dagegen unentschieden aus. Je 18 Kommunen würden sich für die Beibehaltung der bisherigen Kameralistik als auch für die Einführung der Kommunalen Doppik entscheiden. Einen leichten Verlust musste die Doppik in der nächsten Frage einstecken, da sich 17 Kommunen für die Doppik und 19 Kommunen für die erweiterte Kameralistik entscheiden würden.

3.2.2.5 Reaktionen auf das Wahlrecht

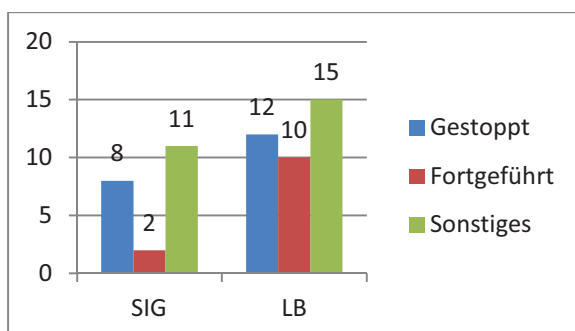


Abb. 4 Ergebnis Umfrage Wahlrecht - Reaktionen

Die Reaktionen waren in beiden Landkreisen äußerst unterschiedlich.

Acht Kommunen im Landkreis Sigmaringen haben ihren Umstellungsprozess gestoppt und nur zwei ihn trotzdem fortgeführt. Die

restlichen Kommunen hatten entweder damit noch nicht begonnen, den Prozess zeitlich gedehnt oder warten schlichtweg ab.

Beinahe gleich viele Kommunen haben im Landkreis Ludwigsburg ihren Umstellungsprozess gestoppt (12) oder ihn fortgeführt (10).

3.2.2.6 Zeitpunkt der Umstellung

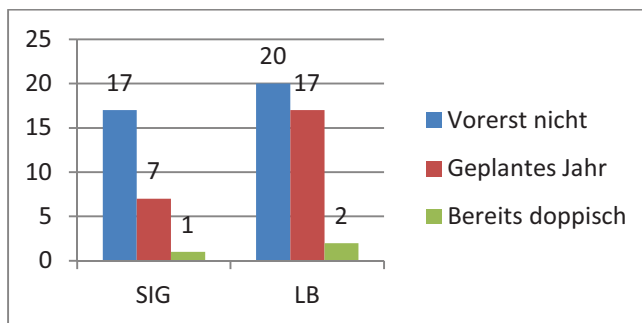


Abb. 5 Ergebnis Umfrage geplanter Umstellungszeitpunkt

Eine eindeutige Aussage lässt sich im Landkreis Sigmaringen zum weiteren Vorgehen treffen, denn 17 Kommunen wollen vorerst nicht auf die Kommunale Doppik umstellen. Dieses Ergebnis könnte die rechtliche Verunsicherung widerspiegeln. Bereits sieben Kommunen haben ein ungefähres Jahr, auf das sie die Umstellung planen. Als einzige Kommune im Landkreis Sigmaringen hat die Gemeinde Stetten am kalten Markt 2006 auf die Kommunale Doppik umgestellt und zählt zu den Pilotgemeinden in Baden-Württemberg.

Pilotgemeinden sind im Landkreis Ludwigsburg nicht vorhanden. Vaihingen an der Enz und Kirchheim am Neckar haben 2012 die Doppik eingeführt. 17 weitere Kommunen beabsichtigen bis 2017 auf die Doppik umzustellen, wobei die Hälfte (20) vorerst nicht zur Doppik wechseln möchte.

3.2.2.7 Vollvermögensrechnung

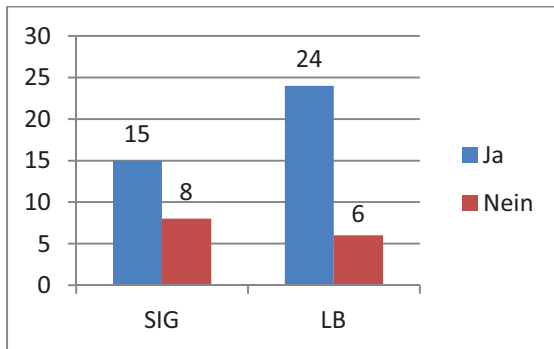


Abb. 6 Ergebnis Umfrage Vollvermögensrechnung

Eine Befürwortung der Vollvermögensrechnung erfolgte in beiden Landkreisen. Im Landkreis Sigmaringen würden 60 % einer Vollvermögensrechnung und im Landkreis Ludwigsburg ca. 62 % aller Kommunen zustimmen.

Die Umfrage zeigt, dass v.a. im Landkreis Sigmaringen eine große Skepsis gegenüber der Kommunalen Doppik besteht. Nur wenige würden sich bei einer Wahlmöglichkeit für die Doppik entscheiden. Außerdem schieben die willigen Kommunen den Termin so weit wie möglich hinaus. Dennoch befürwortet die Mehrheit eine Vollvermögensrechnung, obwohl dies neben der Softwareumstellung sicherlich eine der aufwendigsten Tätigkeiten darstellt. Warum dennoch Zweifel bestehen, die eine Umstellung verhindern und was die Hinderungsgründe sein könnten, wird in einem späteren Kapitel untersucht.

Zusammenfassend ist für den Landkreis Ludwigsburg festzustellen, dass beinahe Ausgeglichenheit zwischen „Doppik-Gegnern“ und „Doppik-Befürwortern“ vorherrscht. Nicht einmal mehr die Hälfte würde sich bei einer Wahl für die Kameralistik entscheiden. Auch haben gut 40 % bereits ein Umstellungsdatum vor Augen.

4 Beschluss vom 10. Juli 2012 der Landesregierung BW – kein Wahlrecht

Gut ein Jahr nach dem Vereinbaren des Koalitionsvertrags zwischen den Regierungsparteien wird die Einräumung eines Wahlrechts zwischen Kameralistik und der Kommunalen Doppik aufgehoben.

Am 10. Juli 2012 haben die Fraktionen der Landesregierung beschlossen, die Umstellungsfrist auf die Kommunale Doppik von 2016 auf 2020 zu verlängern und ab 2013 eine Evaluierung in bereits doppisch buchenden Kommunen vorzunehmen.³¹ Somit wird den Kommunen kein dauerhaftes, jedoch ein faktisches Wahlrecht bis 2020 gewährt. Die genannte Evaluierung soll mit den kommunalen Landesverbänden und der Gemeindeprüfungsanstalt stattfinden. Ziel der Evaluierung stellt die Schaffung eines einfacheren, transparenteren und kostengünstigeren Haushaltsrechts für die Kommunen dar, das aus den bisherigen Regelungen weiterentwickelt werden soll. Das ganze Vorgehen stelle speziell ein Zugeständnis an die Bedürfnisse und Erwartungen der kleineren Kommunen in Baden-Württemberg dar.

Es drängt sich allerdings die Frage auf, ob die neu festgesetzte Frist (2020) aufgrund des bevorstehenden Evaluierungsprozesses sowie der Dauer der Umsetzung der daraus gewonnenen Erkenntnisse einhaltbar ist.

Der Gemeindetag, der sich für das Wahlrecht ausgesprochen hatte, reagierte auf die Pressemitteilung verärgert. So sei er in dieser Angelegenheit keineswegs gehört worden.³² In einem gemeinsamen Schreiben von Andreas Schwarz, stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, und Hans-Ulrich Sickerl, Parlamentarischem Geschäftsführer, an den Gemeindetag Baden-Württemberg vom 31. Juli 2012 werden die Hintergründe des Beschlusses aufgegriffen und erläutert.

³¹ Vgl. Pressemitteilung der Grünen <http://www.andreas-schwarz.net/landespolitik/grune-und-spd-verlangern-bisherige-ubergangsfrist-fur-umstellung-des-kommunalen-haushaltsrechts-bis-2020-einheitliche-handhabung-ab-2021-vorgesehen>, 10. Juli 2012

³² Vgl. Artikel Doppische Enttäuschung, Stuttgarter Zeitung, 13.07.2012, Anlage 74.

Als Argument werden der Einsatz des neuen kommunalen Haushaltsrechts in vielen Kommunen sowie die dadurch gewonnene Abbildung des Werteverzehrs kommunalen Vermögens und die erhöhte Haushaltstransparenz und Haushaltsklarheit genannt.

Als weitere Argumente werden die Rechenzentren und Verwaltungshochschulen angeführt, die ihre Ausbildung und Systeme bereits auf das NKHR umgestellt haben. Ein dauerhaftes Wahlrecht würde aufgrund der Bereithaltung verschiedener Systeme an den Rechenzentren zu erheblichen Mehrkosten führen. Infolgedessen sei es unabdingbar, ein einheitliches Rechnungswesen bis zum Jahr 2021 anzustreben.³³

Die in 2013 anstehende Evaluierung soll v.a. kleineren Kommunen zugutekommen. Es wäre denkbar, dass bei auftretenden Problemen Vereinfachungsregelungen in Bezug auf die Anlagenbuchhaltung und auf die Aufnahme unbeweglicher Vermögensgegenstände umgesetzt werden.

³⁴ Von weiteren Vereinfachungen, wie Erleichterungen beim konsolidierten Gesamtabschluss oder beim Haushaltsausgleich ist nicht die Rede.

4.1 Reaktionen auf den Beschluss

Die Gemeindeprüfungsanstalt begrüßt den Beschluss. Mögliche Vereinfachungsregelungen wären im Bereich der Bewertung von Grundstücken, Straßenkörpern und Grabnutzungsgebühren denkbar. Auch könnte man sich Erleichterungen bei z.B. inneren Verrechnungen, kalkulatorischen Kosten und der Kosten- und Leistungsrechnung vorstellen. Nicht zu vergessen seien die vielen Anlagen zum Haushaltsplan und der Gesamtabschluss. Insofern einige Vereinfachungen durchgeführt werden, sei der neue Umstellungstermin 2020 als realistisch anzusehen.³⁵

Neben der Gemeindeprüfungsanstalt befürwortet der baden-württembergische Städtetag den Beschluss der Landesregierung. Als

³³ Vgl. Schreiben des Grünen Andreas Schwarz an Gemeindetag BW, Anlage 75.

³⁴ Vgl. Email GRÜNE Andreas Schwarz, Anlage 64.

³⁵ Vgl. Email 2 GPA, Anlage 76.

Alternative zum Wahlrecht hatte der Städtetag eine frühzeitige Evaluation des NKHR angeregt. Deshalb hat er bereits im März 2012 eine AG zur Evaluation gegründet, die über mögliche Vereinfachungen beraten wird. Es wird angenommen, dass die neue Umstellungsfrist nicht genügt und diese verlängert werden muss. Auf ein genaues Datum konnte sich der Städtetag noch nicht festlegen. Mit ersten Ergebnissen der gegründeten AG sei Ende des Jahres 2012 zu rechnen.³⁶

Auch der BKF sieht in dem Beschluss eine Chance für alle Kommunen. Sie hätten jetzt die Möglichkeit, sich speziell Gedanken zu machen und gegebenenfalls Verwaltungsabläufe neu zu koordinieren. Somit wäre die neue Umstellungsfrist auch angemessen und könne von den Kommunen eingehalten werden.³⁷

5 Aktueller Stand der Reformentwicklungen

Mit Beginn des Jahres 2012 findet in insgesamt 93 Gebietskörperschaften, davon 25 Landkreise, 6 Stadtkreise, 61 Gemeinden und der KVJS, die Doppik Anwendung.³⁸ Die Anzahl der Kommunen entspricht dabei in etwa 5,5 % aller Kommunen in Baden-Württemberg.

In folgendem Diagramm wird die Verteilung der bereits doppisch buchenden Kommunen auf die verschiedenen Gemeindegrößen, gemessen an der Einwohnerzahl, dargestellt. Die horizontale Achse ist in neun Abschnitte eingeteilt, die den verschiedenen Gemeindegrößen entsprechen (beginnend bei den Gemeinden mit unter 3.000 Einwohnern bis hin zu den Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern). Die vertikale Achse gibt die Anzahl der Gemeinden in den verschiedenen Größenklassen an.

In den Gemeinden zwischen 5.000 und 30.000 Einwohnern haben mengenmäßig die meisten Kommunen auf die Doppik umgestellt.

³⁶ Vgl. Email 2 Städtetag BW, Anlage 77.

³⁷ Vgl. Email 2 BKF, Anlage 78.

³⁸ Vgl. Tabelle Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012, Anlage 79.

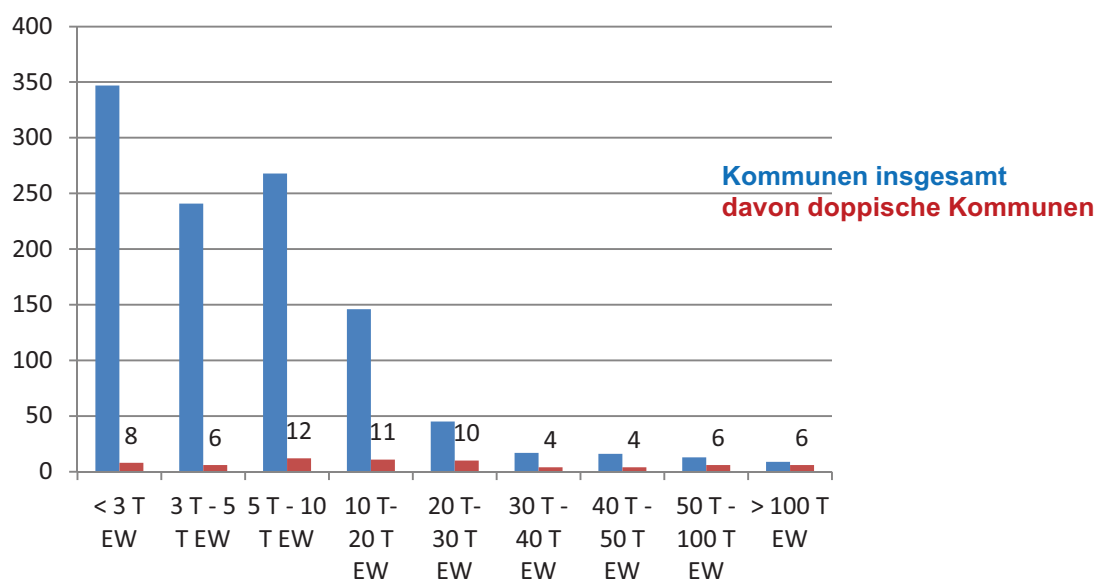


Abb. 7 Verteilung der doppischen Kommunen auf verschiedene Einwohnergrößen

Betrachtet man jedoch das Verhältnis der Kommunen innerhalb einer Größeneinteilung und den doppischen Kommunen, ist festzustellen, dass der Anteil von ca. 2,3 % bei den unter 3.000-Einwohner-Kommunen über ca. 22,2% bei den 20.000-30.000-Einwohner Kommunen bis hin zu zwei Drittel bei den über 100.000-Einwohner-Kommunen ansteigt. Daraus könnte sich ableiten lassen: Je größer die Kommunen sind, desto höher ist die Bereitschaft, die Doppik einzuführen.

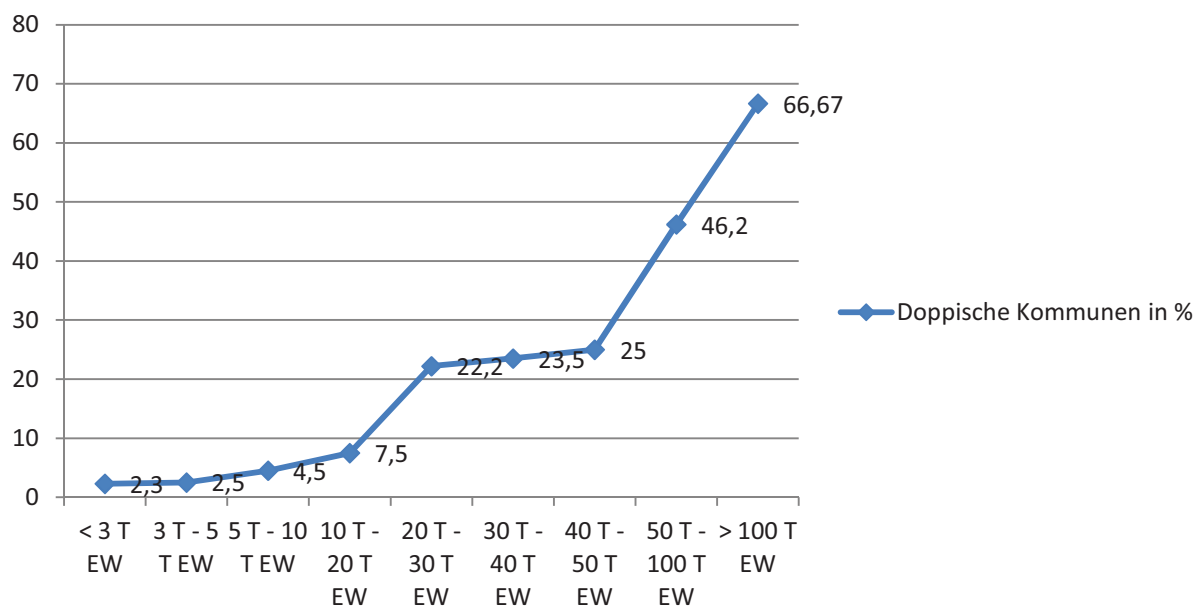


Abb. 8 Verteilung doppischer Kommunen in Prozent

5.1 Bestehende Vereinfachungsregelungen

Wie bereits erwähnt, ist das Ziel der Evaluierung ein einfacheres, transparenteres und kostengünstigeres Haushaltsrecht. Für kleinere Kommunen soll das v.a. durch Vereinfachungen bei der Anlagenbuchhaltung und bei der Aufnahme (unbeweglicher) Vermögensgegenstände realisiert werden.³⁹

In der Anlagenbuchhaltung werden „art-, mengen-, und wertmäßig Bestand und Bewegungen des Anlagevermögens erfasst.“⁴⁰ Dies lässt die Folgerung zu, dass Vereinfachungen bei der Inventur sowie bei der erstmaligen Bewertung für die Eröffnungsbilanz verabschiedet werden sollen.

5.1.2 Inventur

Die Regelungen für die Inventur sind in § 37 GemHVO, deren Vereinfachungen in § 38 GemHVO festgehalten.

Gemäß § 37 Abs. 1 GemHVO muss jede Gemeinde zu Beginn des ersten doppelten Haushaltsjahres und zum Schluss jedes folgenden Haushaltsjahres ihre Grundstücke, Forderungen, Schulden, Sonderposten, Rückstellungen, den Betrag ihres baren Geldes und ihre sonstigen Vermögensgegenstände genau verzeichnen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden angeben. Bei körperlichen Vermögensgegenständen hat die Erfassung auch durch eine körperliche Bestandsaufnahme zu erfolgen.

Eine erste Vereinfachung nennt bereits § 37 Abs. 2 GemHVO. So können Vermögensgegenstände des Sachvermögens mit einem Festwert (gleicher Menge und gleichem Wert) angesetzt werden. Voraussetzung ist, dass sie regelmäßig ersetzt werden, ihr Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist und sich ihr Bestand nur gering verändert. Dennoch hat in der Regel nach fünf Jahren eine körperliche Bestandsaufnahme zu erfolgen.

³⁹ Vgl. Email Andreas Schwarz, Anlage 64.

⁴⁰ Zitiert bei <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/anlagenbuchhaltung.html>
02.09.2012.

In § 37 Abs. 3 GemHVO wird eine weitere Vereinfachung genannt, die sog. Gruppenbewertung. Diese kann bei Vermögensgegenständen des Vorratsvermögens oder bei gleichartigen oder annähernd gleichwertigen beweglichen Vermögensgegenständen sowie bei Rückstellungen zur Anwendung kommen. Der anzusetzende Wert solch einer Gruppe ermittelt sich aus dem gewogenen Durchschnitt.

Der § 38 GemHVO trägt den Titel Inventurvereinfachungsverfahren und sieht neben dem Festwert und der Gruppenbewertung weitere Erleichterungen vor.

In § 38 Abs. 1 GemHVO wird die Möglichkeit genannt, mit Hilfe von anerkannten mathematisch-statistischen Methoden den Bestand von Vermögensgegenständen (Art, Menge und Wert) aufgrund von Stichproben zu ermitteln. Dennoch darf diese Methode den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung nicht widersprechen und muss dem Wert einer körperlichen Bestandsaufnahme gleichkommen.

Ausnahmen von einer körperlichen Inventur bei Schluss eines Haushaltsjahres regelt § 38 Abs. 2 GemHVO. Von dieser körperlichen Bestandsaufnahme kann abgesehen werden, wenn auf der Grundlage der Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung der Bestand der Vermögensgegenstände auch auf andere Art und Weise ermittelt werden kann. Ausnahmen für die Nicht-Verzeichnung von Vermögensgegenständen regelt § 38 Abs. 3 Nr. 1 und 2 GemHVO.

Eine besondere Vereinfachung sieht § 38 Abs. 4 GemHVO vor. Demnach ist es möglich, dass der Bürgermeister bewegliche Vermögensgegenstände unter einem Wert von 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer von der Pflicht zur Inventarisierung befreien kann. Diese Regelung kann auch für die erstmalige Bewertung angewendet werden.⁴¹

⁴¹ Vgl. Beck, u.a. Kommunales Finanzmanagement in BW, S. 324.

5.1.3 Eröffnungsbilanz

Die zum Stichtag vorhandenen Vermögensgegenstände, sind mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich der Abschreibung nach § 46 GemHVO, in der Eröffnungsbilanz anzusetzen.

Abweichend davon sieht § 62 GemHVO spezielle Vereinfachungen für die Erstbewertung vor. So können die Vermögensgegenstände auch mit den Werten angesetzt werden, die in Anlagenachweisen entsprechend § 38 GemHVO (7. Februar 1973, GBl. S. 33) angeführt sind.

Zudem kann man nach § 62 Abs. 1 S. 3 GemHVO von einer Inventarisierung und Aufnahme in die Vermögensrechnung beweglicher und immaterieller Vermögensgegenstände, die länger als sechs Jahre vor dem Eröffnungsbilanzstichtag angeschafft oder hergestellt wurden, absehen.

Eine weitere Möglichkeit stellt das Ansetzen von Erfahrungswerten (vermindert um Abschreibung nach § 46 GemHVO) zum entsprechenden Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt dar. Dafür muss die Ermittlung der tatsächlichen AHK einen unverhältnismäßigen Aufwand darstellen und der Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt mehr als sechs Jahre zurückliegen. Diese Festsetzung ergibt sich aus der sechsjährigen Aufbewahrungsfrist für Belege nach § 39 Abs. 2 S. 2 GemHVO.

Für Vermögensgegenstände, die vor dem Jahr 1974 angeschafft oder hergestellt wurden, können nach § 62 Abs. 3 GemHVO ebenfalls Erfahrungswerte (vermindert um Abschreibung nach § 46 GemHVO) angesetzt werden. Jedoch sind hier die Preisverhältnisse zum 1. Januar 1974 maßgebend.

In § 63 Abs. 4 werden Vereinfachungen für verschiedene Grundstückstypen beschrieben. Für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, Grünflächen und Straßengrundstücke können beziehungsweise auf die § 62 Abs. 1 und 2 GemHVO örtliche Durchschnittswerte angesetzt werden. Bei der Bewertung der verschiedenen Straßenarten können Erfahrungswerte aufgrund örtlicher

Durchschnittswerte ermittelt werden. Waldflächen werden unterteilt in Aufwuchs und das Grundstück selbst. Für den Aufwuchs kann ein Wert zwischen 7.200 und 8.200 Euro je Hektar und für die Fläche des Grundstücks 2.600 Euro je Hektar festgesetzt werden.

Verursacht die Ermittlung von Anschaffungskosten einen unverhältnismäßigen Aufwand bei der Bewertung von Beteiligungen und Sondervermögen, kann nach § 62 Abs. 5 GemHVO das anteilige Eigenkapital angesetzt werden.

Bei Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und –beiträge gelten § 62 Abs. 1 bis 3 GemHVO entsprechend.

Der Sonderposten für geleistete Investitionen kann entfallen. Sollte dennoch ein Ansatz erfolgen, gelten ebenfalls § 62 Abs. 1 bis 3 GemHVO entsprechend.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bereits eine Vielzahl an Vereinfachungen besteht, die je nach Ermessen der Kommune angewandt werden können. Dennoch sollen laut Landesregierung weitere Erleichterungen beschlossen werden. Hierzu ist es sicherlich interessant und eventuell hilfreich, bei anderen Bundesländern zu schauen, welche Vereinfachungen dort bestehen.

5.2 Vereinfachungen im Bundesvergleich

5.2.1 Inventur

Die Regelungen der Inventur in den Gemeindehaushaltsverordnungen der verschiedenen Bundesländer ⁴² sind sehr ähnlich. Bis auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ist es möglich, das Festwertverfahren anzuwenden. In den einzelnen Bundesländern ist jedoch der Zeitpunkt für die körperliche Bestandsaufnahme

⁴² Die Stadtstaaten wurden dabei nicht berücksichtigt.

unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz ist nach einer angemessenen Zeit eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen. Nur im Saarland und in Baden-Württemberg ist die körperliche Inventur nach fünf Jahren, in den übrigen Bundesländern bereits schon nach drei Jahren vorgeschrieben.

Die Möglichkeit der Gruppenbewertung haben bis auf Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die restlichen Bundesländer in ihren Gemeindehaushaltsverordnungen verankert. Dagegen ist in allen Bundesländern die Inventur mit Hilfe anerkannter mathematisch-statistischer Methoden aufgrund von Stichproben möglich. Abgesehen von Hessen und Nordrhein-Westfalen ist in den restlichen Bundesländern ebenfalls die Ausnahme der körperlichen Inventur entsprechend dem § 38 Abs. 2 GemHVO geregelt.

Die in § 38 Abs. 4 GemHVO beschriebene Vereinfachung ist in anderen Bundesländern ähnlich geregelt, jedoch sind dort die Grenzen viel niedriger angesetzt. Diese reichen beispielsweise von 60 € (ohne Umsatzsteuer) in Thüringen über 150 € (ohne Umsatzsteuer) in Sachsen bis hin zu 410 € in Rheinland-Pfalz. Auch wird teilweise unterschieden zwischen Vermögensgegenständen und beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

Eine Inventurvereinfachungsregelung ist in allen Bundesländern bis auf Baden-Württemberg festgehalten. Diese sieht Vorratsbestände von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, von Waren sowie unfertigen und fertigen Erzeugnissen, die aus Lagern abgegeben worden sind, als verbraucht an.

5.2.2 Eröffnungsbilanz

Vereinfachungen für die erstmalige Bewertung fallen in den Bundesländern sehr verschieden aus. In den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern sind für die Eröffnungsbilanz keine speziellen Regelungen in den Gemeindehaushaltsverordnungen erwähnt.

Es gibt bei der Handhabung beweglicher Vermögensgegenstände zwei Varianten. Eine Variante sieht vor, dass bei beweglichen Vermögensgegenständen eine pauschale Abschreibung von 50 %

vorgenommen werden kann. Der Restwert ist dann innerhalb von fünf Jahren abzuschreiben. Diese Variante haben die Bundesländer Hessen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein in ihrer jeweiligen Gemeindehaushaltsverordnung festgehalten.

Die andere Variante ist der Inventurvereinfachungsregel in § 38 Abs. 4 GemHVO sehr ähnlich. In Bayern kann auf die Erfassung beweglicher Vermögensgegenstände, deren Einzelwert 500 Euro nicht übersteigt, verzichtet werden. In Sachsen beträgt wie in Baden-Württemberg die maximale Wertgrenze für bewegliche Vermögensgegenstände 1.000 Euro. Einen größeren Spielraum haben die Bundesländer Brandenburg, Hessen und Niedersachsen ihren Kommunen eingeräumt. So liegt in Brandenburg die Wertgrenze bei 2.000 Euro, in Hessen bei 3.000 Euro und in Niedersachsen bei 5.000 Euro.⁴³

Sind die AHK nur mit unverhältnismäßigem Aufwand oder gar nicht festzustellen, so können in Bayern für bewegliche Vermögensgegenstände, die vor mehr als fünf Jahren, für unbewegliche Vermögensgegenstände, die vor mehr als zehn Jahren hergestellt oder angeschafft wurden, Erfahrungswerte zum Herstellungs- oder Anschaffungszeitpunkt (vermindert um die Abschreibung) angesetzt werden.

Eine ähnliche Regelung sieht das Saarland für Vermögensgegenstände vor, deren AHK nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden können und die vor dem Bilanzstichtag angeschafft oder hergestellt wurden. Für diese sind Erfahrungswerte, basierend auf dem Jahr 1990 anzusetzen (vermindert um die Abschreibung).

Hessen sieht weder eine zeitliche Beschränkung noch ein bestimmtes rückindiziertes Jahr für den Ansatz der Erfahrungswerte vor. Erfahrungswerte (vermindert um die Abschreibung) sollen hier zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt angesetzt werden, wenn die

⁴³ Die genannten Wertgrenzen sind jeweils ohne Umsatzsteuer zu betrachten.

AHK der Vermögensgegenstände nur mit unverhältnismäßigem Aufwand oder gar nicht ermittelt werden können.

Diese Regelung findet in Sachsen ebenfalls Anwendung. Jedoch werden Vermögensgegenstände, die vor 1990 angeschafft wurden, auf das Anschaffungs- oder Herstellungsjahr oder ersatzweise auf das Jahr 1990 zurückindiziert.

Somit können in fünf der dreizehn Flächenländer Erfahrungswerte Anwendung finden.

Vereinfachungsregelungen für Grundstücke sind in Baden-Württemberg, ebenfalls in den Gemeindehaushaltsverordnungen für Sachsen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen erwähnt. Niedersachsen sieht dabei vor, dass der Bodenanteil der Grundstücke, die vor dem Jahr 2000 der Gemeinde unentgeltlich übertragen wurden oder die die Gemeinde entgeltlich erworben hat, mit einem Zeitwert, basierend auf den für das Jahr 2000 geltenden Bodenrichtwerten, festgesetzt werden kann. Voraussetzung ist die unvertretbare Ermittlung der Anschaffungskosten.

In Schleswig-Holstein können Grundstücke, die vor 1975 angeschafft wurden, anstelle dem Wert zum Anschaffungszeitpunkt auch nach den Preisverhältnissen des Jahres 1975 angesetzt werden.

Auf die Erläuterung der Vereinfachungen des Freistaats Sachsen wird verzichtet, da diese zu detailliert beschrieben sind.

Nur in Baden-Württemberg und Niedersachsen ist erwähnt, dass auf den Ansatz geleisteter Investitionszuschüsse verzichtet werden kann.

Es gibt eine Regelung die in mehreren Bundesländern,⁴⁴ jedoch nicht in Baden-Württemberg festgehalten ist. Diese Regelung ermöglicht es, Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Durchschnittswert anzusetzen, wenn die Vermögensgegenstände in vergleichbarer Zusammensetzung und in erheblicher Anzahl

⁴⁴ Die Bundesländer sind Bayern, Hessen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

vorkommen. Jedoch hat der Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung zu sein.

Es ist festzustellen, dass in der Gemeindehaushaltsverordnung für Baden-Württemberg viele Vereinfachungen sowohl für die Inventur als auch für die erstmalige Bewertung festgehalten sind. In keiner anderen Gemeindehaushaltsverordnung sind so viele Vereinfachungen für die Eröffnungsbilanz beschrieben, weshalb es als sinnvoll zu erachten ist, diese von den Kommunen auch in Anspruch zu nehmen, um möglichst viele Erleichterungen zu erhalten.

Eine weitere mögliche Erleichterung könnte in der Erhöhung der in § 38 Abs. 4 GemHVO genannten Wertgrenze von 1.000 Euro für bewegliche Vermögensgegenstände auf z.B. 3.000 Euro wie in Hessen oder 5.000 Euro wie in Niedersachsen sein. Eine weitere Vereinfachung wäre darin zu sehen, wie im Saarland bei Beteiligungen immer das (anteilige) Eigenkapital anzusetzen, sofern kein Börsen- oder Marktwert vorliegt.

Ob die Kämmerer in den Kommunen die Vereinfachungen als ebenso umfassend sehen oder ob zusätzliche Vereinfachungen wünschenswert wären, wird anschließend näher betrachtet.

6 Evaluierung

6.1 Kameralistische Kommunen

Die Landesregierung plant laut ihrem Beschluss vom 10. Juli 2012, eine Evaluierung bereits umgestellter Kommunen in Baden-Württemberg durchzuführen. Anhand der gewonnenen Ergebnisse und im Austausch mit den kommunalen Landesverbänden sollen anschließend Vereinfachungen erarbeitet werden. Dennoch wäre es ratsam, auch die kameralistischen Kommunen zu befragen, um zu erfahren, was sie bisher davon abgehalten hat, auf die Doppik umzustellen. In Baden-Württemberg gibt es 1102 Kommunen. Da die Umstellung in den ca. 850 Kommunen

mit weniger als 10.000 Einwohnern sehr verhalten vor sich geht,⁴⁵ sollte insbesondere auch auf deren Bedürfnisse eingegangen werden.

Aus diesem Grunde wurden in den Landkreisen Sigmaringen und Ludwigsburg fünf kameralistische Kommunen ausgewählt und zur Einführung der Kommunalen Doppik in ihrer Kommune befragt. Dies sind die Städte Meßkirch, Marbach, Veringenstadt und die Gemeinden Löchgau und Pleidelsheim.

Zuerst wurden dabei das beabsichtigte erste doppelte Haushaltsjahr und die dafür geplante Zeit erfragt. Anschließend sollten die Gründe genannt werden, die sie von einer bisherigen Umstellung abgehalten haben, und bei der letzten Frage sollten Vorschläge für hilfreiche Vereinfachungen eingebracht werden.

6.1.1 Stadt Meßkirch

Herr Buuk, Kämmerer der Stadt Meßkirch, erachtet die Umstellung auf die Kommunale Doppik als sinnlos. Deshalb will er auch so spät wie möglich die Doppik einführen (sprich zum Jahr 2020). Zu wenig Personal und den mit der Umstellung verbundenen Aufwand führt Herr Buuk als Gründe an, die eine Umstellung bisher verhindert hätten. Trotzdem ist derzeit ein zusätzlicher Mitarbeiter eingestellt, der sich um die Vermögenserfassung und –bewertung kümmert. Auch habe er von Beginn an nicht an die Einhaltung der gesetzten Umstellungsfrist bis 2016 geglaubt. Dem jetzigen Beschluss stehe er skeptisch gegenüber und mache sich keine große Hoffnungen auf kosten- und aufwandeinsparende Vereinfachungen. Er selbst kann sich keine Vereinfachungen vorstellen, die zu erheblichen Entlastungen führen würden.⁴⁶

⁴⁵ Vgl. Seite 25 Abbildungen 7 u. 8.

⁴⁶ Vgl. Gesprächsnotiz Herr Buuk, Anlage 80.

6.1.2 Stadt Marbach

Ein genaues Umstellungsdatum hat Herr Eißler, Kämmerer der Stadt Marbach, noch nicht vor Augen. Vorerst will er den Evaluationsprozess der Landesregierung abwarten und sich dann das genaue Vorgehen überlegen. Hauptsächlich die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr und die Ankündigung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag haben ihn bisher von einer Umstellung abgehalten. Er nannte auch einen Betrag von 3,50 € pro Einwohner (in Marbach insgesamt 100.000 €), die für die Einführung der Doppik im Schnitt angesetzt würden. Dies sei seiner Meinung nach Geld, das einfach so „verbraten“ wird. Außerdem sehe er zu viele Schwachstellen in dem neuen System. Als Beispiel führt er dazu die Kindergärten und Kindertagesstätten an. Würde man hier einen Abmangel erwirtschaften, kann man nicht einfach gegensteuern, weil die erhaltenen Regelsätze sich an Landesrichtlinien orientieren und darauf kein Einfluss genommen werden kann. Somit könne er aus dem NKHR keinen Vorteil ziehen, denn er wüsste auch so, dass er keine Kostendeckung im Bereich Kindergärten erziele. Vereinfachungen könne er keine anführen, da er sich dafür mit der Materie noch zu wenig auseinandergesetzt habe.⁴⁷

6.1.3 Stadt Veringenstadt

Der Leiter des Finanzwesens, Herr Pautsch, sieht die Stadt Veringenstadt 2018/2019 ihren ersten doppischen Haushalt verabschieden. Dafür rechnet er mit einer Vorarbeitszeit von vier bis fünf Jahren. Jedoch will er zuerst einmal die Ergebnisse der bevorstehenden Evaluierung abwarten. Neben dieser Evaluierung hat ihn auch das im Koalitionsvertrag genannte Wahlrecht von einer Umstellung abgehalten. Außerdem sehe er in der Doppik nur eine Änderung der Darstellungsform und somit keinen Gewinn. Besonders die Bewertung der Straßen und die Bildung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten für die Friedhofsgebühren hält er für bisher unzureichend geregelt und erhoffe sich bei der Evaluierung klare

⁴⁷ Vgl. Gesprächsnotiz Herr Eißler, Anlage 81.

und einfache Regelungen. Für die Straßenbewertung habe er auch schon einen möglichen Vorschlag. So könne man anhand von ein paar ausgewählten Straßen einen Wert für eine „Durchschnittsstraße“ ermitteln und diesen mit der Gesamtkilometerzahl multiplizieren. Die Gesamtkilometerzahl könne man aus den Angaben für den FAG entnehmen. Anschließend sei die Straße nur noch mit einem Baupreisindex zurückzuindizieren.

Zudem, führt er an, müsse die Rechtsaufsicht durch die GPA verschärfter ausgeübt werden. Die Gemeinden sollten wirklich dazu gezwungen werden, zu unterscheiden, ob es sich um eine Investition handelt oder um eine Unterhaltungsmaßnahme. Ansonsten würden wie bisher die Unterhaltungsmaßnahmen über Kredite finanziert. Ein Bürgermeister würde nämlich darauf schauen, seine Ziele (Wahlversprechen) einzuhalten, um später wiedergewählt zu werden. Ob das Ziel dann eigentlich nur eine Unterhaltungsmaßnahme ist und nicht über Kredite finanziert werden sollte, wäre zweitrangig.⁴⁸

6.1.4 Gemeinde Löchgau

Seit 2010 arbeitet die Gemeinde Löchgau auf den ersten doppelten Haushalt hin. Der Kämmerer, Herr Löffler, will diesen im Jahr 2014 oder 2015 verabschieden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Vermögensbewertung abgeschlossen. Diese sei zwar aufwendig gewesen, dank den Vereinfachungsmöglichkeiten in der Gemeindehaushaltsverordnung jedoch gut machbar.⁴⁹

6.1.5 Gemeinde Pleidelsheim

Wie die Stadt Meßkirch hat die Gemeinde Pleidelsheim vor, so spät wie möglich auf die Kommunale Doppik umzustellen. Bisher hat Pleidelsheim laut Auskunft des stellvertretenden Kämmerers, Herrn Holz, noch keine Vorbereitungen für den Umstellungsprozess getroffen. Der ganze

⁴⁸ Vgl. Gesprächsnotiz, Herr Pautsch, Anlage 82.

⁴⁹ Vgl. Gesprächsnotiz, Herr Löffler, Anlage 83.

Aufwand sei zu groß und bisher sei die Umstellung noch nicht als zwingend erachtet worden. Außerdem sei eine Umstellung nur für kostenrechnende Einrichtungen sinnvoll, für andere Bereiche würde sie keine Aussagekraft haben. Neben den bisherigen Vereinfachungen in der Gemeindehaushaltsverordnung hofft Herr Holz v.a. in Bezug auf die Straßenbewertungen auf weitere Erleichterungen.⁵⁰

Anhand der Äußerungen wird deutlich, dass gegenüber dem NKHR ein gewisses Akzeptanzproblem besteht. Dies äußert sich v.a. im beabsichtigten spätmöglichen Umstellungstermin und in den Zweifeln an tatsächlichen neuen Vorteilen. Die Hinderungsgründe, zu hohe Kosten, zu wenig bis gar kein Personal und ein unverhältnismäßig hoher Aufwand waren zwar bereits im Voraus bekannt, sind jedoch nicht außer Acht zu lassen. Neben diesen Gründen wurde auch die Problematik der Umsetzung anderer Projekte wie z.B. die gesplittete Abwassergebühr genannt. Diese ließe v.a. kleineren Kommunen keine Zeit, sich mit der Einführung des NKHR zu beschäftigen.

Der Wunsch nach Vereinfachungen ist eher verhalten. Nur in Bezug auf die Bewertung von Straßen und den passiven RAP für Friedhofsgebühren wären Klarstellungen und Erleichterungen wünschenswert.

6.2 Doppische Kommunen

Nicht außer Acht zu lassen sind die gemachten Erfahrungen bereits doppisch buchender Kommunen. Sie geben Aufschluss darüber, wie die theoretischen gesetzlichen Grundlagen tatsächlich praktisch umgesetzt werden könnten. Aus diesem Anlass wurden ebenfalls fünf baden-württembergische Kommunen ausgewählt, die bereits ihren ersten doppischen Haushalt verabschiedet haben. Als Auswahlkriterium zählte hauptsächlich das erste doppische Haushaltsjahr, weshalb die Gemeinden Stetten am kalten Markt (Jahr 2006), die Stadt Östringen (2007), Bad

⁵⁰ Vgl. Gesprächsnotiz, Herr Holz, Anlage 84.

Krozingen (2009), die Stadt Trossingen (2010) und die Stadt Sindelfingen (2012) ausgewählt wurden.

Die Kämmerer bzw. NKHR-Verantwortlichen der Kommunen wurden in einem ersten Schritt zur Dauer des Umstellungsprozesses befragt. Anschließend sollte in Erfahrung gebracht werden, welche Hauptprobleme während dieses Prozesses aufgetreten waren und was für Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge sie für wünschenswert in Bezug auf den Umstellungsprozess und den folgenden Echtbetrieb erachten würden.

6.2.1 Stetten am kalten Markt

Zu einer der Pilotkommunen in Baden-Württemberg zählt die Gemeinde Stetten am kalten Markt. Sie verabschiedete bereits 2006 ihren ersten doppischen Haushalt. Laut Auskunft von Herrn Hotz, Kämmerer der Gemeinde Stetten am kalten Markt, war dies nach einem Jahr Vorarbeit möglich. Diese kurze Dauer komme daher, da mit der Stadtkasse Albstadt kooperiert wurde und sie eine außerordentliche Betreuung durch verschiedene Institutionen wie dem Rechenzentrum und der GPA erfahren durften. Eine Grundsatzfrage, die während des Umstellungsprozesses auftrat, war, ob der Haushalt produktorientiert oder organisationsorientiert gegliedert werden sollte. Letztendlich entschied man sich für die organisationsorientierte Gliederung, da diese Ähnlichkeiten mit der kameralen Gliederung aufwies und es zu keiner Produktsplittung kam. Als kritisch stufte Herr Hotz die Anlagenbewertung ein, v.a. die Bewertung der Straßen und Gebäude.

Er wies darauf hin, dass damals noch keine gesetzlichen Regelungen verabschiedet waren und sie mit Entwürfen arbeiteten und mittlerweile in manchen Bereichen andere Regelungen Anwendung finden würden. So bilde die Gemeinde Stetten am kalten Markt die Umsatzsteuer anders ab, als es derzeit zulässig sei.

Vereinfachungen würde er im Bereich der Jahresrechnung und der Anlagen zum Haushaltsplan empfehlen. Zur Vermögensbewertung und – erfassung konnte er keine Angaben machen, da er bei der damaligen

Erstbewertung noch nicht Kämmerer war und für einen anderen Bereich während der Umstellung zuständig war.⁵¹

6.2.2 Östringen

Die Stadt Östringen verabschiedete ein Jahr nach der Gemeinde Stetten am kalten Markt ihren ersten doppelischen Haushalt (sprich 2007). Für die Erstellung benötigte die Stadt Östringen laut Herrn Broll, dem Kämmerer, ca. drei bis vier Jahre. Unsicherheiten traten v.a. in der Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens auf, was der damaligen Rechtsunsicherheit zuzuschreiben ist. Daneben traten hauptsächlich Probleme bei der EDV auf, da Östringen noch mit einem SAP-Pilot-Programm arbeitete, das noch nicht vollständig entwickelt war.

Herr Broll fordert zur Erleichterung, die Finanzrechnung abzuschaffen und stattdessen das Eigenbetriebsrecht auf die Kommunen entsprechend anzupassen. Mit dieser Lösung würde es auch nicht zu einem erhöhten Personalbedarf kommen. Außerdem sehe er keine Notwendigkeit in dem konsolidierten Gesamtabschluss.⁵²

6.2.3 Stadt Bad Krozingen

Der Fachbereichsleiter des Rechnungswesens, Herr Thomann, teilte mit, dass mit dem Umstellungsprozess 2006 begonnen wurde und der erste Haushalt 2009 verabschiedet wurde. Dennoch dauerte die Umstellung noch bis 2011 an und sei noch nicht bei jedem Mitarbeiter und Gemeinderatsmitglied angekommen. Die gesetzlichen Regelungen sieht er als in Ordnung an, trotzdem habe es zu einer Organisationsveränderung innerhalb des Rathauses geführt und zwei Mitarbeiter seien nur für die Bewertung zuständig gewesen.

Im jetzigen Echtbetrieb kritisiert er die Kennzahlensteuerung. Diese sei seines Erachtens nicht möglich und führe zur Verwirrungen. Einerseits sei

⁵¹ Vgl. Gesprächsnotiz, Herr Hotz, Anlage 85.

⁵² Vgl. Gesprächsnotiz, Herr Broll, Anlage 86.

es schwierig, jeweils passende Kennzahlen zu finden und andererseits würden häufig viel zu viele Kennzahlen festgelegt. Um dem Gemeinderat trotzdem einen Überblick auch über die aktuelle Lage zu verschaffen, hat die Bad Krozingen ein Projekt mit der Steinbeis-Stiftung am Laufen, das ab dem Jahr 2013 zum Einsatz kommen soll. Das sei ein System, das es dem Gemeinderat ermöglichen soll, auf die vereinbarten Ziele und deren Einhaltung zu schauen und bei ggfs. großen Abweichungen gleich gegenzusteuern.

Zudem weiche die Kommunale Doppik zu sehr vom HGB ab, so dass das Verständnis für den Gemeinderat oder Bürger nicht erleichtert werde, wenn er beispielsweise die kaufmännische Buchführung kennen würde.

Ebenso erachtet er einen konsolidierten Jahresabschluss für Bad Krozingen als unnötig. Seit 1974 würde eine Liste bestehen die sämtliche Schulden und das Anlagevermögen aufweise. Diese Liste würde fortgeführt und im Vorbericht des Haushaltsplans werde ein Überblick über die Schulden und das Vermögen der Kommune, inklusive aller Beteiligungen, gegeben. Forderungen und Verbindlichkeiten würden sich gegenseitig aufrechnen und somit nicht im Vorbericht erwähnt.⁵³

6.2.4 Trossingen

Der Leiter des Sachgebiets 210, Finanzen der Stadt Trossingen, Herr Weiss, berichtete, dass für das Jahr 2010 der doppische Haushalt beschlossen wurde. Dafür sei eine Vorarbeit, beginnend im Jahr 2003, notwendig gewesen, was v.a. auf die verschiedenen Softwareanbieter zurückzuführen sei. Die Vermögensbewertung sei gut verlaufen und es wurde für den Umstellungsprozess ein zusätzlicher Mitarbeiter eingestellt. Jedoch beanstandet er die Systematik der Kostenträger, da diese für eine Stadt mit 15.000 Einwohnern oder weniger zu tief gegliedert sei und deshalb nicht passend sei, und er verwies beispielhaft auf die Stadtbibliothek. Dort müsse man zwischen Fachbüchern, Belletristik usw.

⁵³ Vgl. Gesprächsnotiz, Herr Thomann, Anlage 87.

unterscheiden. Diese detaillierte Aufstellung sei nicht vorhanden und würde erstens zusätzlichen Aufwand nach sich ziehen und zweitens sei diese Differenzierung nicht immer möglich. Daher erhoffe er sich im Zuge des Evaluationsprozesses auch Erleichterungen bei der Gliederung. Er stehe dem Evaluierungsprozess jedoch noch etwas verhalten gegenüber, da einerseits noch nicht viele Gemeinden in Baden-Württemberg mit der Doppik Erfahrungen gemacht hätten und auch die Gemeindeprüfungsanstalt noch ganz am Anfang stünde. Ansonsten erachtet er die gesetzlichen Grundlagen zur Umstellung als gut handhabbar.⁵⁴

6.2.5 Sindelfingen

Im Rahmen dieser Befragung ist Sindelfingen die Stadt, die als letzte ihren ersten doppischen Haushalt verabschiedet hat (Jahr 2012). Die Umstellung, so Frau Koch, sei jedoch nicht ganz freiwillig gewesen, sondern der Nicht-Fortführung des Buchungsprogramms FIWES Classic geschuldet, da dieses noch bis Ende 2011 vom Rechenzentrum betrieben würde. Man habe sich als Alternative für SAP entschieden und die Softwareeinführung mit der Doppikeinführung verknüpft. Durch die technische Befristung erfolgte die Umstellung unter einem großen Zeitdruck. So habe man im Oktober 2010 mit den Umstellungsarbeiten begonnen und Mitte 2012 den ersten und vereinfachten Haushaltsplan verabschiedet. Aus technischer und personeller Sicht sei dies gut machbar gewesen, jedoch verweist Frau Koch darauf, dass nur eine abgespeckte Form des NKHR eingeführt wurde, das so genannte NKHR Light. Dies ist eigentlich für kleinere Kommunen gedacht und stellte Sindelfingen mit ca. 60.000 Einwohnern vor gewisse Herausforderungen. Abgesehen von dem erheblichen Zeitdruck bewertet Frau Koch den Prozess als gut umsetzbar. Man habe v.a. jede Erleichterung der Gemeindehaushaltsverordnung angenommen und umgesetzt. Dadurch seien zwar gewisse Unschärfen entstanden, die jedoch hinnehmbar seien.

⁵⁴ Vgl. Gesprächsnotiz Herr Weiss, 88.

Frau Koch sieht bis zum jetzigen Stand keine Vereinfachungen als notwendig an.⁵⁵

Auch bei den bereits umgestellten Kommunen lässt sich eine klare Tendenz in Bezug auf Vereinfachungen bei der erstmaligen Bewertung erkennen. Alle befragten Kommunen sind mit den bisherigen gesetzlichen Regelungen zurechtgekommen und erachten keine weiteren Vereinfachungen als notwendig. Stattdessen wird die Steuerung mit Kennzahlen als schwierig und v.a. für die Mitglieder des Gemeinderats als eher schwer nachvollziehbar angesehen. Auch ist in einigen Kommunen bisher nur der Haushaltsplan nach den doppelischen Regelungen erstellt worden, die neue Steuerung mit Zielen und Kennzahlen jedoch noch nicht umgesetzt worden. Somit fehlt noch ein entscheidender Teil des NKHR. Vereinfachungen sind dennoch im Bereich des konsolidierten Gesamtabchlusses denkbar, da einige diesen als zu aufwendig und unnötig betrachten.

7 Fazit und Ausblick

Die Umsetzung des NKHR auf kommunaler Ebene steht in Baden-Württemberg noch am Anfang. Seit der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung der Haushaltswirtschaft im Jahr 2009 haben in Baden-Württemberg nur 5,5 % der Kommunen ihren Haushalt nach den Regelungen der Kommunalen Doppik aufgestellt. Die zögerliche Umstellung ist einerseits sicherlich auch der Ankündigung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag der derzeitigen baden-württembergischen Landesregierung zuzuschreiben. Andererseits darf dennoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Einführung des NKHR einen erheblichen personellen und finanziellen Aufwand v.a. für kleinere Kommunen mit sich bringt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich im Landkreis Sigmaringen 80 % der Kommunen bei einer Wahlmöglichkeit zwischen

⁵⁵ Vgl. Gesprächsnotiz Frau Koch, Anlage 89.

der kommunalen Doppik und der bisherigen Kameralistik für das bisherige Rechnungswesen entscheiden würden. Sowohl im Landkreis Sigmaringen als auch im Landkreis Ludwigsburg hat sich jeweils eine deutliche Mehrheit für eine Vollvermögensrechnung ausgesprochen. Daraus könnte geschlossen werden, dass das NKHR nicht aufgrund der zwar aufwendigen, aber dennoch gut umsetzbaren Vermögenserfassung und –bewertung abschreckt. Diese Tendenz lässt sich auch bei näherer Betrachtung der vorhandenen Vereinfachungen für die Inventur und für die erstmalige Bewertung (Eröffnungsbilanz) bestätigen. In der Gemeindehaushaltsverordnung für Baden-Württemberg sind im Vergleich zu den anderen Bundesländern (Flächenländern) die umfangreichsten Vereinfachungsregelungen festgehalten. Deshalb müssten die Ursachen für die mangelnde Umstellungsbereitschaft an anderer Stelle zu suchen sein.

Wie die Befragung einzelner kameralistischer Kämmerer zeigt, fehlt es v.a. an der Akzeptanz, weil ein Erkenntniszugewinn von dem NKHR skeptisch betrachtet wird. Auch hat die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr bislang die Konzentration der Kämmerer für sich beansprucht, so dass wenig bis gar keine Zeit der Kommunalen Doppik-Einführung gewidmet werden konnte.

Kämmerer, die die Kommunale Doppik bereits anwenden, bestätigen, dass die vorhandenen Vereinfachungen in der Gemeindehaushaltsverordnung ausreichend seien. Vielmehr würde die neue Steuerung, in Form von Schlüsselprodukten, gemessen an Zielen und Kennzahlen, zur Verwirrung führen. So ist die bessere Verständlichkeit der Doppik, da sie an die kaufmännische Buchführung angelehnt ist, bei den Gemeinderäten nicht gegeben.

Als Ausblick auf die bevorstehende Evaluierung der bereits doppischen Kommunen ist anzumerken, dass dieser Prozess zwar zügig, aber dennoch gründlich abzulaufen hat. Würde man diesen Evaluierungsprozess in die Länge ziehen, könnten Vereinfachungen, gleichwohl in welcher Hinsicht, erst spät verabschiedet werden. Die

Kommunen, die auf diese Vereinfachungen warten, würden bei einem zu ausgedehnten Evaluierungsprozess in Zeitnot geraten. Somit wäre die neu festgesetzte Übergangsfrist nicht einhaltbar.

Dennoch sollte die Evaluierung die bisher gemachten Erfahrungen umfassend beleuchten und sich sowohl auf den Umstellungsprozess selbst als auch auf Regelungen für den „Echtbetrieb“ - wie beispielsweise für den konsolidierter Gesamtabschluss und auch für das neue Steuerungsmodell - konzentrieren.

Zudem sollte der Gemeindeprüfungsanstalt eine wichtige Rolle zukommen, denn nur die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen sorgt auch dafür, dass die Zielsetzungen des NKHR, z.B. das Ressourcenverbrauchskonzept, richtig umgesetzt und ein nachhaltiges Wirtschaften erreicht wird.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur:

Beck, Uwe/Böhmer, Roland/u.a.: Kommunales Finanzmanagement in Baden-Württemberg – Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) -, 2012

Bündnis 90/Die Grünen und SPD Baden-Württemberg: Koalitionsvertrag – Der Wechsel beginnt-

Glinger, Peter/Friedl, Eric: Gemeindehaushaltsrecht Baden-Württemberg, Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen mit Kassen- und Prüfungsrecht, 2011

Notheis, Klaus/Ade, Klaus: Das Neue Kommunale Haushaltsrecht Baden-Württemberg, Leitfaden für Praxis, Aus- und Fortbildung, 2. Auflage, 2009

Schwarting, Gunnar: Der kommunale Haushalt, 3. überarbeitete Auflage, 2006

Karmasin, Matthias/Ribing, Rainer: Die Gestaltung wissenschaftlicher Arbeiten, 6. Auflage, 2011

Internet:

Gabler Wirtschaftslexikon, Definition Anlagenbuchhaltung:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/anlagenbuchhaltung.html>

(02.09.2012)

Gabler Wirtschaftslexikon, Definition Kameralistik:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kameralistik.html> (06.09.2012)

Haushaltssteuerung, Lexikon, Dezemberfieber:

<http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-dezemberfieber.html>

(10.09.2012)

Haushaltssteuerung, Themen, Haushaltsreformen in Deutschland,
einzelne Bundesländer:

<http://www.haushaltssteuerung.de/haushaltsreform-deutschland.html>

(10.09.2012)

Konsolidierte Version der APrOVw gD mit der berücksichtigten Änderung
vom 10. August 2010 (GBl. S. 731) abrufbar unter: [http://www.hs-](http://www.hs-ludwigsburg.de/studium/innenverwaltung/index2.php?DOC_INST=3)

[ludwigsburg.de/studium/innenverwaltung/index2.php?DOC_INST=3](http://www.hs-ludwigsburg.de/studium/innenverwaltung/index2.php?DOC_INST=3)

(30.08.2012)

Landkreistag Baden-Württemberg, Landkreisnachrichten, Wahlrecht:

<http://www.landkreistag->

[bw.de/aktuell/zeit/2011/mat/LKN3_11_186_188.pdf](http://www.landkreistag-bw.de/aktuell/zeit/2011/mat/LKN3_11_186_188.pdf) (30.08.2012)

Reif, Karl: Der Haushaltsplan – kein Buch mit sieben Siegeln, Von der
Kameralistik zur Doppik, Schwerpunktausgabe für Stadt-, Gemeinde- und
Ortschaftsräte, BWGZ 12/2009; abrufbar unter [http://www.gemeindetag-](http://www.gemeindetag-bw.de/php/index.php?d=0&action=aufgaben)
[bw.de/php/index.php?d=0&action=aufgaben](http://www.gemeindetag-bw.de/php/index.php?d=0&action=aufgaben) (18.07.2012)

Schwarz, Andreas, Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung:

<http://www.andreas-schwarz.net/landespolitik/grune-und-spd-verlangern-bisherige-ubergangsfrist-fur-umstellung-des-kommunalen-haushaltsrechts-bis-2020-einheitliche-handhabung-ab-2021-vorgesehen> (10.07.2012)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Profil:

<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Profil/> (30.08.2012)

Stuttgarter Zeitung, Doppische Enttäuschung: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ludwigsburg-doppische-enttaeuschung.a2082a68-4dcd-4565-9abf-0ecffdbccb96.html> (15.07.2012)

Gesetze:

Gemeindehaushaltsverordnung für Baden-Württemberg vom 11. Dezember 2009

Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik Bayern vom 5. Oktober 2007

Gemeindehaushaltsverordnung für Hessen vom 2. April 2006 (GVBl. I S. 235) geändert durch Verordnung vom 27. Dezember 2011 (GVBl. I S. 840)

Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik für Mecklenburg- Vorpommern vom 25. Februar 2008

Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung für Niedersachsen vom 22. Dezember 2005

Gemeindehaushaltsverordnung für Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004

Gemeindehaushaltsverordnung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 2006

Kommunalhaushaltsverordnung für das Saarland vom 10. Oktober 2006

Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik vom 8. Februar 2008
Rechtsbereinigt mit Stand vom 30. November 2008

Gemeindehaushaltsverordnung Doppik für Sachsen-Anhalt vom 30. März 2006

Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik für Schleswig-Holstein vom 30.
August 2012

Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik vom 11. Dezember
2008

Gesprächsquellen:

Bad Krozingen, Herr Christian Thomann, Fachbereichsleiter
Rechnungsamt

Löchgau, Herr Marc Löffler, Kämmerer

Marbach, Herr Martin Eißler, Stellv. Amtsleiter Finanzverwaltung

Meßkirch, Herr Joachim Buuk, Kämmerer

Östringen, Herr Dominik Broll, Leitung Finanzverwaltung

Pleidelsheim, Herr Alexander Holz, Stellv. Leiter Kämmerei

Sindelfingen, Frau Heike Koch, Projekt NKHR

Stetten am kalten Markt, Herr Peter Holz, Kämmerer

Trossingen, Herr Armin Weiss, Sachgebietsleiter Finanzen

Veringenstadt, Herr Andreas Pautsch, Leiter Finanzwesen

Erklärung zur Bachelorarbeit

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum

Unterschrift

Anlagen

Anlage 1: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bad Saulgau

WG: Erinnerung Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Krieger, Elke" <elke.Krieger@bad-saulgau.de>

An: "'ElisabethLohr@gmx.de'" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 24.07.2012 15:47:40

Hallo Fr. Lohr,

Antworten: s.u.

Gruß,
Krieger

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Schroeter, Doris

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 14:21

An: Krieger, Elke

Betreff: WG: Erinnerung Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Hallo Frau Krieger,

könnten Sie das bitte übernehmen.

Danke

Doris Schröter
Bürgermeisterin

Stadt Bad Saulgau
Oberamteistr. 11
88348 Bad Saulgau

Tel.: 07581/207-101
Fax: 07581/207-860
E-Mail: buergemeisterin@bad-saulgau.de
www.bad-saulgau.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:33

An: Buergermeisterin

Betreff: Erinnerung Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrte Frau Schröter,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____17.351 zum 31.12.2011____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☐ Kameralistik wohl eher, aber ergänzt um eine Vollvermögensrechnung mit Anlagenbuchhaltung.

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

X ☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik (da ist der Aufwand dafür, dass sich auch fast alles ändert, viel zu hoch)

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellung wurde fortgesetzt. Wir sind gerade an der Vermögensbewertung, die wir ohnehin für sinnvoll erachten. _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

☐ bis zum _1.1.2020 (2016 hätten wir auf keinen Fall geschafft. Wenns vor 2020 reicht, ist es auch recht) _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X ☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

Der Inhalt dieser eMail ist ausschliesslich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser eMail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser eMail unzulässig ist. Wir bitten Sie sich in diesem Fall mit dem Absender der eMail in Verbindung zu setzen.

Anlage 2: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bingen

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Kromer, Robert" <Kromer@bingen-hohenzollern.de>

An: "elisabethlohr@gmx.de" <elisabethlohr@gmx.de>

Datum: 02.07.2012 08:22:35

Hallo Frau Lohr,

anbei die Beantwortung Ihrer Fragen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Kromer

 Bürgermeisteramt Bingen
 Hauptstraße 21
 72511 Bingen
 Tel. 07571/7407-28
 Fax 07571/7407-40
www.bingen-hohenzollern.de
<mailto:Kromer@bingen-hohenzollern.de>

> -----Ursprüngliche Nachricht-----

> Von: Fetzer, Jochen

> Gesendet: Freitag, 29. Juni 2012 10:28

> An: Kromer, Robert

> Betreff: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

>

> Herr Kromer,

>

> könnten Sie das bitte übernehmen.

>

> Mit freundlichen Grüßen

>

> Jochen Fetzer

> Bürgermeister

>

> Gemeinde Bingen

> Hauptstraße 21

> 72511 Bingen

> Tel. 07571 - 74070

> Fax. 07571 - 740740

> email Fetzer@Bingen-Hohenzollern.de

> Internet www.bingen-hohenzollern.de

>

>

> -----Ursprüngliche Nachricht-----

> Von: Elisabeth Lohr [<mailto:ElisabethLohr@gmx.de>]

> Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 07:34

> An: Fetzer, Jochen

- > Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe
- >
- > Sehr geehrter Herr Fetzer,
- >
- > die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf
- > Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik
- > festgehalten.
- > Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
- > Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin
- > 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler
- > Doppik und Kameralistik beschäftigen.
- > Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da
- > sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.
- >
- > 1. Einwohner Ihrer Kommune 2.800
- >
- > 2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger
- > Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune
- > entscheiden?
- >
- > ☐ kommunale Doppik X Kameralistik
- >
- > 3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um
- > eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln
- > würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?
- >
- > ☐ kommunale Doppik X erweiterte Kameralistik
- >
- > 4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im
- > Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt,
- > Umstellung wird fortgeführt, etc.)
- >

In Anbetracht des Umstellungstermins 2016 war in 2011 eine umfangreiche Schulung des Kämmerers geplant, um die notwendigen Umstellungsarbeiten abschätzen zu können und die verpflichtende Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik bis zum 01.01.2016 vorbereiten zu können. Die bereits gebuchte Doppikschulung des Kämmerers "Kontaktstudiengang Kommunalen Bilanzbuchhalter" wurde nach Bekanntwerden des Koalitionsvertrages von Mai bis Dezember 2011 dennoch durchgeführt und hat uns in der Entscheidung im Falle eines Wahlrechts bei der Kameralistik zu bleiben bestärkt.

- > _____
- > _____
- > _____
- >
- > 5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?
- >
- > X vorerst nicht
- > ☐ bis zum _____
- > ☐ haben bereits zum _____ umgestellt
- >
- >
- > 6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine
- > Vollvermögensrechnung befürworten?
- > X auf freiwilliger Basis Ja ☐ Nein
- >
- >
- >
- >

- > !!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!
- > _____
- > ZURÜCK AN:
- > Elisabeth Lohr
- > Kapellenstraße 15
- > 88639 Wald-Ruhestetten
- > oder
- > ElisabethLohr@gmx.de
- > --
- > Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir
- > belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 3: Umfrage Wahlrecht – Antwort Gammertingen

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: Siegfried.Hagg@gammertingen.de

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 27.06.2012 08:07:16

Antworten siehe unten.

Schöne Grüße und viel Erfolg.

Siegfried Hagg

 Siegfried Hagg
 Leiter Finanzwesen
 der Stadt Gammertingen
 Hohenzollernstraße 5
 72501 Gammertingen
 Tel. +49 7574 406-120
 Fax. +49 7574 406-199
 siegfried.hagg@gammertingen.de
www.gammertingen.de

 -----Ursprüngliche Nachricht-----
 Von: Hellstern, Silvia
 Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 07:42
 An: Hagg, Siegfried
 Betreff: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

-----Ursprüngliche Nachricht-----
 Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]
 Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 07:32
 An: Hellstern, Silvia
 Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Jerg,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune **6434**

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik

Diese Antwort ist eindeutig, da ich keinen adäquaten Mehrwert als Gegenleistung für den deutlich höheren Verwaltungs- und Buchungsaufwand in der Doppik erkennen kann.

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

Diese Frage ist so nicht eindeutig zu beantworten. Es kommt darauf an, inwieweit die Kameralistik erweitert wird. Sollte die Kameralistik lediglich um eine Vermögensbewertung erweitert werden, würde ich wohl auch bei der meines Erachtens bestens bewährten Kameralistik bleiben. Je aufwändiger bzw. umfangreicher die „Erweiterung“ ist um so mehr steigt die Tendenz zur Doppik.

☐ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Ich habe im vergangenen Herbst eine Fortbildung zum „Kommunalen Finanzbuchhalter“ zu der ich mich schon vor dem Koalitionsvertrag angemeldet hatte, trotz der Ankündigung durchgeführt. Im Übrigen haben wir bisher keine weiteren Vorbereitungen auf die Umstellung getroffen und warten das weitere Gesetzgebungsverfahren ab.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja

☐ Nein

Auch hier kommt es darauf an, wie diese Vollvermögensrechnung ausgestaltet werden soll. Da weder Schulen noch Kindergärten, keine Bücherei, Hallenbad, Bürgerhaus oder gar Gemeindestraße die Abschreibungen erwirtschaften kann, ist die Sinnhaftigkeit sehr zweifelhaft.

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Anlage 4: Wahlrecht Umfrage – Antwort Neufra

WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Rominger, Werner" <Werner.Rominger@neufra.de>

An: "elisabethlohr@gmx.de" <elisabethlohr@gmx.de>

Datum: 30.07.2012 14:00:51

Hier unsere Antworten:

1. 1871 (zum 30.06.2011)
2. Kameralistik
3. erweiterte Kameralistik
4. anstehender Umstellungsprozess wurde gestoppt
5. bis 2020
6. Ja

Viele Grüße
Werner Rominger

Anlage 5: Umfrage Wahlrecht – Antwort Herbertingen

WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Schrenk, Michael" <Michael.Schrenk@herbertingen.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 08:17:07

Sehr geehrte Frau Lohr,

anbei die Antworten auf Ihre Fragen. Viel Erfolg für die Bachelorarbeit!

Freundliche Grüße

Ihr
Michael Schrenk
Bürgermeister

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 07:31

An: Schrenk, Michael

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Schrenk,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 4.900

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

X kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Die Umstellung wird fortgeführt, wenn auch in kleinen Schritten.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

X bis zum Jahr 2015

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?
☐ Ja ☒ X Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 6: Umfrage Wahlrecht – Antwort Herdwangen-Schönach

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Andrea Rothmund" <Andrea.Rothmund@herdwangen-schoenach.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 09:59:11

Sehr geehrte Frau Lohr,

hier die Antworten auf Ihre Fragen:

1. 3.351 Einwohner (Stala-Stand 30.09.2011)
2. Kameralistik
3. erweiterte Kameralistik
4. begonnener Umstellungsprozess gestoppt (bis dato lediglich Schulungen zur Doppik)
5. vorerst nicht
6. Nein

Freundliche Grüße

Andrea Rothmund
Leitung Zentrale Dienste und Finanzen

Bürgermeisteramt
Dorfstr. 49, 88634 Herdwangen-Schönach
Tel. 07557/9200-11, Fax 07557/9200-611
eMail: a.rothmund@herdwangen-schoenach.de

Anlage 7: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hettingen

WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Werner Leipert" <Leipert@hettingen.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 28.06.2012 08:53:29

Sehr geehrte Frau Lohr,

anbei unsere Angaben. Ich hoffe, Sie kommen damit klar. Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Stadt Hettingen
Werner Leipert
Schloß
72513 Hettingen
Tel: 07574/9310-20
Fax: 07574/4448
Email: leipert@hettingen.de
www.hettingen.de

II Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese Mail ausdrucken.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Dagmar Kuster

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 09:03

An: Werner Leipert

Betreff: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Guten Morgen Werner,
ich denke das betrifft eher Dein Bereich.

Grüße Dagmar

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 07:27

An: Dagmar Kuster

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrte Frau Kuster,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 1859 _____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik x Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik x erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Wir haben noch nicht begonnen, deshalb zuerst erstaunen, dass ein Wahlrecht kommt. Aus Erfahrung wissen wir, dass man solche Umstellungen nicht alles zu schnell angehen sollte, zumal es sehr viel Zeit und Geld kostet.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

x vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?
xJa, aber nur für "verwertbares" Vermögen und kostenrechnende Einrichtungen ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 8: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hohentengen

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Schnell, Johannes" <Schnell@hohentengen-online.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 28.06.2012 08:55:54

Sehr geehrte Frau Lohr,
anbei untenstehende Antworten.
Mit freundlichen Grüßen
Johannes Schnell, Gemeinde Hohentengen
Beizkofer Str. 57, 88367 Hohentengen
Telefon: 07572/760212
Telefax: 07572/760235
Mailto:schnell@hohentengen-online.de
www.hohentengen-online.de

Der Inhalt dieser E-Mail ist ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt! Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser E-Mail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser E-Mail unzulässig ist. Wir bitten Sie sich in diesem Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Rainer, Peter
Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 08:55
An: Schnell, Johannes
Betreff: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Herr Schnell,
würden Sie bitte diese Mini-Umfrage bearbeiten - es geht um die Umstellung auf Doppik bzw. das Wahlrecht...
Danke.
Peter Rainer

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]
Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 07:24
An: Rainer, Peter
Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Rainer,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.
Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.
Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune __4.357__

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik X Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik X erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

__Die begonnenen Bewertungen für das Anlagevermögen (bebaute und unbebaute Grundstücke und Straßen) wurden
ausgesetzt. _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

X vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja X Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 9: Umfrage Wahlrecht – Antwort Illmensee

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Juergen Hoffmann" <hoffmann@illmensee.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 28.06.2012 12:34:09

Guten Tag Frau Lohr,

unten finden Sie die beantworteten Fragen für Ihre Bachelorarbeit.

Grüße aus Illmensee

Jürgen Hoffmann

Gemeinde Illmensee
Kirchplatz 5
88636 Illmensee

Tel.: 07558 / 9207-10
Fax: 07558 / 9207-99

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet.

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorized copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 07:18

An: Juergen Hoffmann

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Hoffmann,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ca. 2000

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik X Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Da ich erst seit 01.01.2012 in der Gemeinde Bürgermeister bin, kann ich zu diesem Punkt keine Angaben machen, da der Koalitionsvertrag ja früher erstellt und veröffentlicht wurde. _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 10: Umfrage Wahlrecht – Antwort Inzigkofen

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Balle, Gerald" <Balle@inzigkofen.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 17:12:09

Sehr geehrte Frau Lohr,
beiliegend erhalten Sie Ihren Fragebogen ausgefüllt wieder zurück.
Freundliche Grüße, Balle

Gerald Balle
-Kämmerei-
Bürgermeisteramt Inzigkofen
Ziegelweg 2
72514 Inzigkofen
Fon: (07571) 7307-13
Fax: (07571) 7307-25
mail: balle@inzigkofen.de
www.inzigkofen.de

Sehr geehrter Herr Gombold,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 2.900

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik x Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik x erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

In der Vergangenheit wurde die gesamte Anlagebuchhaltung aufgearbeitet und vervollständigt. Sollte kein Wahlrecht eingeräumt werden, könnte die Umstellung somit alsbald beginnen. Solange es jedoch die Kameralistik gibt, besteht von unserer Seite kein Bedarf, umzustellen.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

x vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

xJa ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir
belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 11: Umfrage Wahlrecht – Antwort Krauchenwies

Sehr verehrte Frau Lohr,
gerne und viel Erfolg.
Mit freundlichem Gruß
Jochen Spieß
Bürgermeister
Gemeinde Krauchenwies
Hausener Straße 1
72505 Krauchenwies

Tel.: 07576/97212
Fax.: 07576/97214
e-mail: Jochen.Spiess@Krauchenwies.de

Spieß, Jochen

Von: Elisabeth Lohr [ElisabethLohr@gmx.de]
Gesendet: Dienstag, 26. Juni 2012 16:50
An: Spieß, Jochen
Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Spieß,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.
Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.
Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 5100
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?
☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik
3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?
☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik
4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)
Umstellung gestoppt
5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?
☒ vorerst nicht
☐ bis zum _____ umgestellt
☐ haben bereits zum _____ umgestellt
6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?
☐ Ja ☒ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 12: Umfrage Wahlrecht – Antwort Mengen

WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Ehrmann Karl-Heinz" <Karl-Heinz.Ehrmann@mengen.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 15:05:20

Guten Tag,

H. Bürgermeister Bubeck hat mich gebeten, Ihre Mail zu bearbeiten. Üblicherweise beteilige ich mich nur an Umfragen, die mit dem Gemeindetag Baden-Württemberg abgestimmt sind. Ausnahmsweise antworte ich Ihnen, da Sie an der FH in Ludwigsburg studieren. Der Einfachheit halber habe ich meine Antworten in rot in Ihre Umfrage geschrieben. Viel Erfolg mit Ihrer Bachelorarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Ehrmann

Erster Beigeordneter

Stadt Mengen

Hauptstraße 90, 88512 Mengen

Tel.: 07572 607-200, Fax: 07572 607-720

mailto:karl-heinz.ehrmann@mengen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [<mailto:ElisabethLohr@gmx.de>]

Gesendet: Dienstag, 26. Juni 2012 16:48

An: Wiedemann-Krause Gerda

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Bubeck,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 10.000

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

b! kommunale Doppik b! Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

b! **kommunale Doppik** b! erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Eröffnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

__Resolution der Bürgermeister und der Fachbeamten für das Finanzwesen über den Gemeindetag Baden-Württemberg an die Landesregierung; Umstellungsstart verschoben_____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

b! **vorerst nicht**

b! bis zum _____

b! haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

b! **Ja** b! Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

 Elisabeth Lohr
 Kapellenstraße 15
 88639 Wald-Ruhestetten
 oder
ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 13: Umfrage Wahlrecht – Antworten Leibertingen und Meßkirch

WG: Erinnerung Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Buuk Joachim" <buuk@messkirch.de>

An: "elisabethlohr@gmx.de" <elisabethlohr@gmx.de>

Datum: 25.07.2012 11:10:30

Hallo Frau Lohr,

anbei der beantwortete Fragenkatalog für die Kommunen Meßkirch und Leibertingen:

1. Einwohner Ihrer Kommune : **Meßkirch 8.200, Leibertingen 2.200**_____
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden? : **je Kameralistik**
3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?: **erweiterte Kameralistik bietet kein EDV-Softwareanbieter an (auch nicht in Hessen, wo es ein solches Wahlrecht gibt!), deshalb ist die Frage nur theoretisch!**
4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgesetzt, etc.) : **wir waren in positiver Erwartung, haben aber mit der eigentlichen Umstellung noch nicht begonnen. Hier zeigt sich, dass auch andere Parteien nur verbal vorher viel Wind machen und dann doch nicht umgesetzt bringen!**
5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?: **Zum letzten möglichen Zeitpunkt!**
6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?: **ja**

Wenn Sie noch Fragen haben, können Sie mich gerne anrufen.
Viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Buuk
Kämmerei
Conradin-Kreutzer-Str. 1
88605 Meßkirch

Tel. 07575/20635

Fax 07575/20651

<mailto:buuk@messkirch.de>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Armin Reitze Gemeindeverwaltung Leibertingen

[mailto:armin.reitze@leibertingen.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 15:34

An: kaemmerei

Betreff: Fwd: Erinnerung Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Hallo Herr Buuk,

Möchten sie die Anfrage beantworten??

MfG

Armin Reitze

Abs.:

Armin Reitze

Gemeinde Leibertingen

Rathausstr. 4

88637 Leibertingen

07466/9282-11

Anlage 14: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ostrach

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe**Von:** "Schulz, Christoph" <Schulz@ostrach.de>**An:** "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>**Datum:** 27.06.2012 08:55:05

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 26. Juni 2012 16:43

An: Schulz, Christoph

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Schulz,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 6750_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik x erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

x vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

xJa ☐ Nein

Anlage 15: Umfrage Wahlrecht – Antwort Pfullendorf

Bachelorarbeit

Von: "Traub Michael" <michael.traub@stadt-pfullendorf.de>

An: elisabethlohr@gmx.de

Datum: 28.06.2012 14:06:44

Sehr geehrte Fr. Lohr,

im Auftrag von BM Kugler darf ich Ihnen kurz Ihre Fragen beantworten. Da eine direkte Bearbeitung Ihres mails nicht möglich war in folg. abgewandelter Form.

1. 13.100 Einw.
2. Kameralistik
3. kom. Doppik
4. Umstellung wird weiter aufgeschoben
5. Vorerst nicht
6. Ja (wird bereits schon bisher geführt)

Gutes Gelingen!

Mit freundlichen Grüßen

Michael Traub

Stadt Pfullendorf

Finanzverwaltung

Kirchplatz 1

88630 Pfullendorf

Tel. 07552/25-1411

Fax. 07552/25-1409

e-mail: Michael.Traub@Stadt-Pfullendorf.de

Anlage 16: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sauldorf

Von: "Bgm Sigrist" <bgm@sauldorf.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Betreff: AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Datum: Tue, 26. Jun 2012 18:21:08

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 26. Juni 2012 16:40

An: bgm@sauldorf.de

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Sigrist,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune [Bgm Sigrist] 2.534 _____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik [Bgm Sigrist] x ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik [Bgm Sigrist] x ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt,

etc.)

[Bgm Sigrist] Ja, Umstellungsprozess ist gestoppt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

[Bgm Sigrist] ☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja [Bgm Sigrist] ☒ Nein

Anlage 17: Umfrage Wahlrecht – Antwort Scheer

AW: Bachelorarbeit-Bitte um Mithilfe

Von: "Jürgen Wild" <Wild@scheer-online.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 02.07.2012 15:38:09

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 26. Juni 2012 16:39

An: Jürgen Wild

Betreff: Bachelorarbeit-Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Wild,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _____ 2.600 _____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☒ **Kameralistik**

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☒ **erweiterte Kameralistik**

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____ begonnener Umstellungsprozess (Inventarisierung) hinaus geschoben... _____

—

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ **vorerst nicht**

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ **Ja** ☐ Nein

PS.: was bei Umstellung auf die kfm. Buchführung (Doppik) mit Sicherheit zu Problemen führen wird ist die Erwirtschaftung des AfA (Zuführungsrate), zumal wir als Kommune in der Regel doch nur Aufgaben erfüllen, die die Privatwirtschaft nicht übernimmt, da unwirtschaftlich. Wenn ich erkenne, dass Aufgaben kostenintensiv/unwirtschaftlich sind, so habe ich in den wenigsten Fällen die Möglichkeit etwas daran zu ändern (sollte eine „Beerdigung“ unwirtschaftlich sein, wie kann ich auf die Fallzahlen Einfluß nehmen ???)...

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 18: Umfrage Wahlrecht – Antwort Schwenningen (Heuberg)

WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Bosch, Rita" <Bosch@schwenningen.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 25.07.2012 07:45:28

Hallo Frau Lohr,
bitte entschuldigen Sie die verspätete Antwort Ihres Emails.
Wir haben die Antworten direkt bei Ihren Fragen vermerkt.

Schöne Grüße aus Schwenningen

Rita Bosch

Gemeindeverwaltung Schwenningen
Alte Pfarrstraße 9
72477 Schwenningen

Tel: 07579/9212-14
Fax: 07579/9212-50
Email: bosch@schwenningen.de
www.schwenningen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]
Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:39
An: Bucher, Herbert
Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Bucher,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 1.500

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik X Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☐ kommunale Doppik X erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Wir haben uns über die Erwähnung des Wahlrechts gefreut

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
- ☒ bis 2019 / 2020
- ☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☒ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 19: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sigmaringen

WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: Aßfalg

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

CC: "Spindler, Ulrike" <Spindler@sigmaringen.de>, Schärer, Thomas
<Schaerer@sigmaringen.de>

Datum: 30.07.2012 14:42:59

Sehr geehrte Frau Lohr,

ich habe die Antworten unten eingetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Bernt Aßfalg

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Schärer, Thomas

Gesendet: Montag, 30. Juli 2012 14:08

An: Aßfalg, Bernt

Betreff: WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Herr Aßfalg,

ich glaube Sie sind die kompetentere Person, um diese Fragen zu beantworten. Darf ich Sie bitten, dies zu tun?

Freundliche Grüße

Thomas Schärer

Bürgermeister

Stadtverwaltung Sigmaringen

Fürst-Wilhelm-Straße 15 / Rathaus

72488 Sigmaringen

+49 7571 106-0

Besuchen Sie Sigmaringen im Netz: www.sigmaringen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Montag, 30. Juli 2012 13:41

An: Schärer, Thomas

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Schärer,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren

Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune __16.280 zum 30.06.2011_____

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____Einstellung sämtlicher Aktivitäten ; Lediglich Fortführung der bereits
terminierten Schulungen kommunaler
Bilanzbuchhalter_____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

☒ bis zum _2019_____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☒ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 20: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sigmaringendorf

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Henne, Alois" <henne@sigmaringendorf.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 26.06.2012 17:18:41

Sehr geehrte Frau Lohr,
anbei meine Antworten zu Ihrer Umfrage.
Frdl. Grüße
Henne

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 26. Juni 2012 16:32

An: Henne, Alois

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Henne,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____ 3.666 ____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X ☐ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik X ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_Umstellung war bisher nicht vorgesehen.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

X ☐ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X ☐ Ja ☐ Nein

Anlage 21: Umfrage Wahlrecht – Antwort Stetten am kalten Markt

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Hipp, Gregor" <Hipp@stetten-akm.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 26.06.2012 18:19:13

Gregor Hipp
Bürgermeister

Gemeindeverwaltung Stetten am kalten Markt
Rathausplatz 1
72510 Stetten am kalten Markt
Telefon: 0 75 73 / 95 15 40
Telefax: 0 75 73 / 95 15 55
Mail to: hipp@stetten-akm.de
www.stetten-akm.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 26. Juni 2012 16:30

An: Hipp, Gregor

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Hipp,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 5.087

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

unverständnis

—

—

—

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
- ☐ bis zum _____
- ☒ haben bereits zum 01.01.2006 umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

- ☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 22: Umfrage Wahlrecht – Antwort Veringenstadt

WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe**Von:** "Andreas Pautsch" <FinanzenII@veringenstadt.de>**An:** ElisabethLohr@gmx.de**Datum:** 26.07.2012 09:43:08

Sehr geehrte Frau Lohr,

anbei die gewünschten Daten.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Pautsch
 Leiter Finanzwesen
 der Stadt Veringenstadt
 Im Städtle 116
 72519 Veringenstadt
 Tel. +49 7577/930-20
 Fax. +49 7577/1681
 Pautsch@Veringenstadt.de
www.veringenstadt.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Mona Straub

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:42

An: Andreas Pautsch

Betreff: WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:40

An: Info

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Christ,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 2.200_____

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik x Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt worden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellungsprozess gestoppt.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
- ☐ im Jahr 2018 (+/- 1 Jahr)
- ☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Könnten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☒ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 23: Umfrage Wahlrecht – Antwort Wald

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe**Von:** Müller**An:** "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>**Datum:** 26.06.2012 16:28:21

1. Einwohner Ihrer Kommune _____ 2.729 _____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik X Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik X erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Mit dem Entschluss, vorerst abzuwarten. _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

X vorerst nicht

☐ bis zum _____☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 24: Umfrage Wahlrecht – Antwort Affalterbach

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Doettinger, Steffen Affalterbach" <S.Doettinger@affalterbach.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 28.06.2012 08:24:17

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:19

An: Doettinger, Steffen Affalterbach

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Döttinger,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _____ 4600 _____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____ Wir warten weiterhin
ab _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☒ Nein

Anlage 25: Umfrage Wahlrecht – Antwort Asperg

AW: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Huttenlocher, Armin" <a.huttenlocher@asperg.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 25.07.2012 10:51:07

Hallo Frau Lohr,

Anbei die Antwort der Fragen zu dem Wahlrecht Doppik/Kameralistik.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Bachelorarbeit.

Mit freundlichen Grüßen
Armin Huttenlocher

Stadtverwaltung Asperg
Kämmerer
Zimmer 210
Marktplatz1
71679 Asperg
Telefon:07141/269-222
Telefax:07141/269-211
a.huttenlocher@asperg.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Storer, Ulrich

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 15:02

An: Huttenlocher, Armin; Linder, Manfred

Betreff: WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:41

An: Storer, Ulrich

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Storer,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 13.145

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik x Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☐ kommunale Doppik x erweiterter Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____ Umstellungsprozess nicht
fortgeführt _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

x vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja x Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 26: Umfrage Wahlrecht – Antwort Benningen

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Warthon, Klaus" <K.Warthon@benningen.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 15:26:55

Hallo Frau Lohr,

anbei die gewünschten Antworten. Ich hätte als Dozent natürlich Interesse an Ihrer Arbeit, zumal das Thema Wahlrecht für die Städte und Gemeinden natürlich nicht ganz uninteressant ist.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Warthon

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 09:48

An: Warthon, Klaus

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Warthon,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohnerzahl Ihrer Kommune 5800_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Wir haben an unserem Zeitplan festgehalten

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

x bis zum 01.01.2014 _____
☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?
☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
ElisabethLohr@gmx.de
oder
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 27: Umfrage Wahlrecht – Antwort Besigheim

Von: "Schrempf Klaus" <k.schrempf@besigheim.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 15:58:37

Sehr geehrter Herr Bühler,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohnerzahl Ihrer Kommune 11.800
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

? kommunale Doppik ? Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

? kommunale Doppik ? erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellungsprozess wird weitergeführt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

? vorerst nicht

? bis zum 2015

? haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine
Vollvermögensrechnung befürworten?

? Ja _____

? Nein

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Schrempf
Stadtkämmerei
Marktplatz 12
74354 Besigheim
Tel: 07143 / 8078-216
Fax: 07143 / 8078-261
Mail: k.schrempf@besigheim.de
Internet: www.besigheim.de

Anlage 28: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bietigheim-Bissingen

WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Kapischke, Frank" <f.kapischke@bietigheim-bissingen.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

CC: Kessing, "Jürgen" <j.kessing@bietigheim-bissingen.de>

Datum:

29.06.2012 12:58:10

Sehr geehrte Frau Lohr,

die Antworten sind im Fragebogen unten aufgeführt.

Mit freundlichen Grüßen
Kapischke

Frank Kapischke
Stadtkämmerei
Marktplatzarkaden
Kirchplatz 5
74321 Bietigheim-Bissingen
Tel.: 07142/74-290
Email: f.kapischke@bietigheim-bissingen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 09:52

An: Kessing, Jürgen

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Kessing,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____ [42.994 \(Stand 30.09.2012\)](#)
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellung wird fortgeführt.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

☒ bis zum 01.01.2015

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 29: Umfrage Wahlrecht – Antwort Bönningheim

WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Bamberger, Kornelius" <kornelius.bamberger@boennigheim.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

CC: "Henninger, Carolin" <carolin.henninger@boennigheim.de>

Datum: 24.07.2012 19:33:52

Sehr geehrte Frau Lohr,

Viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Kornelius Bamberger
Bürgermeister

Stadt Bönningheim, Kirchheimer Str. 1, 74357 Bönningheim
Telefon (07143) 273-11
Telefax (07143) 273-16
E-mail: kornelius.bamberger@boennigheim.de
Internet: www.boennigheim.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:41

An: Bamberger, Kornelius

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Bamberger,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____7.500____

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_Grundsätzliche Überlegungen angestellt, ob man umstellen soll

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

Nicht vergessen:

Vom 21. bis. 22 Juli findet wieder das traditionelle Ganerbenfest in Bönnigheim statt.

Das Programm finden Sie unter www.boennigheim.de.

Anlage 30: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ditzingen

Von: FeilF <Feil@DITZINGEN.de>

An: Elisabeth Lohr <ElisabethLohr@gmx.de>

Betreff: AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Datum: Mon, 06. Aug 2012 17:56:31

Mit freundlichen Grüßen

Frank Feil

Stadtverwaltung Ditzingen

Amt für Finanzen & Controlling

Amtsleiter Finanzen & Controlling

Betriebsleiter Stadtwerke

Ditzingen & Abwasserbeseitigung

Sie erreichen mich:

-persönlich: Rathaus, Am Laien 1 in 71254 Ditzingen, 2. OG, Zimmer Nr. 241

-postalisch: Stadtverwaltung, Amt für Finanzen & Controlling, Postfach 1455, 71252 Ditzingen

-Fon: +49 (0)7156 164 - 203

-Fax: +49 (0)7156 164 - 215

-Mailto: Feil@Ditzingen.de

-Internet: <http://www.ditzingen.de>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Montag, 6. August 2012 15:59

An: FeilF

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Feil,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 24500 _____

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entschieden?

X kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellung wird fortgeführt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

Xbis zum 2017 _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

XJa ☐ Nein

Anlage 31: Umfrage Wahlrecht –Antwort Eberdingen

WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Filges, Daniela" <daniela.filges@eberdingen.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 27.06.2012 12:51:10

Mit freundlichem Gruß
Filges

Gemeindeverwaltung Eberdingen
Kämmerei-/Personalamt
Stuttgarter Straße 34
71735 Eberdingen
Tel. 07042/799-316
Fax 07042/799-488
daniela.filges@eberdingen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Knöller, Hans

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 12:48

An: Filges, Daniela

Betreff: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 09:58

An: Schäfer, Peter

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Schäfer,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____6.575____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik X Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik X erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

begonnener Umstellungsprozess gestoppt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

X vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 32: Umfrage Wahlrecht – Antwort Erdmannhausen

AW: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Flaig, Birgit" <b.flaign@erdmannhausen.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 24.07.2012 13:47:41

Sehr geehrte Frau Lohr,

nachstehend finden Sie die Beantwortung Ihrer Fragen für Ihre Bachelorarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Flaig
Bürgermeisterin

Gemeinde Erdmannhausen
Pflasterstraße 15
71729 Erdmannhausen
Tel.: 07144/308-200
Fax.: 07144/308-201
E-Mail: B.Flaig@Erdmannhausen.de
Homepage: www.Erdmannhausen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:42

An: Flaig, Birgit

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrte Frau Flaig,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 4717

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener

Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht diskutiert.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
- ☐ bis 2015 _____
- ☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 33: Umfrage Wahlrecht – Antwort Erligheim

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Rainer Schäuffele" <rschaeuffele@erligheim.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.07.2012 10:13:33

Sehr geehrte Frau Lohr,

unten stehend die Antworten der Gemeinde Erligheim.

Mit freundlichen Grüßen
Celia Krott

Bürgermeisteramt Erligheim
Vorzimmer Bürgermeister
Rathausstraße 7,
74391 Erligheim
Tel.: 07143/8840-11
Fax: 07143/8840-22

krott@erligheim.de

www.erligheim.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:04

An: Rainer Schäuffele

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Schäuffele,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _____2715_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik x Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik x erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____Weiter
abgewartet_____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
ElisabethLohr@gmx.de
oder
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir
belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 34: Umfrage Wahlrecht – Antwort Freiberg am Neckar

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Schaible, Dirk" <D.Schaible@freiberg-an.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 23.07.2012 16:29:14

Sehr geehrte Frau Lohr,

anbei erhalten Sie den beantworteten Fragebogen von Bürgermeister Schaible zurück.

1. Einwohner Ihrer Kommune: 15.600 Einwohner

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Begonnener Umstellungsprozess vorläufig gestoppt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

☒ bis zum (frühestens) 01.01.2015

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

Mit freundlichen Grüßen
Carina Ehrenberger
Büro des Bürgermeisters

Anlage 35: Umfrage Wahlrecht – Antwort Freudental

Bachelorarbeit

Von: "Mollner, Manuela" <Mollner@freudental.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 03.07.2012 17:40:27

Sehr geehrte Frau Lohr,

die Antworten zu Ihren Fragen:

1. Die Gemeinde Freudental hat 2.468 Einwohner.
2. Bei einem Wahlrecht würden wir aus personellen Gründen derzeit bei der Kameralistik bleiben.
3. Siehe Frage 2
4. Wir haben aufgrund des Wahlrechts die Umstellung erstmal verschoben.
5. Mit dem Thema Vollvermögensrechnung haben wir uns bisher nicht auseinandergesetzt.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen hiermit erstmal weiterhelfen. Sollten Sie noch weitere Fragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Manuela Mollner
Bürgermeisteramt
Schlossplatz 1
74392 Freudental
Tel. 07143/88303-17
Fax: 07143/88303-20

Anlage 36: Umfrage Wahlrecht – Antwort Gemmrigheim

Petra Pantle

<P.Pantle@GEMMRIGHEIM.DE>

An:

"ElisabethLohr@gmx.de"

<ElisabethLohr@gmx.de>

Betreff:

AW: WICHTIG - Bachelorarbeit

Datum:

Fri, 24. Aug 2012 12:47:13

Sehr geehrte Frau Lohr,

da Frau Weidler sich zurzeit im Urlaub befindet, beantworte ich Ihre Fragen.

Umfrage Nr.

1. 3933 Einwohner
2. Kameralistik
3. kommunale Doppik
4. begonnener Umstellungsprozess gestoppt
5. bis 2020
6. Ja

Mit freundlichen Grüßen

Petra Pantle

Gemeinde Gemmrigheim

Ottmarsheimer Str. 1

74376 Gemmrigheim

Tel.: (07143) 972 17

Fax: (07143) 972 99

E-Mail: p.pantle@gemmrigheim.de

www.gemmrigheim.de

Anlage 37: Umfrage Wahlrecht – Antwort Gerlingen

Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Kern, Alexander" <A.Kern@gerlingen.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 27.06.2012 11:40:20

Sehr geehrte Frau Lohr,
anbei die Rückmeldung aus Gerlingen.
Mit freundlichen Grüßen
Alexander Kern
Kämmereileiter

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:11

An: Brenner, Georg

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Brenner,
die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune **ca. 19.000**
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Freude über späte Einsicht / vorbereitende Arbeiten sofort eingestellt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja

☒ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro!

<https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 38: Umfrage Wahlrecht – Antwort Großbottwar

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Zimmermann, Ralf" <r.zimmermann@grossbottwar.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 06.07.2012 12:15:29

Sehr geehrte Frau Lohr,

viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

Es grüsst freundlich aus Großbottwar

Ralf Zimmermann
Bürgermeister
Stadt Großbottwar

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:12

An: Zimmermann, Ralf

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Zimmermann,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _____
8300

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

X kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellungsprozess war zu weit um ihn zu beenden. Grundsätzlich ist ein Wahlrecht für Kommunen immer gut.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
- ☐ bis zum 01.01.2014_____
- ☐ haben bereits die Zweckverbändeumgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?
X ☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
ElisabethLohr@gmx.de
oder
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!
Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 39: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hemmingen

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Schaefer, Thomas" <t.schaefer@hemmingen.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 03.07.2012 12:12:49

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Schäfer

Gemeinde Hemmingen
- Bürgermeister -
Tel.: (07150) 9203-10
Fax: (07150) 9203-17
Zimmer 14
Münchinger Straße 5
71282 Hemmingen
t.schaefer@hemmingen.de
<http://www.hemmingen.de>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:13

An: Schaefer, Thomas

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Schäfer,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 7.360

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

X kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellungsprozeß wurde deshalb ausgesetzt, da die zuständige Mitarbeiterin zu einer anderen Gemeinde gewechselt ist

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
- ☐ bis zum 1.1.2014
- ☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 40: Umfrage Wahlrecht – Antwort Hessigheim

AW: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: Pilz

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 24.07.2012 14:49:45

s.u.

Mit freundlichen Grüßen

Günther Pilz
- Bürgermeister -

Gemeinde Hessigheim
Besigheimer Str. 17
74394 Hessigheim
Telefon 07143 8143 - 16
Telefax 07143 594 90
pilz@hessigheim.de
www.hessigheim.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:44

An: Pilz, Günther

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Pilz,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 2289_____

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik x Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☐ kommunale Doppik x erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)
begonnener Umstellungsprozess gestoppt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

x vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

xJa ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 41: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ingersheim

Von: "Godel, Volker" <Volker.Godel@ingersheim.de>[i](#)

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Betreff: AW: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Datum: Fri, 27. Jul 2012 16:14:04

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:44

An: Godel, Volker

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Godel,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 6000

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____Umstellung wird zunächst verzögert_____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja

☐ Nein

Anlage 42: Umfrage Wahlrecht – Antwort Kirchheim am Neckar

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Uwe Seibold" <seibold@kirchheim-n.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 16:45:01

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:41

An: Uwe Seibold

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Seibold,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _____ 5.230 _____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X ☐ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

X ☐ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____ Begonnener Prozeß wurde zu Ende
geführt _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

☐ bis zum _____

X ☐ haben bereits zum _____ 01.01.2012 _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☐ Nein

Anlage 43: Umfrage Wahlrecht – Antwort Korntal-Münchingen

AW: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Gerlach, Siegfried" <gerlach@korntal-muenchingen.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 24.07.2012 15:35:51

Sehr geehrte Frau Lohr,

nachstehend erhalten Sie gewünschten Informationen für Korntal-Münchingen.

Viel Glück und Erfolg bei der Erstellung Ihrer Masterarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Gerlach

Stadt Korntal-Münchingen
Stadtkämmerei
Amtsleiter

Rathaus Korntal
Saalplatz 4
70825 Korntal-Münchingen
Telefon 0711 8367 - 1363
Telefax 0711 8367 - 1372
gerlach@korntal-muenchingen.de
www.korntal-muenchingen.de

Vertraulichkeitshinweis:

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen.

Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail.

Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet.

Bitte denken Sie an unsere Umwelt, bevor Sie diese E-Mail ausdrucken.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Vorzimmer Bürgermeister Im Auftrag von Stadt

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 15:00

An: Gerlach, Siegfried

Betreff: WG: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2012 13:45

An: Stadt

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Dr. Wolf,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _____ca. 18.700_____

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____begonnener Prozess wurde zunächst
gestoppt_____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

☒ bis zum 01.01.2018_____

☐ haben bereits zum _____umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten
oder
ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 44: Umfrage Wahlrecht – Antwort Kornwestheim

Bachelorarbeit

Von: Melanie_Singh@kornwestheim.de

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 05.07.2012 09:51:21

Guten Morgen Frau Lohr,

anbei sende ich Ihnen die Antworten auf Ihre Fragen. Leider habe ich vergessen die Einwohnerzahl einzutragen. Diese lag am 30.06.2010 bei 31.136 Einwohnern.

Falls Sie noch weitere Informationen benötigen, können Sie sich gerne bei mir melden.
Mit freundlichen Grüßen

Melanie Singh
Abt. 301 Finanzen
Stadt Kornwestheim
Jakob Sigle-Platz 1
D-70806 Kornwestheim

Telefon: +49 7154/202-8113

Fax: +49 7154/202-8104

Internet: <http://www.kornwestheim.de>

E-Mail: Melanie_Singh@kornwestheim.de



Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe
 Elisabeth Lohr An: obm.buero

STADT KORNWESTHEIM							
Eing.: 27. Juni 2012							
OBM	S1	1	5	SW	K	MF	
ESM	S2	2	6	WB	U	ZA	
BM	S3	3	7	TM	R	WV	
VZ	S4	4	8	KH	T		

Sehr geehrte Frau Keck,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik

☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☒ kommunale Doppik

☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellung wird fortgeführt wie geplant

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

☒ bis zum 01.01.2013

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja

☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
 ElisabethLohr@gmx.de
 oder
 Elisabeth Lohr
 Kapellenstraße 15
 88639 Wald-Ruhestetten

 Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 45: Umfrage Wahlrecht – Antwort Löchgau

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Loeffler, Marc" <Loeffler@loechgau.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 11:01:28

Hallo Frau Lohr,

nachfolgend die gewünschten Antworten:

Frage 1: 5400 EW

Frage 2: wissen wir noch nicht (dieses Jahr kommt ein neuer Bürgermeister)

Frage 3: wissen wir noch nicht (dieses Jahr kommt ein neuer Bürgermeister)

Frage 4: Umstellung wird in Punkto Vermögensbewertung fortgeführt

Frage 5: vorerst nicht, wenn dann ab 2014 ff

Frage 6: ja

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Marc Löffler
Kämmerer

Bild:Wappen Loechgau.png
Gemeinde Löchgau
Finanzverwaltung
Hauptstraße 49
74369 Löchgau

Telefon: 07143 / 2709-20
Telefax: 07143 / 2709-99

Loeffler@Loechgau.de
<http://www.Loechgau.de>

Anlage 46: Umfrage Wahlrecht – Antwort Ludwigsburg

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Kistler, Harald" <H.Kistler@ludwigsburg.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 27.06.2012 17:49:10

Sehr geehrte Frau Lohr,

Unten eingefügt die Antworten der Stadt Ludwigsburg.

Mit freundlichem Gruß

Harald Kistler

STADT LUDWIGSBURG

FACHBEREICH FINANZEN

Stellv. Stadtkämmerer

Wilhelmstraße 11, 71638 Ludwigsburg

Telefon 07141/910 - 2090

Telefax 07141/910 - 2083

<mailto: H.Kistler@ludwigsburg.de>

P Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese E-Mail drucken / Please think about our Environment before printing this e-mail

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:50

An: oberbuergemeister

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Spec,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _87.574 zum 30.06.2011_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

X kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____Umstellung wurde fortgesetzt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

X bis zum __01.01.2014__

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 47: Umfrage Wahlrecht – Antwort Marbach am Neckar

AW: Bachelorarbeit -Bitte um Mithilfe

Von: "Pötzsch Herbert" <bm.poetzsch@schillerstadt-marbach.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 14:31:14

Hallo Frau Lohr,

anbei meine Antwort. Ich betone, dass es sich dabei um meine persönliche Meinung handelt. Im Gemeinderat von Marbach hat es bisher keine Entscheidung für eine Umstellung auf Doppik gegeben. Allerdings wurde die Entscheidung auch noch nicht herbeigeführt. Persönlich halte ich die Einführung eines Wahlrechts für unsinnig. Die vollständige Darstellung des Werteverzehrs ist längst überfällig. Dazu ist eine Vollvermögensrechnung unabdingbar. Natürlich könnte man das auch in Form einer erweiterten Kameralistik erreichen. Dann muss aber die Frage erlaubt sein, weshalb man zwei Buchführungssysteme nebeneinander bestehen lässt, wenn sie dieselben Ergebnisse aufzeigen sollen. Alles in allem: das Wahlrecht wäre ein Rückschritt!

Freundliche Grüße
Herbert Pötzsch

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:52

An: Pötzsch Herbert

Betreff: Bachelorarbeit -Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Pötzsch,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 15.500_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

___Da bisher nicht begonnen, noch keine Auswirkungen_____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 48: Umfrage Wahlrecht – Antwort Markgröningen

Fw-2: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: Jochen.Haas@markgroeningen.de

An: ElisabethLohr@gmx.de

CC: "Rudolf Kürner" <Rudolf.Kuerner@markgroeningen.de>

Datum: 28.06.2012 08:40:12

Sehr geehrte Frau Lohr,
anbei die Antworten der Stadt Markgröningen. Bei Fragen können Sie sich jederzeit an uns wenden.

Freundliche Grüße

Jochen Haas

Sachgebietsleiter Finanzen/Betriebe

Marktplatz 1

71706 Markgröningen

Telefon: 07145/13-151

Fax : 07145/13-160

e-mail: Jochen.Haas@markgroeningen.de

Internet: www.markgroeningen.de

Sehr geehrter H. Haas,
können Sie das bitte beantworten?

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Kürner
Bürgermeister

----- Original Message -----

Subject: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe (27-Jun-2012 10:53)

From: Elisabeth Lohr

To: rudolf.kuerner@markgroeningen.de

Sehr geehrter Herr Kürner,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____14.445 (Stand: 30.06.2011)____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik X Kameralistik (mit Erweiterungen um Teile der Doppik, z. B. flächendeckende Vermögensbewertung)

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik X erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

____Projektarbeit gestoppt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☐ vorerst nicht

X eigentlich bis zum __01.01.2014 (aufgrund Projektstopp, muss Ausgang Diskussion Wahlrecht abgewartet und dann neu entschieden werden)_____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

Anlage 49: Umfrage Wahlrecht – Antwort Möglingen

Von: "Mogler, Sven" <SMogler@moeglingen.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Kopie: "Weigele, Eberhard" <EWeigele@moeglingen.de>, "Philipp, Corinna" <cphilipp@moeglingen.de>, Hübner, Jens <JHuebner@moeglingen.de>

Betreff: AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Datum: Wed, 04. Jul 2012 13:32:37

Sehr geehrte Frau Lohr,
in der Anlage erhalten Sie die von uns ergänzte Umfrage zurück.
Auf diesem Wege wünschen wir Ihnen viel Erfolg bei der Erstellung
Ihrer Bachelorarbeit!
Mit freundlichen Grüßen aus dem Möglinger Rathaus!
Sven Mogler

Gemeinde Möglingen
Kämmerei
Rathausplatz 3
71696 Möglingen

Tel. 07141 / 4864-12
Fax 07141 / 4864-64
smogler@moeglingen.de
www.moeglingen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]
Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:54
An: Weigele, Eberhard
Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Weigele,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 10.726
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter

Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Die Gemeinde Möglingen hatte ursprünglich vor im Jahr 2013 / 2014 auf die Doppik umzustellen und hat bereits mit Vorarbeiten begonnen. Die Vorarbeiten werden zwischenzeitlich nicht mehr mit der entsprechend hohen Priorität verfolgt, da unklar ist, inwieweit sich die gesetzlichen Vorgaben noch ändern werden. Trotzdem werden wir die Vermögensbewertung sukzessive fortführen, da wir davon ausgehen, dass die Vermögensbewertung auch bei einem evtl. Wahlrecht zwingende Vorgabe sein wird.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht (abhängig davon, ob ein Wahlrecht kommt und wie dieses ausgestaltet ist)

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☒ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLoehr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

Anlage 50: Umfrage Wahlrecht – Antwort Mundelsheim

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Braunbeck, Martin Mundelsheim" <Martin.Braunbeck@mundelsheim.de>

An: "'ElisabethLohr@gmx.de'" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 28.06.2012 09:05:29

Sehr geehrte Frau Lohr,

Antworten auf Ihre Umfrage vgl. unten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Martin Braunbeck

Gemeindeverwaltung Mundelsheim

- Finanzverwaltung -

Hindenburgstr. 1

D-74395 Mundelsheim

Tel.: 07143/8177-17

Fax: 07143/8177-30

E-Mail: <mailto:martin.braunbeck@mundelsheim.de>

Internet: www.mundelsheim.de

----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [<mailto:ElisabethLohr@gmx.de>]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 10:55

An: Haist, Holger Mundelsheim

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Haist,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune [Braunbeck, Martin] 3.200 _

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik [Braunbeck, Martin] x Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik x erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

[Braunbeck, Martin] Begonnener Umstellungsprozess wurde

gestoppt. _____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 51: Umfrage Wahlrecht – Antwort Murr

FW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "maholl@t-online.de" <maholl@t-online.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 07.07.2012 16:23:09

-----Original Message-----

Date: Wed, 27 Jun 2012 10:58:22 +0200

Subject: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

From: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

To: info@manfred-hollenbach.de

Sehr geehrter Herr Hollenbach,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen

Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 6 200

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden, was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

Umstellung auf Doppik -

–j kommunale Doppik –j Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

kommunale Doppik

–j kommunale Doppik –j erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Ich kann nicht verstehen, dass jetzt, nachdem seit mehr als 10 Jahren eine bundesweite Einführung der Doppik im kommunalen Wirtschaftsrecht beschlossen ist und sehr viele Gemeinden bundesweit bereits umgestellt haben, über ein Wahlrecht diskutiert wird. Zweierlei Recht in einem Bundesland halte ich nicht für erstrebenswert.

Die erschwert die Vergleichbarkeit und damit die Verhandlungen mit dem Land bei Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes oder anderen Zuschußfragen. Zwei Buchungssysteme verteuern die Datenverarbeitung und bereiten bei Personalwechsel im Kämmerereibereich zusätzliche Schwierigkeiten. Zudem stellt sich die Frage, müssen künftig im Studium beide Systeme gelehrt werden.

Das Angebot der Wahlmöglichkeit ist nur darauf ausgerichtet, die Kritiker der Doppik zu bedienen, ist aber kurzfristig und nicht von Weitblick geprägt.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

â–j vorerst nicht

â–j bis zum ____ 2015 / 2016 _____

â–j haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, wÃ¼rden Sie eine VollvermÃ¶gensrechnung befrworten?

â–j Ja â–j Nein

!!!Vielen Dank fÃ¼r Ihre Teilnahme!!!

ZurÃ¼ck an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

KapellenstraÃe 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 52: Umfrage Wahlrecht – Antwort Oberriexingen

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: wittendorfer@oberriexingen.de

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 05.07.2012 08:57:31

Sehr geehrte Frau Lohr,
anbei erhalten Sie die Antworten aus Sicht der Stadt Oberriexingen zu Ihrer Umfrage. Weiterhin
gutes Gelingen bei der Bachelorarbeit!

Freundliche Grüße,

Frank Wittendorfer
- Stadtkämmerer -

Stadt Oberriexingen
Stadtkämmerei
Hauptstr. 14
71739 Oberriexingen
Telefon: 0049 - (0) 7042 - 909-32
Telefax: 0049 - (0) 7042 - 13 60 9
Email: wittendorfer@oberriexingen.de
www.oberriexingen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 11:00

An: Werner Somlai

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Somlai,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein
Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.
Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich
mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts
zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.
Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren
Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune _____3.167_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt
werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

Ja, Wahlrecht sollte eingeführt werden.

☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen
kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre
Kommune wählen?

Aus unserer Sicht reicht die derzeitige Kameralistik weiterhin vollkommen aus.

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_____ Wir haben den begonnenen Umstellungsprozess vorerst gestoppt und warten eine Entscheidung des Landes ab.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 53: Umfrage Wahlrecht – Antwort Oberstenfeld

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Reinhard Rosner" <Rosner@oberstenfeld.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 12.07.2012 08:41:19

Reinhard Rosner
Bürgermeister
Großbottwarer Str. 20
71720 Oberstenfeld
Tel. 07062/261-11
Fax 07062/261-13
Mail rosner@oberstenfeld.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 11:01

An: Reinhard Rosner

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Rosner,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten. Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen. Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____7900_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

x kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

x kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellung
fortgeführt_____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
x bis zum __01.01.2014_____
☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?
☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
ElisabethLohr@gmx.de
oder
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 54: Umfrage Wahlrecht – Antwort Pleidelsheim

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Ralf Trettner" <r.trettner@rathaus-pleidelsheim.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 14:22:23

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Trettner
Bürgermeister

Tel: +49 7144 264 11

Fax: +49 7144 264 28

Email: r.trettner@rathaus-pleidelsheim.de

Bürgermeisteramt Pleidelsheim
Marbacher Str. 5
74385 Pleidelsheim

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 11:02

An: Ralf Trettner

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Trettner,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 6250 Einwohner_____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

_wir hatten mit de Umstellung noch nicht begonnen. von daher hattes keien Auswirkungen._____

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

X ☐ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja X ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:

ElisabethLohr@gmx.de

oder

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Bitte prüfen Sie, im Sinne der Abfallvermeidung, ob diese Mail ausgedruckt werden muss.

Diese E-Mail könnte vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind

oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und

vernichten diese Mail. Das unerlaubte

Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail sind nicht gestattet.

Anlage 55: Umfrage Wahlrecht – Gesprächsnotiz Remseck am Neckar,
Herr Kellert, vom 23.08.2012

Umfrage: Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohnerzahl Ihrer Kommune _____23600_____
2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

X kommunale Doppik ☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☒ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

verzögert

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
☐ bis zum 2016
☐ haben bereits zum umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

XJa ☐ Nein

Anlage 56: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sachsenheim

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: Thüry

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 09.08.2012 11:43:52

Sehr geehrte Frau Lohr,

gerne unterstützen wir Sie bei Ihrer Bachelorarbeit. Herr Bürgermeister Fiedler hat mich gebeten, Ihre Fragen zu beantworten:

1. Einwohner Ihrer Kommune [17.846 Einwohner \(Stand 31.12.2011\)](#)
2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☒ [kommunale Doppik](#) ☐ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☒ [kommunale Doppik](#) ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

[Ein im Februar 2011 vom Gemeinderat gefasster Beschluss zur Einführung des kommunalen Haushaltsrecht wurde im Juni 2011 wieder ausgesetzt, da durch die Aussagen im Koalitionsvertrag die grundsätzlichen Rahmenbedingungen zunächst in Frage gestellt wurden. Es war beabsichtigt, die Umstellungsarbeiten ab Anfang 2012 wieder fortzuführen, was aber aufgrund der personellen Situation dann doch nicht erfolgen konnte.](#)

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
☐ bis zum _____
☐ haben bereits zum _____ umgestellt

[Die Umstellungsarbeiten können frühestens ab Herbst 2013 \(voraussichtlicher Rückkehr einer Mitarbeiterin aus der Elternzeit\) wieder aufgenommen werden. Somit ist mit einer Einführung nicht vor 2016 zu rechnen.](#)

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☒ Ja

☐ Nein

Auf jeden Fall hilfreich, um den Werteverzehr besser darzustellen.

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

German Thüry

Stadt Sachsenheim

Finanzen

Teamleiter

Äußerer Schloßhof 3

74343 Sachsenheim

Tel.: 07147 28-120

Fax: 07147 28-133

www.sachsenheim.de

Anlage 57: Umfrage Wahlrecht – Antwort Schwieberdingen

AW: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Spiegel, Gerd" <G.Spiegel@Schwieberdingen.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 07.08.2012 17:06:42

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Montag, 30. Juli 2012 13:49

An: Spiegel, Gerd

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Spiegel,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 11 450

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☒ Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

☐ kommunale Doppik ☒ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.) Vorarbeiten gestoppt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

☒ vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

X ☒ Ja ☐ Nein

Anlage 58: Umfrage Wahlrecht – Antwort Sersheim

AW: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Matthias Hirner" <hirner@sersheim.de>

An: "ElisabethLohr@gmx.de" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 28.06.2012 10:33:41

Sehr geehrte Frau Lohr,

Herr BM Scholz hat mich gebeten, Ihre Fragen zu beantworten. Die Antworten habe ich eingetragen.

Freundliche Grüße

Matthias Hirner

Gemeinde Sersheim

Kämmerei

Schloßstr. 21

74372 Sersheim

Mail: hirner@sersheim.de

Telefon: 07042/372-42

www.sersheim.de

Von: Scholz Jürgen

Gesendet: Donnerstag, 28. Juni 2012 08:42

An: Matthias Hirner

Betreff: Fwd: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Zur weiteren Veranlassung.

Viele Grüße

Jürgen Scholz

Anfang der weitergeleiteten E-Mail:

Von: Wannenwetsch Silke <Wannenwetsch@sersheim.de>

Datum: 27. Juni 2012 11:28:15 MESZ

An: Scholz Jürgen <Scholz@sersheim.de>

Betreff: WG: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 11:09

An: Gemeinde - Mail

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Scholz,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein

Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune **5.200**

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik ☐ Kameralistik **Es ist diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen. Derzeit wird im ersten Schritt die Vermögensbewertung durchgeführt.**

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik **Es ist diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen. Derzeit wird im ersten Schritt die Vermögensbewertung durchgeführt.**

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Der Umstellungsprozess wurde verzögert, jedoch nicht gestoppt. Die Vermögensbewertung bzw. Integration der Anlagenbuchhaltung wird angegangen.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ **vorerst nicht**
☐ bis zum _____
☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ **Ja** ☐ Nein

Anlage 59: Umfrage Wahlrecht – Antwort Steinheim an der Murr

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Bürgermeister Thomas Rosner" <t.rosner@stadt-steinheim.de>

An: 'Elisabeth Lohr' <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 28.06.2012 17:30:08

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 11:14

An: t.rosner@stadt-steinheim.de

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Rosner,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 12.000

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

Ist noch nicht sicher. Ich bin für Doppik - der Kämmerer möchte die Kameralistik beibehalten.

? kommunale Doppik ? Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

Steht noch nicht fest

? kommunale Doppik ? erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Nach meiner Beobachtung, war das eher der Versuch eines Wahlgeschenkes als ein wohl überlegte Entscheidung.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

X vorerst nicht

? bis zum _____
? haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine
Vollvermögensrechnung befürworten?
X Ja ? Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
ElisabethLohr@gmx.de
oder
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir
belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 60: Umfrage Wahlrecht – Antwort Tamm

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Zeller, Roland" <R.Zeller@Tamm.org>

An: ElisabethLoehr@gmx.de

Datum: 02.07.2012 11:16:05

Hallo Frau Lohr,
hier die Antwort....
Schöne Grüße aus Tamm

Roland Zeller

Bürgermeisteramt Tamm
Bürgermeister Roland Zeller
Hauptstraße 100
71732 Tamm

Telefon: 07141-606 111

Fax: 07141-606-185

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLoehr@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 11:15

An: Henning, Anna

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Zeller,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune ____ 12.400 ____

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik **XX** Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

☐ kommunale Doppik ☒ **XXerweiterte Kameralistik**

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Zeitlich gestreckt

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?
2016

- ☐ vorerst nicht
☐ bis zum 01.01.2016
☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

XX ☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
ElisabethLohr@gmx.de
oder
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

—

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 61: Umfrage Wahlrecht – Antwort Vaihingen an der Enz

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Maisch, Gerd" <ob.maisch@vaihingen.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 27.06.2012 13:54:39

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [<mailto:ElisabethLohr@gmx.de>]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juni 2012 11:17

An: Maisch, Gerd

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Maisch,

die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 60 ein Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und der Kameralistik festgehalten.

Als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg möchte ich mich in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 15.09.2012) mit Auswirkungen des evtl. Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik beschäftigen.

Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer

Kommune 28.500

2. Sollte o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt werden für was würde sich Ihre Kommune entscheiden?

Wir haben 2012 bereits Doppik eingeführt, deshalb nicht mehr relevant.

☐ kommunale Doppik

☐ Kameralistik

3. Sollte das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option würde Ihre Kommune wählen?

siehe Frage 2

☐ kommunale Doppik

☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Wir haben in unserer bereits bestehenden Lenkungsgruppe zur Einführung der Doppik die Frage erörtert, Chancen und Risiken bewertet, Kosten und Nutzen geprüft und entschieden, die bereits laufende Einführung mit schon erledigten Arbeiten nicht zu stoppen, sondern wie geplant 2012 Doppik einzuführen.

Im übrigen, halte ich die Einführung der Doppik für die Kommunen für nicht erforderlich. Ich kann auch jetzt im Echtbetrieb keinen Vorteil gegenüber der Kameralistik erkennen, nur mehr Aufwand und höhere Kosten.

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

- ☐ vorerst nicht
- ☐ bis zum _____
- ☐ haben bereits zum **01. Januar 2012** umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

Zurück an:
ElisabethLohr@gmx.de
oder
Elisabeth Lohr
Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

--

NEU: FreePhone 3-fach-Flat mit kostenlosem
Smartphone!

Jetzt informieren: <http://mobile.1und1.de/?ac=OM.PW.PW003K20328T7073a>

Anlage 62: Umfrage Wahlrecht – Antwort Walheim

AW: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Albrecht Dautel" <albrecht.dautel@walheim.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 30.07.2012 14:18:27

Guten Tag Frau Lohr,
nachdem Sie mir Ihren Fragekatalog nun zum wiederholten Male schicken kurz eine Rückmeldung, da ich selbst in der Vergangenheit ebenfalls Arbeiten betreut habe. Es empfiehlt sich einen Abfragebogen mit Antwortfeldern zu erstellen. Der optische Eindruck und die praktische Ausfüllbarkeit sind dadurch gut. Fragen wie Nummer drei sind beim Durchlesen schwer verständlich, das erhöht nicht die Rücklaufquote.

Viel Spaß beim Verfassen Ihrer Arbeit!

Freundlich grüßt

Albrecht Dautel
Bürgermeister

Gemeindeverwaltung Walheim
Hauptstraße 68
74399 Walheim
Telefon 07143/8041-11
Telefax 07143/8041-33

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Montag, 30. Juli 2012 13:50

An: Albrecht Dautel

Betreff: Erinnerung - Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Dautel,

obwohl das im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg genannte Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik nicht umgesetzt wird, ist es dennoch Bestandteil meiner Bachelorarbeit im Zuge meines Studiums an der HS Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung.
Ich bitte Sie die nachstehenden Fragen baldmöglichst zu beantworten, da sie einen

elementaren Teil meiner Bachelorarbeit einnehmen.

1. Einwohner Ihrer Kommune 3.000 _____

2. Wäre o.g. Wahlrecht (zwischen kommunaler Doppik und bisheriger Kameralistik) eingeführt worden für was hätte sich Ihre Kommune entscheiden?

☐ kommunale Doppik x Kameralistik

3. Wäre das Wahlrecht insoweit umgesetzt werden, als dass es sich um eine Wahl zwischen kommunaler Doppik und erweiterter Kameralistik handeln würde, welche Option hätte Ihre Kommune gewählt?

x kommunale Doppik ☐ erweiterte Kameralistik

4. Wie haben Sie auf die Erwähnung eines Wahlrechts im Koalitionsvertrag reagiert? (begonnener Umstellungsprozess gestoppt, Umstellung wird fortgeführt, etc.)

Umstellung war noch nicht eingeleitet, somit haben wir gar nicht reagiert

5. Bis wann beabsichtigen Sie auf die kommunale Doppik umzustellen?

x vorerst nicht

☐ bis zum _____

☐ haben bereits zum _____ umgestellt

6. Sollten Sie die Kameralistik beibehalten, würden Sie eine Vollvermögensrechnung befürworten?

☐ Ja ☐ Nein

!!!Vielen Dank für Ihre Teilnahme!!!

ZURÜCK AN:

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15

88639 Wald-Ruhestetten

oder

ElisabethLohr@gmx.de

Anlage 63: Auswertung Umfrage Wahlrecht

	Frage 1	Frage 2	
Kommune	Anzahl Einwohner	kommunale Doppik	Kameralistik
Landkreis Sigmaringen			
Bad Saulgau	17.351		X
Beuron	688		
Bingen	2.800		X
Gammertingen	6.434		X
Herbertingen	4.900	X	
Herdwangen-Schönach	3.351		X
Hettingen	1.859		X
Hohentengen	4.357		X
Illemnsee	2.000		X
Inzigkofen	2.900		X
Krauchenwies	5.100		X
Leibertingen	2.200		X
Mengen	10.000		X
Meßkirch	8.230		X
Neufra	1.871		X
Ostrach	6.750	X	
Pfullendorf	13.100		X
Sauldorf	2.534		X
Scheer	2.600		X
Schwenningen (Heuberg)	1.500		X
Sigmaringen	16.280	X	
Sigmaringendorf	3.666	X	
Stetten a.k.M.	5.087		
Veringenstadt	2.200		X
Wald	2.729		X
		4	19

Kommune	Frage 3		Frage 4		
	kommunale Doppik	erweiterte Kameralistik	gestoppt	fortgeführt	sonstiges
Landkreis Sigmaringen					
Bad Saulgau	X			X	
Beuron					
Bingen		X			X
Gammertingen		X			X
Herbertingen	X			X	
Herdwangen-Schönach		X	X		
Hettingen		X			X
Hohentengen		X	X		
Illemnsee		X			
Inzigkofen		X	X		
Krauchenwies		X	X		
Leibertingen		X			
Mengen	X				X
Meßkirch		X			X
Neufra		X	X		
Ostrach		X			
Pfullendorf	X				X
Sauldorf		X	X		
Scheer		X			X
Schwenningen (Heuberg)		X			X
Sigmaringen	X		X		
Sigmaringendorf		X			X
Stetten a.k.M.					X
Veringenstadt	X		X		
Wald		X			X
	6	17	8	2	11

Frage 5				Frage 6	
Kommune	vorerst nicht	bis zum	haben schon	Vollvermögsrechnung	
Landkreis Sigmaringen				ja	nein
Bad Saulgau		2020		X	
Beuron					
Bingen	X			X	
Gammertingen	X			wenn nicht zu aufwendig	
Herbertingen		2015			X
Herdwangen-Schönach	X				X
Hettingen	X			X	
Hohentengen	X				X
Illemnsee	X			X	
Inzigkofen	X			X	
Krauchenwies	X				X
Leibertingen	X	2020		X	
Mengen	X			X	
Meßkirch	X			X	
Neufra		2020		X	
Ostrach	X			X	
Pfullendorf	X			X	
Sauldorf	X				X
Scheer	X			X	
Schwenningen (Heuberg)		2019/2020			X
Sigmaringen		2019			X
Sigmaringendorf	X			X	
Stetten a.k.M.			2006?		
Veringenstadt		2018			X
Wald	X			X	
	17	7	1	15	8

	Frage 1	Frage 2		Frage 3	
Kommune	Anzahl Einwohner	kommunale Doppik	Kameralistik	kommunale Doppik	erweiterte Kameralistik
Landkreis Ludwigsburg					
Affalterbach	4.600		X		X
Asperg	13.145		X		X
Benningen am Neckar	5.800	X		X	
Besigheim	11.800	X			X
Bietigheim-Bissingen	42.994	X		X	
Bönnigheim	7.500	X			X
Ditzingen	24.500	X			X
Eberdingen	6.575		X		X
Erdmannhausen	4.717	X		X	
Erligheim	2.715		X		X
Freiberg am Neckar	15.600	X			X
Freudental	2.468		X		X
Gemrigheim	3.933		X	X	
Gerlingen	19.000		X		X
Großbottwar	8.300	X		X	
Hemmingen	7.360	X		X	
Hessigheim	2.289		X		X
Ingersheim	6.000		X		X
Kirchheim am Neckar	5.230	X		X	
Korntal-Münchingen	18.700	X		X	
Kornwestheim	31.136	X		X	
Löchgau	5.400	?	?	?	?
Ludwigsburg	87.574	X		X	
Marbach am Neckar	15.500	X		X	
Markgröningen	14.445		X (+ erweiter.)		X
Möglingen	10.726		X	X	
Mundelsheim	3.200		X		X
Murr	6.200	X		X	
Oberriexingen	3.167		X		X
Oberstenfeld	7.900	X		X	
Pleidelsheim	6.250		X		X
Remseck am Neckar	23.600	X		X	
Sachsenheim	17.846	X		X	
Schwieberdingen	11.450		X		X
Sersheim	5.200		X		X

Steinheim an der Murr	12.000	?	?	steht noch nicht fest	
Tamm	12.400		X		X
Vaihingen an der Enz	28.500	?	?	?	?
Walheim	3.000		X	X	
Summe	518.720	18	18	17	19

Kommune	Frage 4			Frage 5		
	gestoppt	fortgeführt	sonstiges	vorerst nicht	bis zum	haben schon
Landkreis Ludwigsburg						
Affalterbach			X	X		
Asperg	X			X		
Benningen am Neckar		X			2014	
Besigheim		X			2015	
Bietigheim-Bissingen		X			2015	
Bönnigheim			X	X		
Ditzingen		X			2017	
Eberdingen	X			X		
Erdmannhausen			X		2015	
Erligheim			X	X		
Freiberg am Neckar	X				2015	
Freudental			X	X		
Gemmrigheim	X				2020	
Gerlingen			X	X		
Großbottwar		X			2014	
Hemmingen	X				2014	
Hessigheim	X			X		
Ingersheim			X	X		
Kirchheim am Neckar		zu Ende geführt				2012
Korntal-Münchingen	X				2018	
Kornwestheim		X			2013	
Löchgau		X		X		
Ludwigsburg		X			2014	
Marbach am Neckar			X	X		
Markgröningen	X				eigentl. 2014	
Möglingen			X	X		
Mundelsheim	X			X		
Murr					2015/2016	

Oberriexingen	X			X		
Oberstenfeld		X			2014	
Pleidelsheim			X	X		
Remseck am Neckar			X		2016	
Sachsenheim	X				2016	
Schwieberdingen	X			X		
Sersheim			X	X		
Steinheim an der Murr			X	X		
Tamm			X		2016	
Vaihingen an der Enz	?	?	X	?	?	2012
Walheim			X	X		
Summe	12	10	15	19	18	2

Frage 6

Kommune	Vollvermögsrechnung	
Landkreis Ludwigsburg		
Affalterbach		X
Asperg		X
Benningen am Neckar		
Besigheim	X	
Bietigheim-Bissingen	X	
Bönnigheim	X	
Ditzingen	X	
Eberdingen	X	
Erdmannhausen		
Erligheim	X	
Freiberg am Neckar	X	
Freudental	?	?
Gemrigheim	X	
Gerlingen		X
Großbottwar	X	
Hemmingen	X	
Hessigheim	X	
Ingersheim	X	
Kirchheim am Neckar		
Korntal-Münchingen		
Kornwestheim	X	
Löchgau	X	
Ludwigsburg	X	

Marbach am Neckar	X	
Markgröningen	X	
Möglingen		X
Mundelsheim	X	
Murr		
Oberriexingen	X	
Oberstenfeld		
Pleidelsheim		X
Remseck am Neckar	X	
Sachsenheim	X	
Schwieberdingen	X	
Sersheim		X
Steinheim an der Murr	X	
Tamm	X	
Vaihingen an der Enz	?	?
Walheim	?	?
Summe	24	6

Anlage 64: Anhang + Email Andreas Schwarz

AW: Bitte um Mithilfe - Bachelorarbeit

Von: Andreas.Schwarz@gruene.landtag-bw.de

An: ElisabethLohr@gmx.de

Datum: 01.08.2012 12:56:49

Sehr geehrte Frau Lohr,

vielen Dank für Ihre Nachricht.

Wir haben nunmehr gegenüber den KLV Stellung bezogen und ich füge Ihnen das Schreiben bei.

Ihre weiteren Fragen beantworte ich direkt im Text.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Für eine umfangreiche Beantwortung nachstehender Fragen bin ich Ihnen sehr dankbar!

- Was war ausschlaggebend dafür, dass in den Koalitionsvertrag ein mögliches Wahlrecht zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik für die Gemeinden aufgenommen wurde?

Ausschlaggebend waren Bedenken einzelner (kleiner) Kommunen nach hohen (bürokratischen und kostenmäßigen) Aufwendungen für die Einführung der Doppik; teilweise wurde auch ein geringer Erkenntnisgewinn vorgetragen.

- Warum wurde dieses Wahlrecht nicht umgesetzt? Bzw. wie kam es zur jetzigen Entscheidung vom 10. Juli?

Hierzu ist zu sagen, dass die Mehrzahl der (größeren) Kommunen bereits in der Phase der Umstellung ist, die Ausbildung an den Hochschulen auf die Doppik konkretisiert und die Rechenzentren ebenfalls einheitliche Verfahren vorhalten werden. Daher war es konsequent, für Rechtssicherheit mit einer einheitlichen Handhabung zu sorgen.

- Was für Veränderungsvorschläge haben Sie, um ein einfacheres, transparenteres und damit auch kostengünstigeres Haushaltsrecht erreichen zu können?

Hier ist insbesondere die Anlagebuchhaltung und die Aufnahme der (unbeweglichen) Vermögensgegenstände anzusprechen. Für kleinere Kommunen können hier Vereinfachungsregeln herbeigeführt werden.

Sollten Sie hierzu konkrete Vorschläge haben, so freue ich mich über Ihre Nachricht.

Freundliche Grüße
Andreas Schwarz

ANDREAS SCHWARZ

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Stellv. Vorsitzender der Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Vorsitzender des Arbeitskreises Verkehr und Infrastruktur

Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart, Telefon (0711) 2063-648

Persönliche Referentin: Carmen Tittel
Wahlkreisbüro: Postplatz 7, 73230 Kirchheim unter Teck, Telefon (07021) 9317040
Persönliche Referentin: Sabine Bur am Orde-Käb
andreas.schwarz@gruene.landtag-bw.de
<http://www.andreas-schwarz.net>



ANDREAS SCHWARZ, HANS-ULRICH SCKERL
Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg

70173 STUTTGART
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 2063-648

Andreas Schwarz MdL, K.-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An den
Gemeindetag Baden-Württemberg
Panoramastraße 33
70174 Stuttgart

31. Juli 2012 et

Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion um das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen war Gegenstand der Koalitionsverhandlungen und auch der Gespräche der kommunalpolitischen Sprecher der Regierungsfraktionen und der Arbeitskreise Innenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen und SPD in den letzten Wochen.

Letztendlich haben wir uns darauf verständigt, das bisherige Wahlrecht der Kommunen zwischen Kameralistik und Doppik um vier Jahre zu verlängern. Und ab 2013 wird es zunächst eine Evaluierung der bisher gemachten Erfahrungen mit der Doppik geben.

Wie Sie wissen, läuft die bisherige Frist zur Umstellung auf die Doppik bis 2016. Mit der Verlängerung dieser Übergangsfrist bis zum Jahr 2020 wird den Kommunen somit ein faktisches Wahlrecht eingeräumt.

Des Weiteren ist damit klar, dass der Zeitpunkt, bis zu dem alle Kommunen ihre Haushalte auf das dann gültige kommunale Haushaltsrecht umgestellt haben müssen, um vier Jahre, also auf den 1. Januar 2021 verschoben wird. Ab dem 1. Januar 2021 gilt dann eine einheitliche Handhabung.

Wir sprechen uns des Weiteren dafür aus, beginnend ab dem Jahr 2013, zusammen mit den kommunalen Landesverbänden und der Gemeindeprüfungsanstalt eine Evaluierung der Erfahrungen der Städte und Gemeinden durchzuführen, die bereits ihr Rechnungswesen auf die Doppik umgestellt haben.

- 2 -

Aufbauend auf diesen Ergebnissen sollen die bisherigen Regelungen sodann weiterentwickelt und in ein für die Kommunen einfacheres, transparentes und auch kostengünstigeres Haushaltsrecht gegossen werden.
Klar ist für uns, dass ein einheitliches Haushalts- und Rechnungswesen angestrebt wird und ab 2021 gelten soll.

Für das neue kommunale Haushaltsrecht spricht, dass dies zwischenzeitlich in vielen Kommunen Standard ist. Das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen bildet den Werteverzehr kommunalen Vermögens ab und führt insgesamt zu einer höheren Haushaltstransparenz und Haushaltsklarheit.

Da bereits die Rechenzentren und Verwaltungshochschulen ihre Ausbildung und Systeme auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen umgestellt haben, wäre ein grundsätzliches Wahlrecht bzw. langfristiges Wahlrecht bezüglich der kommunalen Rechnungslegung mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Um diese Mehrkosten zu vermeiden und um klare Regelungen bezüglich der Ausbildung an den Verwaltungshochschulen und der Systeme an den Rechenzentren zu haben, streben wird daher ein einheitliches Rechnungswesen zum Jahr 2021 an.

Sofern kleinere Kommunen Probleme mit der Doppik haben, können Vereinfachungsregelungen beispielsweise bezüglich der Bewertungen des Anlagevermögens eingelöst werden. Gerade hierfür sollen die Evaluierungen dienen.

Wir sind der Überzeugung, mit der Verlängerung der Übergangsfrist bis zum Jahr 2020 und einem einheitlichen Rechnungswesen ab dem Jahr 2021 eine für alle Kommunen gute Lösung gefunden zu haben.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Schwarz MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Hans-Ulrich Scken MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anlage 65: Schreiben Gemeindetag an Landesregierung



Gemeindetag Baden-Württemberg Panoramastraße 33 70174 Stuttgart

**Herrn Ministerpräsident
Winfried Kretschmann MdL**
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Herrn Minister
Dr. Nils Schmid MdL
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Baden-Württemberg
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart

Herrn Minister
Reinhold Gall MdL
Innenministerium Baden-Württemberg
Dorotheenstr. 6
70173 Stuttgart

Panoramastraße 33
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 22572-0
Telefax: 0711 22572-47

Internet:
<http://www.gemeindetag-bw.de>

Herr Kehle

Telefon: 0711 22572-30
E-Mail:
roger.kehle@gemeindetag-bw.de

Stuttgart, 5. Juli 2011

**Wahlrecht der Kommunen zur Anwendung der Kameralistik bei der Führung ihrer
Haushaltswirtschaft**

Anlage: Positionspapier

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Herren Minister,

mit positiver Überraschung haben wir den im Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD konkret benannten Arbeitsauftrag, den Kommunen ein Wahlrecht zwischen den Systemen der Kameralistik und der Doppik einzuräumen, zur Kenntnis genommen.

Der Gemeindetag unterstützt dies nach eingehender Beratung in seinen Gremien ausdrücklich und bittet das Land, die diesbezüglichen gesetzlichen Regelungen schnellstmöglich vorzunehmen, um die gegenwärtig bei den Kommunen und im weiteren kommunalen Umfeld (DV-Dienstleister, überörtliche Prüfung, Ausbildung an den Hochschulen für öffentliche Ver-

waltung usw.) bestehenden Unsicherheiten auszuräumen und ihnen Planungssicherheit zu geben.

Unter dem im Koalitionsvertrag genannten Wahlrecht verstehen wir ein dauerhaftes Wahlrecht zwischen der Fortführung des bisherigen kameralen Haushaltsrechts und dem Umstieg auf die Regelungen des NKHR-BW. Den auch künftig kameral planenden und buchenden Kommunen stünde dabei mit der VwV-VmR das Instrumentarium zur freiwilligen Führung einer Vollvermögensrechnung zur Verfügung. Eine Erweiterte Kameralistik nach dem Vorbild des Landes Hessen steht für uns nicht zur Diskussion. Ebenso steht für uns außer Diskussion, das Wahlrecht nur bis zu einer bestimmten Gemeindegröße zu eröffnen. Es muss allen Gemeinden, Städten, Kreisen und Verbänden gleichermaßen offenstehen.

Die grundlegenden Wirtschaftsziele für kameral und doppisch buchende Kommunen müssen übereinstimmen. Mit der Einführung des Wahlrechts müsste das Land zugleich die Anforderungen zum Haushaltsausgleich in der kommunalen Doppik des NKHR-BW dergestalt regeln, dass aus der Übergangsregelung in Art. 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 4.5.2009 (GBl. S. 185) eine Dauerregelung gemacht wird. Sowohl für die Städte und Gemeinden, aber auch für die Landkreise und andere Verbände würde damit für den Haushaltsausgleich die Liquiditätssicht im Vordergrund stehen (Erwirtschaftung der Kredittilgung aus laufenden Mitteln), ohne dass dadurch den doppisch planenden und buchenden Körperschaften der ressourcenorientierte Ausgleich verwehrt würde; er wäre nur nicht Pflicht.

In dem angeschlossenen Positionspapier haben wir die wesentlichen Argumente für die Einräumung eines Wahlrechts aufgeführt und uns auch mit den Gegenargumenten auseinandergesetzt.

Mit freundlichen Grüßen



Roger Kehle

Präsident



Positionspapier für die Einführung eines Wahlrechts zwischen der Fortführung der bisherigen Kameralistik und dem Umstieg auf die Regelungen des NKHR-BW

Frühere Forderungen des Gemeindegtags

Die Einräumung eines Wahlrechts entspricht den früheren Forderungen des Gemeindegtags gegenüber Landtag und Landesregierung, denen dann aber mit der Entscheidung der seinerzeitigen Regierungsfractionen im Herbst 2007, den Kommunen im Lande kein Wahlrecht einzuräumen, der Boden entzogen worden war.

Durch die Reform des Haushaltsrechts in Schleswig-Holstein und Bayern hatte sich im Vergleich zu den anderen Bundesländern, die bereits umgestellt haben, eine abweichende Rechtslage ergeben. So besteht in diesen Bundesländern keine Verpflichtung, nach Ende einer Übergangszeit zu einem gesetzlich vorgegebenen Stichtag die Kommunalhaushalte flächendeckend auf ein neues Haushalts- und Rechnungswesen auf doppischer Grundlage umstellen zu müssen (zeitlich unbefristetes Optionsmodell). Auch in Thüringen (dort war das Gesetzgebungsverfahren seinerzeit noch nicht abgeschlossen) bestand über ein solches Optionsmodell (Wahlrecht) politischer Konsens und wurde inzwischen gesetzlich verankert.

Die Auswirkungen der Reform, so die seinerzeitige Argumentation, seien in Bezug auf die damit verbundenen Kosten und etwaige Effizienzvorteile mit Blick auf die Steuerungsbedürfnisse und den Optimierungsbedarf durchaus größenabhängig zu sehen. Den Steuerungsbedürfnissen v.a. kleinerer Kommunen trage das jetzige kamerale Haushaltsrecht hinreichend Rechnung, die Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens und die Darstellung des Ressourcenverbrauchs sei ohne weiteres möglich. Wegen der in Baden-Württemberg vergleichbar kleingliedrigen Struktur von Städten und Gemeinden (etwa 600 der 1.108 Städte und Gemeinden haben nicht mehr als 5.000 Einwohner) sei ein flächendeckender Umstieg (aller Kommunen, Kreise, Verbände) auf das neue Haushaltsrecht weder sinnvoll noch geboten.

Die Gremien des Gemeindegtags hatten sich seinerzeit deshalb für eine gesetzliche Regelung entsprechend den Vorbildern aus Bayern, Schleswig-Holstein und Thüringen ausgesprochen, die Kommunen nicht dazu verpflichten, auf ein neues Haushalts- und Rechnungssystem auf doppischer Grundlage umzustellen, sondern ihnen hier ein Wahlrecht einzuräumen. Denn die Kommunen könnten damit individuell prüfen, ob die Umstellung des Haushaltsrechts mit Blick auf die örtlichen Verhältnisse und Steuerungsbedürfnisse für sie sinnvoll sei. Dass mit einem „gespaltenen“ Haushaltsrecht für die Kommunen durchaus einige Nachteile in Kauf zu nehmen wären, wurde in einer Gesamtabwägung und angesichts der Erfahrungen aus den anderen Ländern als vertretbar angesehen, denn die Vorteile wurden höher bewertet. Für die Vergleichbarkeit und Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunalhaushalte wurden Finanzhaushalt und –rechnung als die geeigneten Instrumentarien angesehen.

Diese Argumente sind auch heute noch zutreffend; sie werden durch die Erfahrungen in den anderen Bundesländern mit der Einführung eines neuen kommunalen Haushaltsrechts auf doppischer Grundlage sogar noch unterstrichen.

Große Zustimmung für ein Wahlrecht bei den Mitgliedsstädten und -gemeinden

Wie aus den Diskussionen und Rückmeldungen zum vorgesehenen Wahlrecht im Rahmen der im Mai landesweit stattgefundenen Frühjahrstagungen der Kämmerer zu entnehmen war, spricht sich der weitaus größte Teil der kommunalen Praxis für die Einräumung eines Wahlrechts im Zuge der kommunalen Haushaltsrechtsreform aus und will auch davon Gebrauch machen. Die zögerliche Umstellung im Lande auf das NKHR und die bisherige Haltung der Mehrzahl der Kommunen, so spät als möglich auf das NKHR umzustellen, hat ihren Grund nicht nur bezüglich der verbreitet als unzureichend empfundenen DV-Unterstützung durch die Rechenzentren (die nun zur Erhöhung der Akzeptanz einen „Kommunalmaster Smart“ anbieten wollen), sondern auch in den Vorbehalten gegen das neue Recht an sich, das für die örtlichen Steuerungsbedürfnisse verbreitet als überzogen erachtet wird.

In Schreiben bzw. E-Mails von Bürgermeistern, Verbands- und Sprengelvorsitzenden sowie kommunalen Praktikern wird der Gemeindetag aufgefordert, sich für die Umsetzung des Wahlrechts im Koalitionsvertrag einzusetzen.

Dem stehen aus den Reihen der Mitglieder des Gemeindetags auch - wenn auch wenige - kritische bis ablehnende Meinungsäußerungen zu der Einräumung eines Wahlrechts gegenüber.

Die Fachausschüsse sowie Präsidium und Landesvorstand des Gemeindetags haben sich nach eingehender Diskussion für die Einführung eines Wahlrechts ausgesprochen und befürworten dieses.

Argumente wider ein Wahlrecht bei der Haushaltsrechtsreform

Von anderer Seite (uns liegt das Schreiben des Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Gemeindeprüfungsanstalt, OB Fenrich, Karlsruhe, vom 31.5.2011 sowie ein zeitgleiches Schreiben von vier Professoren der HöV Kehl vor) werden gegen ein Wahlrecht hauptsächlich folgende Argumente ins Feld geführt:

1. Eine „Zweigleisigkeit“ entspreche nicht den Empfehlungen der Innenministerkonferenz vom 21.11.2003, nach denen sich nahezu alle Bundesländer richten.
2. Die Doppik weise gegenüber der Kameralistik eine größere Transparenz auf, die gegenüber den kommunalen Entscheidungsträgern sowie den Einwohnern vermittelt werde. Die Intransparenz der Kameralistik trage ihren Anteil am Desinteresse vieler Bürger für die Entwicklungen in ihrer Wohnkommune bei.
3. Mit einem Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik bestünden keine Vergleichsmöglichkeiten der Kommunen untereinander sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene.
4. Ein Wahlrecht erschwere auch die finanzstatistischen Erhebungen und Auswertungen auch für Zwecke des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen einschließlich des Ausgleichstocks infolge des unterschiedlichen Buchungsstoffes.
5. Infolge der unterschiedlichen Anforderungen an den Haushaltsausgleich (kameral Liquiditätssicht, doppisch Erfolgssicht) kann keine einheitliche Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Kommunen durch die Rechtsaufsicht mehr erfolgen.
6. Erhebliche Mehrkosten bei der Datenzentrale und den kommunalen Rechenzentren würden durch die Bereitstellung und Pflege von zwei unterschiedlichen EDV-Systemen entstehen.
7. Die beiden Hochschulen für öffentliche Verwaltung müssten die bereits eingestellte kameralistische Aus- und Fortbildung wieder aufnehmen.
8. Bei den Prüfungsbehörden müsste mit zusätzlichem Personal kameralistischer Sach- und Fachverstand weiter vorgehalten werden.
9. Die Vertreter der HöV fordern sogar noch eine Verschärfung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf die Verpflichtung zur Erwirtschaftung des Ressourcenverzehr und des Haushaltsausgleichs und halten die im NKHR-BW gefundenen Kompromisslösungen als noch „zu weich“.

Diesen gegen ein Wahlrecht ins Feld geführten Argumenten ist folgendes entgegenzuhalten:

1. Auch Bayern (ab 2007), Schleswig-Holstein (ab 2007) und Thüringen (ab 2009) haben ihren Kommunen ein dauerhaftes Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik im Rahmen des kommunalen Haushaltsrechts eingeräumt. Die Einräumung eines Wahlrechts in Baden-Württemberg würde somit keinesfalls einen Sonderweg darstellen, wie dies in den Raum gestellt wird.

Zudem hat Hessen seinen Kommunen ein Wahlrecht zwischen einer Erweiterten Kameralistik und der Doppik eingeräumt, Sachsen-Anhalt plant, ein solches einzuführen. In

Hessen scheiterte dieses Wahlrecht jedoch an dem Umstand, dass dafür kein EDV-Programm zur Verfügung steht.

2. Die praktischen Erfahrungen mit dem neuen Haushaltsrecht und einer produktorientierten Haushaltsdarstellung aus anderen Bundesländern zeigen auf, dass die Diskussionsfähigkeit der kommunalen Mandatsträger schon bei den Etatberatungen massiv leidet. In besonderer Weise ist dies in Bezug auf den Ergebnisplan/Ergebnishaushalt der Fall. Dies wird im Vergleich zur bisherigen Form der Haushaltsdarstellung auf den höheren Aggregationsgrad der Haushaltsansätze, die produktorientierte Haushaltsdarstellung und den entgegen den Erwartungen zu verzeichnenden Verlust an Haushaltstransparenz infolge einer erhöhten Komplexität des Zahlenwerks zurückgeführt. Auf einen Nenner gebracht wird festgestellt, dass die Mandatsträger die neuen Haushalte wenn überhaupt, nur noch schwer durchdringen. Daher muss davon ausgegangen werden, dass dies für die Einwohnerschaft in einem noch weitaus geringeren Umfang möglich ist. Wenn das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen mit ursächlich für ein Desinteresse vieler Bürger an der Entwicklung ihrer Wohnkommune wie behauptet sein sollte, dann wird dies sicher nicht durch ein komplexeres System beseitigt werden können.
3. Die praktischen Erfahrungen mit dem neuen Haushaltsrechts zeigen weiter auf, dass nicht ein Wahlrecht zwischen Doppik und Kameralistik die Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte auf Landes- und auf Bundesebene infrage stellt, sondern dass das doppische System als solches zur Intransparenz führt.

Statt Einheitlichkeit, Transparenz und Vergleichbarkeit herrschen im doppischen System eher „Kleinstaaterei“ und „Wildwuchs“. So hat jedes Bundesland eine eigene Ausprägung des doppischen Haushaltsrechts und dabei insbesondere der Ansatz- und Bewertungsregelungen geschaffen. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dem neuen Recht bei den Anwendern zu etwas mehr Akzeptanz zu verhelfen; jedes Land hat sich so nach eigenen Vorstellungen in der kommunalen Doppik „häuslich eingerichtet“. Unterschiede gibt es selbst innerhalb eines Bundeslands zwischen den doppisch buchenden Kommunen, Kreisen und Verbänden durch diverse Wahlrechte, auch in Baden-Württemberg.

Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- Vermögenstrennung in Verwaltungsvermögen und realisierbares Vermögen (nur in Niedersachsen, nicht aber in Baden-Württemberg und anderen Ländern eingeführt; in Baden-Württemberg hatten sich die Kommunen aus guten Gründen gegen eine solche gesplante Vermögensdarstellung ausgesprochen);
- Ansatz der Aktiva in der Eröffnungsbilanz nach vorsichtig geschätzten Zeitwerten in Nordrhein-Westfalen, was die Dotation mit Eigenkapital (Ausgleichsrücklage) erhöht; ansonsten überwiegend Ansatz historischer Anschaffungs- und Herstellungskosten;
- unterschiedliche Erleichterungsregelungen für die Eröffnungsbilanz;
- unterschiedliche Behandlung der geringwertigen Vermögensgegenstände;
- in Baden-Württemberg sind die Pensionsrückstellungen zentral beim KVBW zu bilden, in anderen Bundesländern sind sie in den Kommunal- und Kreisbilanzen auszuweisen; entsprechend unterschiedlich gestalten sich auch die Ergebnisrechnungen (nur Versorgungsumlage oder zusätzlich noch Zuführungen zu Pensionsrückstellungen). Hinzu kommt, dass die Versorgungsträger in den Bundesländern ganz unterschiedliche Deckungsprinzipien verfolgen. In Baden-Württemberg ist der Kommunale Versorgungsverband in eine Kapitaldeckung eingestiegen. Damit leisten die Kommunen über die Versorgungsumlage einen sukzessive steigenden Beitrag zu künftigen Pensionslasten, betreiben also Vorsorge im Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit auch ohne den Ausweis von Pensionsrückstellungen in der Gemeinde- oder Kreisbilanz;

- auch im Übrigen ist das Rückstellungsinstrumentarium höchst unterschiedlich (z.B. Baden-Württemberg mit Wahlrückstellungen insbesondere für Leistungen des Kommunalen Finanzausgleichs);
- Nordrhein-Westfalen kennt die Ausgleichsrücklage in der Eröffnungsbilanz (toleriertes Abbuchen von Defiziten als „Marscherleichterung“ für den Start in das NKF); die aktuellen Erfahrungen dazu aus der Evaluation in NRW sind ernüchternd: Die Ausgleichsrücklagen sind weitgehend aufgezehrt, die nur aufgeschobenen Haushaltsausgleichsprobleme treten mit unverminderter Härte zu Tage, weil nicht einmal der Liquiditätsorientierte Ausgleich gelingt;
- Unterschiedliche Ergebnisaufteilung und -behandlung nach den entsprechenden landesrechtlichen Regelungen (ordentliches bzw. Sonderergebnis);
- Unterschiedliche Haushaltsausgleichsregelungen sowie Vorschriften für Haushaltsstrukturkonzepte und Regelungen zur Umlagefinanzierung (Kreisumlage, z.B. in Rheinland-Pfalz ausdrücklich nur Ausgleich zahlungswirksamer Aufwendungen über Umlagen);
- Unterschiede in den Gesamtabchlusskonzeptionen (in Baden-Württemberg z.B. Buchwert-Konsolidierung, anderswo Konsolidierung nach dem Recht der „Mutter“);
- Unterschiede in den Kontenrahmen und Produktplänen

Zudem unterscheidet sich die kommunale Doppik von der Doppik der Eigenbetriebe, Eigenengesellschaften, Krankenhäuser oder der Pflegeeinrichtungen. In Baden-Württemberg können auch die kommunalen Eigenbetriebe statt des handelsrechtlich ausgeprägten Eigenbetriebsrechts die NKHR-Doppik anwenden; bisher jedenfalls war dieses neue Angebot für die kommunalen Eigenbetriebe nicht sonderlich attraktiv bzw. überzeugend, zu groß wäre die Mehrarbeit, um z.B. eine Steuerbilanz aus dem NKHR-Abschluss zu entwickeln.

4. Angesichts der unter 3. gemachten Ausführungen stellt sich auch ohne ein Wahlrecht bzw. für die Kommunen und Kreise, die das doppelische NKHR anwenden, die Frage, wie insbesondere doppelische Haushalte (und Bilanzen) miteinander a) grundsätzlich und b) in Bezug auf spezielle Anforderungen wie Finanzausgleich und Ausgleichstock miteinander verglichen werden können. Die Ergebnishaushalte bzw. -rechnungen sind durch die eröffneten Wahlrechte insbesondere bei den Rückstellungen in ihrer Vergleichbarkeit eingeschränkt. Je nachdem, wie die Ansatzspielräume für die Eröffnungsbilanz ausgeschöpft werden, beeinflusst auch dies die Höhe des sich daraus ergebenden Ressourcenverbrauchs. Als einzige und auch belastbare Vergleichs- und Beurteilungsebene bietet sich für einen Vergleich doppelisch buchender Kommunen untereinander bzw. für einen Vergleich doppelisch buchender und kameral buchender Kommunen weiterhin die Liquiditätssicht und damit der Finanzhaushalt bzw. die Finanzrechnung einer Kommune an. Aus dieser können, wie nachfolgend dargestellt, auch weiterhin die „alten“ kameralen Kennzahlen wie Zuführungsrate, Nettoinvestitionsrate, Rücklagenentnahmen etc. abgeleitet werden. Im Ausgleichstock kommt wie schon bisher die Prüfung des Vorhandenseins von veräußerbarem Vermögen und die Einbeziehung des Umfangs der Verschuldung bis hin zum Stand der Aufgabenerfüllung zum Umfang der Beurteilung der Leistungsfähigkeit und der Bedürftigkeit einer Kommune hinzu.

Nr.	Gesamt-Finanzhaushalt: Einzahlungs- und Auszahlungskonten	Ansatz 2018 EUR
1	Summe der veranschlagten zahlungswirksamen ordentlichen und außerordentlichen Erträge (ohne Erträge aus Vermögensveräußerung)	6.251.200
2	Summe der veranschlagten zahlungswirksamen ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen	5.910.000
3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nr. 1 und 2)	291.000
4	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.100.000
5	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Erträgen für Investitionstätigkeit	152.000
6	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	141.000
7	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0
8	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0
9	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 4 bis 8)	2.393.000
10	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	125.000
11	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.920.500
12	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	171.300
13	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0
14	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	27.800
15	Auszahlungen für sonstige Investitionen	0
16	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 10 bis 15)	3.244.600
17	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nr. 9 und 16)	-851.600
18	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus Nr. 3 und 17)	-559.600
19	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	400.000
20	Auszahlung für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	209.000
21	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nr. 19 und 20)	191.000
22	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands (des liquiden Mittels) im Haushaltsjahr (Summe der Nummern 18 und 21)	-368.600
23	Nachrichtliche Finanzierung der Investitionen aus Mitteln der Finanzierungsreserve (verfügbare liquide Mittel)	368.600

Modellgemeinde m.H.
ca. 3.000 Einw.Entspricht
kameraler
Zuführung an VmHErgebnis kameraler
Nettoinvestitionsrats
88.600 EUR
(Nr. 3 ./ Nr. 20)Entspricht
Fehlbetrag im VmH
oder Entnahme aus
allg. Rücklage

Was die für den kommunalen Finanzausgleich maßgebende kommunale Steuerkraft angeht, so wird diese trotz der Einführung des NKHR auch bei den doppisch buchenden Kommunen und Kreisen an der Liquiditätssicht (Ist-Aufkommen an Steuern usw.) und nicht an der Ressourcensicht (um z.B. Zufallsergebnisse auszublenden, etwa wenn ein Gewerbesteuerertrag im Jahr 2011 zu verzeichnen ist, der Zahlungseingang infolge einer längeren Aussetzung der Vollziehung aber erst 2 Jahre später erfolgt) festgemacht. Dies entspricht der kameralen Sicht auf die Ist-Steuereinnahmen des Haushalts. Ein Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik wäre insoweit ohne Auswirkungen.

Die interkommunale Vergleichbarkeit wird sich in der kommunalen Doppik weitgehend auf den Gesamthaushalt bzw. die Gesamtergebnis- bzw. -finanzrechnung beschränken müssen. Durch die örtlichen Spielräume bei der produktorientierten Aufstellung der Haushaltspläne wird in der aufgabenbezogenen Darstellung kein Haushaltsplan mehr einfach mit dem anderen vergleichbar sein. Die Arbeit der Kommunalaufsicht wird dadurch alles andere als erleichtert. Entsprechendes gilt auch für die Vergleichbarkeit der Rechnungsergebnisse. Kameral gilt für alle Kommunen hingegen die gleiche Haushaltsgliederung; Haushalte und Jahresrechnungen sind auch bezüglich der kommunalen Aufgabenfelder einfach miteinander vergleichbar.

Anzuführen wäre schließlich, dass der Bundesgesetzgeber in der kommunalen Finanzstatistik auch bei den doppisch buchenden Kommunen die für die Statistik relevanten Daten nicht aus der Ergebnisrechnung erhebt, sondern aus der insoweit „unbestechlichen“ Finanzrechnung. Auf diesem Wege können sowohl auf Landesebene als auch bundesweit die Werte doppisch und kameral buchender Kommunen zu einem Gesamtbild zusammengeführt werden. Dies gilt auch für die Zusammenführung bundesweit sich unterscheidender kommunaler doppischer Produktpläne und kameraler Gliederungen. In Baden-Württemberg funktioniert dieses Zusammenführen der Werte aus unterschiedlichen Quellen bereits jetzt bei einer im Verhältnis zur großen Masse der kameral buchenden Kommunen zur überschaubar kleinen Zahl doppisch buchender Kommunen, Kreise und Verbände und würde auch bei einem Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik so fortgeführt werden können.

- Es dürfte außer Frage stehen, dass es im Falle eines Wahlrechts für die Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit der Haushalte nur eine gemeinsame (Vergleichs-)Basis geben kann. Diese kann nur die vorstehend dargestellte Finanzsicht sein, die für beide Rechnungssysteme identische Ergebnisse liefert.

Nichts anderes findet im derzeit laufenden Umstellungszeitraum statt. Hier können die doppisch buchenden Kommunen, Kreise und Verbände für den Haushaltsausgleich die bisherigen kameralen Regeln anwenden, haben also ein zeitlich befristetes Wahlrecht.

Wäre die Kritik einer fehlenden Vergleichbarkeit und Beurteilungsmöglichkeit zwischen beiden Systemen stichhaltig, so müsste dies bereits jetzt zwischen den Kommunen, die bereits umgestellt haben und denen, die sich noch im alten Recht befinden, zutage treten. Dass dies der Fall ist, ist jedoch nicht bekannt.

6. Mehrkosten im EDV-Bereich entstehen nicht durch ein Wahlrecht, sondern durch die Einführung der Doppik. In den letzten Jahren wurde und wird vereinzelt immer noch in den Kommunen des Landes mit erheblichem finanziellem Aufwand das Altverfahren zur Haushaltsführung FIWES classic durch neue Finanzwesen-Verfahren mit kameraler Oberfläche seitens des Datenverbundes oder sog. autonomer Software-Anbieter abgelöst. In einem weiteren Schritt sollen nun mit der Umstellung der Haushalte auf das neue Haushaltsrecht diese Verfahren auf eine doppische Oberfläche umgestellt werden. Bei genauerer Betrachtung verursacht nicht ein Wahlrecht, sondern die durch die Haushaltsrechtsreform notwendige Weiterentwicklung der neuen Verfahren des Datenverbundes Mehrkosten für die Kommunen.

Untermauert wird diese Feststellung z.B. durch eine sog. Chef-Info des Zweckverbands Kommunalen Informationsverarbeitung Reutlingen/Ulm (KIRU), der seinen Mitgliedern schon frühzeitig mitgeteilt hat, dass er mit den vorhandenen Verfahren in der Lage ist, das Wahlrecht umzusetzen und dies auch bei Bedarf anbieten werde. Entsprechende Ankündigungen haben bereits auch die autonomen Software-Anbieter im Zusammenhang mit den von ihnen angebotenen Produkten gemacht.

Über die reinen DV-Kosten hinaus müssen in einen Kosten- oder Kosten-Nutzen-Vergleich auch die Umstellungskosten bei den Kommunen selbst mit berücksichtigt und bewertet bzw. beziffert werden.

7. Beide Hochschulen für öffentliche Verwaltung haben bereits im Jahr 2006, damals noch ohne eine entsprechende rechtliche Grundlage, die kameralen Aus- und Fortbildung eingestellt bzw. dem praxisbezogenen Unterricht überantwortet. Dabei wurde nicht problematisiert, wie die Absolventen der Hochschulen damit in einer kommunalen Praxis zurechtkommen, die überwiegend noch bis 2016 die Kameralistik anwendet. Des Weiteren wird ausgeblendet, dass das vorhandene Personal in den kommunalen Finanzverwaltungen durch die Haushaltsrechtsreform sich ebenso den Herausforderungen hieraus stellen muss, ohne hierfür ausgebildet zu sein. Im Falle der Einräumung eines Wahlrechts müssen die kommunalen Anstellungskörperschaften erwarten dürfen, dass die Ausbildung an den Hochschulen dem dann vom Gesetzgeber vorgegebenen Rechtsrahmen Rechnung trägt, wie dies auch von den Kommunen grundsätzlich durch den Gesetzgeber bei der Erfüllung der von ihm auf die Kommunen übertragenen Aufgaben erwartet wird. Dies ist auch leistbar, denn die kommunale Kameralistik und die kommunale NKHR-Doppik sind ja keine grundverschiedenen Systeme. Die meisten Haushalts- und Wirtschaftsgrundsätze sind identisch, und die Liquiditätssicht ist beiden Systemen immanent!
8. Es ist nicht erkennbar und belegt, in welchem Umfang bei den Prüfungsbehörden zusätzliches Personal hinsichtlich des kameralistischen Sach- und Fachverständs vorgehalten werden müsste. Auch hier gelten die unter Ziffer 7 gemachten Ausführungen in Bezug auf die bereits jetzt schon bestehende Parallelität zwischen neuem und altem Haushaltsrecht. Im Übrigen ist auch nicht davon auszugehen, dass die bisher vorhandene Kompetenz der Gemeindeprüfungsanstalt im kameralen Haushaltsrecht allein durch eine Erweiterung des Rechtsrahmens durch das neue Haushaltsrecht kurzfristig verloren zu gehen droht.

Die Argumentation ließe sich noch weiter fortsetzen. Insgesamt stellt der Gemeindetag fest, dass es keine stichhaltigen Gründe gibt, die zwingend die Einräumung eines Wahlrechts bei der Reform des Kommunalen Haushaltsrechts, wie dies im Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung vorgesehen ist, ausschließen. Belegt wird dies insbesondere durch das in Bayern seit 2007 bestehende und praktizierte Wahlrecht.

Die Einräumung eines Wahlrechts bei der Haushaltsrechtsreform kann schlussendlich als ein Wettbewerb der Systeme betrachtet werden: Die kommunale Praxis und damit die Kommu-

nalpolitik sollte selbst darüber entscheiden können, welchem System sie unter Abwägung der Vor- und Nachteile den Vorzug gibt. Genau dies war die langjährige Forderung des Gemeindetags gegenüber der Landespolitik, bis sich schließlich im Oktober 2007 die damaligen Regierungsfraktionen gegen ein solches Wahlrecht entschieden und dies weitere eineinhalb Jahre später gesetzlich besiegelt hatten. Bis heute ist die Kritik an der Haushaltsrechtsreform nicht verstummt (auch in den anderen Bundesländern nicht!). Sie würde auch in der Zukunft nicht verstummen, die Akzeptanz eines neuen doppelischen Haushaltsrechts würde weiter darunter leiden. Mit der Einführung eines Wahlrechts zwischen der Beibehaltung der bisherigen Kameralistik und einem Wechsel auf die NKHR-Doppik ließe sich dieses vermeiden.

Sofern das neue Haushaltsrecht in der Praxis all die Erwartungen, die mit ihm verknüpft werden, erfüllt, wird es schließlich nur eine Frage der Zeit sein, wann sich dieses endgültig gegenüber der Kameralistik durchsetzt.

Anlage 66: Email 1 Städtetag Baden-Württemberg

WG: Wahlrecht Doppik

Von: "Gutjahr Jan" <Jan.Gutjahr@staedtetag-bw.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

CC: "Hinz Stefanie" <Stefanie.Hinz@staedtetag-bw.de>

Datum: 21.05.2012 16:08:56

Sehr geehrte Frau Lohr,

der Städtetag Baden-Württemberg hat sich gegen die Einräumung eines Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und (erweiterter) Kameralistik ausgesprochen.

Ein dauerhaftes Nebeneinander von zwei Rechnungswesen wäre mit einer Reihe von Nachteilen verbunden. Z. B.

- Mehraufwand bei der Aus- und Fortbildung
- Kostensteigerungen bei den kommunalen Rechenzentren
- Die Rechtsaufsicht könnte nicht mehr einheitlich ausgeübt werden
- Statistik und Finanzausgleich würden erschwert

Daneben wäre die Umsetzung der Ziele des Neuen Haushaltsrecht wie verstärkte Generationengerechtigkeit durch das Ressourcenverbrauchskonzept und die Verbesserung der Steuerung durch neue Instrumente bei Einräumung eines Wahlrechts gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Gutjahr

Städtetag Baden-Württemberg
Postfach 10 43 61, 70038 Stuttgart
Telefon 0711 22921-28, Telefax 0711 22921-27
jan.gutjahr@staedtetag-bw.de
Internetangebot <http://www.staedtetag-bw.de>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [<mailto:ElisabethLohr@gmx.de>]

Bereitgestellt: Donnerstag, 10. Mai 2012 11:22 Bereitgestellt in: Post

Unterhaltung: Wahlrecht Doppik

Betreff: Wahlrecht Doppik

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg und habe mich für den Vertiefungsstudiengang Wirtschaft und Finanzen, öffentliche Betriebe & Kommunalverwaltung entschieden. In meiner bevorstehenden Bachelorarbeit (Abgabetermin 17. September 2012) möchte ich mich der möglichen Einführung eines Wahlrechts zur kommunalen Doppik widmen und die entstehenden Auswirkungen in Baden-Württemberg genauer untersuchen.

Aktuelle Diskussionen lassen vermuten, dass es sich bei der Alternative zur Doppik um eine reformierte (erweiterte) Kameralistik handeln werde.

Wie steht der Städtetag zu der Alternative erweiterte Kameralistik?
Welche Auswirkungen sind aus Ihrer Sicht zu erwarten?

Über eine baldige Antwort freue ich mich sehr.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lohr

Anlage 67: Email 1 GPA

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Sutterer Hansjörg" <Hansjoerg.Sutterer@gpabw.de>

An: "'Elisabeth Lohr'" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 09.07.2012 18:31:28

Sehr geehrte Frau Lohr,

ich kann Ihnen kein offizielles Papier übergeben, verweise aber darauf, dass sich die Kommunalen Landesverbände meines Wissens in der Sache Wahlrecht mehrfach geäußert haben. Grundsätzlich hält auch die GPA die Zweigleisigkeit für unwirtschaftlich. Wesentliche Punkte sind dabei, die Doppelvorhaltung von EDV-Systemen, die Ausbildung muss sich auf beide Systeme erstrecken, die Vergleichbarkeit kommunaler Abschlüsse leidet, die Abrechnungsmodalitäten für Betriebskosten- und Vermögensumlagen werden erschwert, wenn z.B. in einem Zweckverband NKHR-Kommunen und kamerale Kommunen vereint sind. Zudem wird das NKHR ja auch als anderes (besseres) Steuerungssystem angesehen, auf das ja dann verzichtet wird.

Meines Wissens soll in Kürze eine Entscheidung fallen, daher möchte ich derzeit auch keine weitere Ausführungen machen, die ggf. dann hinfällig sind.

Mit freundlichem Gruß

H. Sutterer

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 3. Juli 2012 09:06

An: Sutterer Hansjörg

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Sutterer,

ich bin Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (Baden-Württemberg) und habe mich für den Vertiefungsstudiengang Wirtschaft und Finanzen, öffentliche Betriebe – Kommunalverwaltung entschieden.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, den Kommunen eine mögliche Wahl zur kommunalen Doppik zu ermöglichen. Mit dieser Wahlmöglichkeit und deren Auswirkungen möchte ich mich auch in meiner Bachelorarbeit (Abgabetermin 17. September 2012) ausführlicher beschäftigen.

Welche Position gegenüber einem eventuellen Wahlrecht vertritt die Gemeindeprüfungsanstalt?
Welche Folgen hat das Wahlrecht aus Ihrer Sicht auf die Gemeindeprüfungsanstalt und die Gemeinden in Baden-Württemberg?

Über eine baldige umfassende Antwort freue ich mich sehr!

Für Ihre Bemühungen im Voraus besten Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lohr

Anlage 68: Stellungnahme BKF

BERUFSVERBAND DER KOMMUNALEN FINANZVERWALTUNGEN
IN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Doppik oder Kameralistik Stellungnahme zur Aussage des Koalitionsvertrages über ein Wahlrecht der Kommunen

Der Berufsverband der kommunalen Finanzverwaltungen in Baden-Württemberg e.V. (BKF) ist der Fachverband, in dem die in kommunalen Kämmereien, Kassen und Steuer-ämtern in Baden-Württemberg beschäftigten Beamten und Angestellten zusammenge-schlossen sind. Der Fachverband hat Mitglieder sowohl aus kleineren Kommunen als auch aus Stadt- und Landkreisen. Da hier die Interessenslage naturgemäß unterschiedlich sein kann, ist nicht immer eine abschließende Positionierung möglich.

Der BKF wirkt unabhängig davon fachlich an der Erarbeitung und Umsetzung des Neuen Haushaltsrechtes mit. So hat der Verband mit Stellungnahmen an das Innenministerium zur Gemeindeordnung vom 7. März 2008, zur Gemeindehaushaltsverordnung und zur Gemeindekassenverordnung vom 26. Juni 2009 inhaltlich Position bezogen.

Seit 1992 beschäftigt sich der BKF mit der Reform des Gemeindewirtschaftsrechts in Ba-den-Württemberg. Bereits mit dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 21. No-vember 2003 ‚Von einem zahlungsorientierten zu einem ressourcenorientierten Haushalts- und Rechnungswesen‘ wurden die Grundlagen für die Umstellung auf ein Neues Haus-haltsrecht gelegt. Zwischenzeitlich ist Baden-Württemberg eines der letzten Bundesländer, die auf ein neues Haushaltsrecht umstellen. In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Käm-merer (BAG-KOMM e.V.) kann dieser lange Prozess und die nun neu aufgeflamnte Dis-kussion nicht nachvollzogen werden.

Vom Grundsatz her spricht sich der BKF für die Umsetzung des Ressourcenverbrauchs-konzepts aus. Dies entspricht den gesellschaftlichen Vorgaben zu nachhaltigem Handeln. Gerade die aktuelle Finanzsituation zeigt, dass eine wirklichkeitsnahe Darstellung der Fi-nanzverhältnisse notwendig ist. Von daher ist auch eine entsprechende Umstellung nicht nur auf der kommunalen Ebene anzustreben.

Eine Umfrage in den Kreisverbänden des BKF im September 2011 hat ergeben, dass sich eine deutliche Mehrheit der Mitglieder für ein Wahlrecht der Kommunen ausspricht. Gefor-dert wird insbesondere ein Gemeindewirtschaftsrecht, das für die Kommunen mit vertret-barem Aufwand anwendbar ist. Dabei steht nicht das Neue Haushaltsrecht im Vorder-grund. Es ist nicht entscheidend, ob mit Kameralistik oder Doppik gebucht wird. Von daher kann hier ein Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik eingeräumt werden.

Momentan finden bis 2016 zwei Rechtsvorschriften parallel Anwendung. Im Vertrauen da-rauf haben bereits einige Kommunen auf die Doppik und das Neue Haushaltsrecht umge-stellt. Die Kommunen müssen vergleichbar bleiben, es müssen letztendlich dieselben Vor-schriften, etwa beim

Haushaltsausgleich oder der Ermittlung von Fehlbeträgen angewendet werden. BERUFSVERBAND DER KOMMUNALEN FINANZVERWALTUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.
STELLUNGSNAHME WAHLRECHT, STAND 24.04.2012, SEITE 2

In der Praxis erweist sich das Neue Haushaltsrecht als ausgesprochen aufwändig. Richtig angewandt sind in vielen Kommunen erhebliche Umorganisationen notwendig. In der Folge zögern viele Kommunen mit der Umstellung auf das neue Recht. Sie sehen keinen dem hohen Aufwand entsprechenden zusätzlichen Nutzen. Das Ressourcenverbrauchs-konzept und die Vermögensbewertung werden dagegen als durchaus sinnvoll erkannt. Der BKF spricht sich für eine Entwicklung des Neuen Haushaltsrechts unter folgenden Vorgaben aus:
Ein Haushaltsrecht für alle Kommunen.

Wahlrecht zwischen Kameralistik oder Doppik.

Die Verpflichtung zur Planung auf Produkte entfällt - somit kann die bisherige Gliederung und Gruppierung aufrecht erhalten werden.

Kennzahlen, Produkte sowie Kosten- und Leistungsrechnung können entsprechend den örtlichen Bedingungen freiwillig eingeführt werden.

Der Beteiligungsbericht wird als Mindeststandard vorgegeben. Der u.U. sehr aufwändige Gesamtabschluss kann freiwillig erstellt werden.

Die Bewertung von Vermögensgegenständen soll praxisnah geschehen.

Die Übergangsfrist sollte deutlich verlängert werden.

Gerne erörtert der BKF diese Vorschläge weiter mit dem Innenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden, um schnell zu Rechtsklarheit zu gelangen und so die momentane Verunsicherung und die damit einhergehenden erheblichen Verzögerungen zu beenden.

Anlage 69: Positionspapier der Hochschule Kehl

Prof. Dr. Roland Böhmer
Prof. Dieter Brettschneider
Prof. Wolfgang Hafner
Prof. Andrea Herre

Hochschule Kehl - Postfach 1549 - 77675 Kehl

Hochschule für öffentliche
Verwaltung Kehl



UNIVERSITY
OF APPLIED SCIENCES

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Erstaunen hat die Hochschule Kehl zur Kenntnis genommen, dass der Koalitionsvertrag auf Seite 61 ein Wahlrecht zwischen der bisherigen Kameralistik und dem neuen kommunalen Haus-halts- und Rechnungswesen (kurz: NKHR) vorsieht. Der Landtag von Baden-Württemberg hat die Umstellung auf die kommunale Doppik erst vor zwei Jahren nach jahrelangen Verhandlungen – insbesondere mit den kommunalen Spitzenverbänden – beschlossen und sich damit für einen ein-deutigen und zukunftsweisenden Weg entschieden. In diesem Prozess wurde ein Wahlrecht ausführlich diskutiert und mit stichhaltigen Gründen nicht in die Gemeindeordnung übernommen. Unabhängig davon entspricht die Zweigleisigkeit nicht den Empfehlungen der Innenminister-konferenz vom 21.11.2003, nach denen sich nahezu alle Bundesländer richten.

Baden-Württemberg war ursprünglich in der Reform des kommunalen Haushaltsrechts bundesweit führend und hat am Ende die Reform wegen der langwierigen Verhandlungen als letztes Bundes-land beschlossen. Nun würde sich das Land beim Zurückschreiten an die Spitze einer Bewegung setzen, die sich Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung allenfalls formal auf ihre Fahnen geschrieben hat. Dieser Rückschritt auf der kommunalen Ebene verträgt sich mit der Diagnose auf S. 55 des Koalitionsvertrags, Baden-Württemberg verzeichne einen Negativrekord und stehe auf dem letzten Platz aller 13 Flächenländer, wenn man die künftigen Pensionsverpflichtungen und im Haushalt verbuchte Verschuldung zusammenzähle. Unter Einbezug der Pensionsverpflichtungen stellt sich die Situation der kommunalen Ebene nicht wesentlich besser dar. Der kommunale Versorgungsverband ist zwar einen Schritt weiter als das Land: „Eingestiegen ist man auch bereits in eine kapitalgedeckte Altersversorgung. Hierfür wird ein Zuschlag von 9% auf die Verbandsumlage erhoben. Damit könnte in 50 bis 70 Jahren eine vollfinanzierte kapitalgedeckte Altersversorgung erreicht werden.“¹ Unter der Prämisse, dass die Nachhaltigkeit ein zentrales politisches Ziel ist, besteht auch für die kommunale Ebene kein Anlass zur Lockerung der rechtlichen Ansprüche.

¹ Direktor Reimold beim Jahresinformationsaustausch mit dem Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., Verwaltungszeitung Baden-Württemberg 4/2009, Seite 11

Dabei sollte das Neue Kommunale Haushaltsrecht gerade im Sinne der neuen Landesregierung sein, zielt es doch im Wesentlichen darauf ab, den Entscheidungsträgern, insbesondere den politischen Gremien, eine qualitativ wesentlich aussagefähigere Entscheidungsgrundlage als bisher zur Verfügung zu stellen. Sie sollen erkennen können, über wie viel eigenes Vermögen ihre Kommune insgesamt verfügt und wie sich ihre Entscheidungen auf den Vermögenserhalt und damit auf die nachfolgenden Generationen auswirken. Damit wird der vom Gesetzgeber geforderten stetigen Aufgabenerfüllung und der damit einhergehenden Nachhaltigkeit sowie intergenerativen Gerechtigkeit konsequent Rechnung getragen.

Nicht zuletzt beinhaltet das NKHR auch weiterhin zusätzlich die Informationen der Kameralistik in der sog. Finanzrechnung. Aus diesem Grund ist es konsequent, wenn die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag auf S. 55 unter der Überschrift „Kassensturz“ die Erklärung enthält: „Wir streben an, dass künftig mit einer Vermögensrechnung als Teil der künftigen Landeshaushalte die finanziellen Vorbelastungen und vor allem auch der Vermögensverzehr aufgrund des Sanierungsstatus bei Liegenschaften und Landestraßen offen gelegt werden.“ Damit würde das Land eine von der kommunalen Ebene immer wieder geäußerten Kritik entkräften, es verlange von den Kommunen, was es selbst nicht verwirklichte. Ein Wahlrecht ist in diesem Entwicklungsprozess in hohem Maße kontraproduktiv. Die Doppik mit einem Nachweis des wertmäßigen Ressourcenverbrauchs schafft zwar nicht unmittelbar Nachhaltigkeit, ist aber ein unverzichtbares Instrument zur Offenlegung nachhaltigen Verhaltens. Insbesondere das Offenlegen nicht nachhaltigen Wirtschaftens wird auf lange Sicht das Bewusstsein der Politiker für Ressourcenschonung schärfen, weil ein Verantwortungszusammenhang erkennbar wird. In diesem Zusammenhang sollte auch beachtet werden, dass der Ressourcenverbrauch zwar dokumentiert wird, das geltende Gesetz sein Erwirtschaften aber nur teilweise verlangt. So müssen Anschaffungswerte, die mit Zuschüssen (aus Steuergeldern) finanziert werden, nicht über Abschreibungen refinanziert werden. Das reduziert die reale Belastung der kommunalen Haushalte erheblich. Beispielsweise muss eine Gemeindeverbindungsstraße, die mit 80 % bezuschusst worden ist, über Abschreibungen nur zu 20 % refinanziert werden. Das geltende Ressourcenverbrauchskonzept darf deshalb nicht wieder in Frage gestellt werden, sondern sollte unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit eher wieder verschärft werden, wie es in den ursprünglichen Entwürfen der Gemeindeordnung aus dem Jahre 2005 noch vorgesehen war. Damals war noch ein Haushaltstrukturkonzept vorgesehen, wenn eine Verrechnung von Fehlbeträgen mit dem Basiskapital vorgenommen werden sollte. Das Konzept ist auch in weiteren Bereichen erheblich aufgeweicht worden. Die Einführung eines Wahlrechts würde es vollends in Frage stellen, weil damit die Vernünftigen sich nachhaltig verhalten werden und die auf aktuelle Bedürfnisbefriedigung fixierten Politiker sich der Nachhaltigkeit mit gesetzlichem Schutz verweigern dürften.

Als Ausschlaggebend für das geplante Wahlrecht zwischen beiden Systemen wird im Koalitionsvertrag der mit der Umstellung verbundene finanzielle und personelle Aufwand genannt. Um den mit der Umstellung auf das NKHR verbundenen Aufwand in Grenzen zu halten, wurde gerade in Baden-Württemberg ein – im Vergleich zu anderen Bundesländern – sehr großzügiger Übergangszeitraum (bis 2016) gewählt. Vor allem aber wurden im Rahmen der Vermögensbewertung zahlreiche Vereinfachungsregeln gesetzlich verankert. Nicht zuletzt verfügen zahlreiche Kommunen 3

bereits über eine Vollvermögensrechnung. Der Umstellungsaufwand sollte somit zu bewältigen sein, zumal er einmalig ist. Diese Vereinfachungsregeln stehen in keinem Widerspruch zum Ziel der Nachhaltigkeit. Aus vielen Kontakten in der Praxis wissen wir aber, dass ein Teil erheblich arbeitssparender Vereinfachungen nicht in Anspruch genommen wird (Gruppenbewertung, Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter, Durchschnittswerte für Straßen). Ein Teil der argumentierten Belastung wäre deshalb leicht zu vermeiden.

Zu beachten ist hierbei, dass auch die bisherige Kameralistik einen Umstellungsaufwand nach sich zieht, da auch hier auf ein neues Softwareprogramm umgestellt werden muss. Das bisherige Pro-gramm der Rechenzentren wird nämlich nur noch zeitlich beschränkt angeboten. Die Rechen-zentren können auf Dauer nicht Spezialisten für die Weiterentwicklung einer Software bereit-stellen und gleichzeitig einen guten Service für die neue Software bieten. Mit der vom Eigen-betriebsrecht abweichenden kommunalen Doppik wird schon Betreuungskapazität bei den Rechenzentren gebunden; mit einer weitergeführten Kameralistik als drittes System werden die Rechenzentren mit dem vorhandenen Personal eine bedarfsgerechte Systembetreuung kaum sicherstellen können.

Sollte auf die erweiterte Kameralistik umgestellt werden, so muss auch hier die Vermögensauf-nahme und -bewertung mit dem damit verbundenen Aufwand geleistet werden. Dies würde das Argument für das Wahlrecht auf S. 61 des Koalitionsvertrags vollkommen aufheben. Eine Ein-sparung an finanziellen Ressourcen wäre hier nur begrenzt möglich und stünde in keinem ange-messenen Verhältnis zum langfristig bewirken kommunalwirtschaftlichen Schaden.

Aus Sicht der Hochschule Kehl sind mit der Entscheidung für das Wahlrecht folgende Nachteile absehbar (s. auch Schreiben LKT vom 29.04.2011):

die Ausbildung müsste an den Hochschulen Kehl und Ludwigsburg um die kommunale Kameralistik erweitert werden, welches nicht nur zusätzliche personelle Ressourcen an beiden Hochschulen erfordert, sondern auch eine einheitliche Aus- und Fortbildung im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen unmöglich macht,

das Ressourcenverbrauchskonzept und damit die Outputsteuerung würde nicht einheitlich umgesetzt,

ein konsolidierter Jahresabschluss aller Betriebe einer Gemeinde bzw. eines Kreises wäre äußerst schwierig und viel aufwändiger,

es käme zu erheblichen Kostensteigerungen durch völlig unterschiedliche Vorgaben für die EDV.

Die Rechtsaufsicht könnte nicht einheitlich ausgeübt werden, da insbesondere der Haushalts-ausgleich beider Systeme sehr unterschiedliche Qualitäten ausweist. Dies würde letztlich er-zwingen, dass wegen einer Gleichbehandlung der Gemeinden die Rechtsaufsichtsbehörden die Beurteilung der Haushalte auch in den Gemeinden, die kommunale Doppik anwenden, nur auf der Basis des Finanzhaushalts als Pendant zum kameralistischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt erfolgen könnte. Damit wäre die Einführung der Doppik nur eine rein formale Maßnahme, weil die zusätzlichen Informationen im Ergebnishaushalt keine Wirkung entfalten könnten und die Reform eine breit angelegte Verschwendung von Steuergeldern wäre.

In welchem Umfang die kommunalwirtschaftliche Berücksichtigung von Ressourcenverbrauchsinformationen auf freiwilliger Basis erfolgt, zeigt die Tatsache, dass zumindest im badischen Landesteil eine Vollvermögensrechnung schon seit Jahrzehnten üblich ist, in der kommunalpolitischen Wirklichkeit jedoch keine Rolle spielt.

- Ein Vergleich zwischen den Kommunen (innerhalb und außerhalb von Baden-Württemberg) wäre äußerst schwierig.*
- die Statistik und der Finanzausgleich einschließlich Ausgleichsstock würde erheblich er-schwert, da kein einheitlicher Buchungsstoff zu Grunde läge,*
- die steuerrechtlichen Anforderungen (Kommunen unterliegen in immer mehr Bereichen dem Steuerrecht; z.B. in kommunalen Unternehmen und sog. Betrieben gewerblicher Art wie Forst-betrieb, Sporthallen) könnten nur aufwändiger umgesetzt werden,*
- bei einer bereits heute absehbaren EU-weiten Vorgabe zur Einführung der Doppik müssten die kameral geführten Kommunen ohnehin umstellen. Bereits heute bestehen (noch unverbindliche) Regelungen für das öffentliche Rechnungswesen (sog. IPSAS).*
- Für die Kosten- und Leistungsrechnung müsste bei der Kameralistik als Ausgangspunkt der Schritt über Erträge und Aufwendungen auch beim Verzicht auf Doppik gemacht werden. Das partielle Beibehalten der Kameralistik wird einen Einsatz der Kosten- und Leistungsrechnung zur Verwaltungssteuerung ernsthaft in Frage stellen.*
- Der Ergebnishaushalt auf Aufwands- und Ertragsbasis ist eine Fortentwicklung des § 14 Abs. 6 der alten GemHVO, die für kostenrechnende Einrichtungen die Veranschlagung von Abschreibungen im Verwaltungshaushalt forderte. Dies war ein systematischer Bruch, der mit der Einführung eines umfassenden Ergebnishaushalts beseitigt werden konnte. Mit dem Wahlrecht wird er wieder eingeführt.*

Das Wahlrecht zwischen den beiden Systemen Kameralistik und Doppik (mit Finanzrechnung!) ist erst in zweiter Linie ein buchungssystematisches Problem. Die im Koalitionsvertrag angeführte Begründung, zahlreiche Kommunen stelle es vor erhebliche Probleme, ihre „Buchführung“ mit beträchtlichem finanziellem und personellem Aufwand den derzeitigen gesetzlichen Vorgaben entsprechend von der Kameralistik auf die Doppik „umzustellen“, ist deshalb nicht stichhaltig. Sie verdeckt das eigentlich gemeinte Hauptproblem, den aus der wertorientierten Vorgehensweise im Ergebnishaushalt resultierenden Ausgleich mit einem den Ressourcenverbrauch ausgleichenden Ergebnis. Diese Anforderung ist erstens durch die Verrechnung von Fehlbeträgen mit dem Basis-kapital nach 3 Jahren weitgehend wirkungslos und wird zweitens insbesondere die Gemeinden mit einer geringen Verschuldung belasten. Gemeinden mit hoher Verschuldung sind zur Refinanzierung gezwungen, weil sie die Tilgung der Kredite bezahlen müssen. Das Wahlrecht ermöglicht vor allem finanzstärkeren Gemeinden, auf den Ausgleich der verbrauchten Ressourcen ohne weiteren Nachweis zu verzichten. Die Kosten der Umstellung ihrer Buchführung und die Bewertung im Rahmen der Erstellung einer Eröffnungsbilanz belasten speziell diese Gemeinden nicht unzumutbar. Für die verschuldeten Gemeinden könnte man einwenden, eine arbeitsaufwendige Vermögensbewertung bringe letztlich wenig, weil sie über die Tilgung schon ausreichend zu einer nachhaltigen

Haushaltswirtschaft gezwungen seien. Diese Vorstellung setzt Verschuldung für eine nachhaltige Haushaltswirtschaft voraus und lässt außer Acht, dass gerade die finanzschwächeren Gemeinden durch ein konsequentes Haushaltsrecht davor geschützt werden müssen, sich haus-haltswirtschaftlich zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir dringend im Sinne der nachhaltigen Entwicklung der Kommunen Baden-Württembergs, den haushaltsrechtlichen Status quo zu erhalten. Wenn der Landtag Baden-Württemberg dieser Forderung, welche unseres Erachtens einen klaren Rückschritt darstellt, nachkommt, wird er entgegen dem erklärten Ziel nachhaltiger Finanzwirtschaft, die nächsten Generationen belasten. Der vermeintlich einfachere Weg ist in Wirklichkeit noch komplizierter und haushaltswirtschaftlich noch lange nicht der Bessere.

Mit freundlichen Grüßen

gez. **Prof. Dr. Roland Böhmer**

Prof. Dieter Brettschneider

Prof. Wolfgang Hafner

Prof. Andrea Herre

Anlage 70: Email Prof. Hafner

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Hafner, Wolfgang" <hafner@hs-kehl.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 12.07.2012 14:56:01

Sehr geehrte Frau Lohr,

das Problem, das Sie bearbeiten, ist nur von vorübergehender Dauer. In der Praxis wird nur die Übergangsfrist von 2016 auf 2020 verlängert (vgl. unten wiedergegebene Pressemitteilung). Wir werden deshalb in Bezug auf das Wahlrecht in Kehl nichts umsetzen. Für die Übergangsfrist werden wir einen Block von 17 Stunden anbieten, in dem wir den Studierenden erklären, worauf sie beim Umstieg achten müssen.

mit freundlichen Grüßen

Prof. Wolfgang Hafner

Prodekan

Fakultät Wirtschafts-, Informations- und Sozialwissenschaften

Tel: +49 (0) 7851/894-165

Fax: +49 (0) 7851/894-5165

hafner@hs-kehl.de

<http://dozent.fh-kehl.de/home/hafner/web/index.htm>

Hochschule für öffentliche
Verwaltung Kehl

Kinzigallee 1

77694 Kehl

www.hs-kehl.de

Hier die Pressemitteilung:

PRESSEMITTEILUNG der Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Datum: 10. Juli 2012

Grün-Rot verlängert Übergangsfrist für kommunales Haushaltsrechts

Die Landtagsfraktionen der Grünen und der SPD begrüßen den heutigen Kabinettsbeschluss zum kommunalen Haushaltsrecht. Beide Fraktionen hatten zuvor beschlossen, die bisherige Wahlfrist der Kommunen zwischen Kameralistik und Doppik um vier Jahre zu verlängern und ab 2013 zunächst eine Evaluierung der bisher gemachten Erfahrungen mit der Doppik vorzunehmen.

Wie der kommunalpolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Andreas Schwarz und der Vorsitzende des

Innenausschusses, der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Walter Heiler MdL (SPD) mitteilten, läuft die bisherige Frist zur Umstellung bis 2016. Damit wird durch die Beschlüsse der Fraktionen den Kommunen ein faktisches Wahlrecht bis 2020 eingeräumt.

"Der Zeitpunkt, bis zu dem alle Kommunen ihre Haushalte auf das dann endgültige kommunale Haushaltsrecht umgestellt haben müssen, wird um vier Jahre auf den 1. Januar 2020 verschoben", machen Schwarz und Heiler deutlich. Das komme den Bedürfnissen der Kommunen entgegen. Ab 2021 gilt dann eine einheitliche Handhabung.

Beginnend ab 2013 soll zusammen mit den kommunalen Landesverbänden und der Gemeindeprüfungsanstalt eine Evaluierung der Erfahrungen derjenigen Städte und Gemeinden stattfinden, die schon auf Doppik umgestellt haben. Aufbauend auf diesen Ergebnissen sollen die bisherigen Regelungen weiterentwickelt und in ein für die Kommunen einfacheres, transparenteres und damit auch kostengünstigeres Haushaltsrecht gegossen werden.

"Wir wollen damit insbesondere den Bedürfnissen und Erwartungen der kleinen Kommunen im Land Rechnung tragen. Für uns ist klar: Es wird ein einheitliches kommunales Haushalts- und Rechnungswesen angestrebt", betonen Andreas Schwarz und Walter Heiler.

(c) Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [<mailto:ElisabethLohr@gmx.de>]

Gesendet: Mi 11.07.2012 16:26

An: Hafner, Wolfgang

Betreff: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Prof. Hafner,

ich bin Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg. In meiner Bachelorarbeit beschäftige ich mit Auswirkungen eines eventuellen Wahlrechts zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik in Baden-Württemberg auf ausgewählte Bereiche. Ein solch ausgewählter Bereich stellt die Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst dar.

Auf der Homepage der Hochschule Kehl konnte ich ein Positionspapier zu diesem Wahlrecht finden. Haben Sie sich bereits Gedanken zur Umsetzung dieses Wahlrechts an der HS Kehl gemacht? Wie könnte diese Umsetzung aussehen? Etwa auf Kosten von anderen Modulen? Rechnen Sie mit erheblichen Mehrkosten?

Werden derzeit auch Kurse in Kameralistik an der HS Kehl gehalten oder nur kommunale Doppik?

Über eine baldige Antwort freue ich mich.

Freundlich grüßt

Elisabeth Lohr

Anlage 71: Email Prof. Ade

Ade, Klaus [Ade@hs-ludwigsburg.de]

Donnerstag, 28. Juni 2012 09:02

An: Lohr, Elisabeth

Sehr geehrte Frau Lohr,

eine Stellungnahme der Hochschule kam leider nicht zu Stande. Ich habe daher in Absprache mit dem Rektor in eigenem Namen eine Stellungnahme abgegeben. Ich leite Sie Ihnen morgen gerne zu.

Nach den aktuellen Signalen aus dem Ministerium, wird wohl auf ein Wahlrecht verzichtet und im Gegenzug werden die Fristen verlängert. Mit Planungen, wie wir im Hause mit dem Wahlrecht umgehen würden, warten wir daher ab.

Federführend im Hause ist Prof. Buttler, der das Modul Öff. Finanzwirtschaft 1 verantwortet.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Ade



Anlage 72: Schreiben Prof. Ade an Ministerpräsidenten

An den Ministerpräsidenten
Herrn Winfried Kretschmann MdL
Richard-Wagner Straße 15
70184 Stuttgart

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich bin Professor für Öffentliche Finanzwirtschaft an der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg und Autor mehrerer Fachbücher/Kommentare zur Kommunalen Doppik in Baden-Württemberg.

Mit großer Sorge habe ich aus der Koalitionsvereinbarung die Absicht der Landesregierung entnommen, für die Kommunen ein Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik einzuführen. Dies hätte erhebliche nachteilige Wirkungen. Die Stellungnahmen der Hochschule Kehl und des Landkreistags liegen mir vor. Ich schließe mich deren Ausführungen ohne Einschränkungen an. Ein solches Wahlrecht konterkariert die bisherigen Reformbemühungen und bildet einen Rückschritt, der auch von der Landesregierung nicht gewollt sein kann. Ich habe aufmerksam registriert, dass auch die Landesverwaltung die flächendeckende Umstellung auf die Doppik plant.

Erlauben Sie mir hierzu einige ergänzende Anmerkungen.

Als auslösendes Moment für die Einführung des Wahlrechts werden „erhebliche Probleme“ bei zahlreichen Kommunen angegeben, ihre Buchführung mit beträchtlichem finanziellem und personellem Aufwand auf die Doppik umzustellen.

Diese Einschätzung kann ich so nicht teilen. Die Hochschule begleitet im Rahmen von Fachprojekten zahlreiche Umstellungsprozesse in Kommunen. Unsere Studierenden haben so in Eigenregie die Eröffnungsbilanzen in Benningen, Krautheim, Kirchheim a.N. und weiteren Gemeinden erstellt bzw. weitgehend vorbereitet. Aus den dabei gewonnenen Erfahrungen kann ich nicht erkennen, dass ein beträchtlicher umstellungsbedingter Aufwand entsteht, der nicht zu bewältigen wäre. Sicherlich lassen sich die Arbeiten nicht nebenbei erledigen. Da gewohnte Vorgehensweisen nicht mehr fortgeführt werden können, da das „Neue“ mit anfänglichen Unsicherheiten und mangelnder Routine einhergeht, entsteht zweifelsohne in der Einführungsphase ein zusätzlicher Aufwand.

Es ist jedoch kritisch zu hinterfragen, ob der angeführte „beträchtliche finanzielle und personelle Aufwand“ tatsächlich allein auf die Umstellung zurückzuführen ist oder auch bei einer Fortführung des kameralen Systems anfällt.

- Der größte Arbeitsaufwand entsteht nach den Erfahrungen der Hochschule in der Regel dadurch, dass keine vollständige Zusammenstellung der gemeindlichen Grundstücke und Gebäude vorhanden ist. Ein aktuelles Bestandsverzeichnis für das unbewegliche und auch bewegliche Vermögen, das nach der ehemaligen GemHVO eigentlich vorgeschrieben ist, liegt in vielen Fällen jedoch nicht vor. Ohne einen Überblick über den eigenen Vermögensbestand ist eine finanzwirtschaftliche Steuerung schlicht nicht möglich. Der damit verbundene Aufwand muss in Kauf genommen werden und ist nicht durch die Umstellung bedingt, sondern bereits nach den „kameralen“ Regelungen notwendig. Die nur für die Doppik erforderliche Bewertung des erfassten Vermögens gestaltet sich dank zahlreicher Vereinfachungen für die Eröffnungsbilanz und bei entsprechendem zeitlichem Vorlauf als weitgehend unproblematisch. Die Hochschule engagiert sich sehr stark in der Fortbildung für die Praktiker. Hier erlebe ich immer wieder, dass anfängliche Vorbehalte bei den Teilnehmern bezüglich des mit der Bewertung verbundenen Aufwands sich stark relativieren, nachdem sämtliche Vereinfachungen und Erleichterungen der GemHVO vorgestellt wurden.
- Beim finanziellen Aufwand im Rahmen der Umstellung schlagen vor allem Softwarekosten zu Buche. Diese wären ohnehin angefallen, da die bisher eingesetzten landeseinheitlichen Verfahren nicht mehr angeboten werden.

Daher ist bei der Betrachtung des umstellungsbedingten Aufwands zu differenzieren. Ein Urteil können nur die Kommunen abgeben, die den Umstellungsprozess abgeschlossen haben. Nicht entscheidend kann die Einschätzung derjenigen Kommunen sein, die der Reform eventuell ablehnend gegenüberstehen und die die Umstellungsschritte noch gar nicht durchlaufen haben.

In den Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände zu den Gesetz- und Verordnungsentwürfen wurden keine Forderungen nach einem Wahlrecht erhoben. Deshalb bedarf es gewichtiger Gründe, wenn auf Initiative des Landes die kommunale Haushaltsreform - die nur wirkt, wenn alle Kommunen sie anwenden – einfach rückgängig gemacht werden soll. Solche Gründe kann ich nicht erkennen.

Die derzeitige Verunsicherung bei den Kommunen ist sehr groß. Selbst Gemeinden, die bereits mit der Umstellung begonnen haben, stoppen die Projektarbeiten. Bei unseren Fortbildungsangeboten beobachten wir, dass seit der Koalitionsvereinbarung viele Stornierungen eingehen. Hält dieser Schwebezustand an, lässt sich der Termin 1.1.2016, unabhängig von der Einführung eines Wahlrechts, ohnehin nicht mehr halten.

Ich selbst als auch meine Kolleginnen und Kollegen an der Hochschule bieten Ihnen an, unsere Erfahrungen und unsere Fachkompetenz bei Ihrem Entscheidungsprozess einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage 73: Email Statistisches Landesamt

AW: Wahlrecht Doppik

Von: "Holzwarth, Martin (STL)" <Martin.Holzwarth@stala.bwl.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

CC: "Burger, Franz" <Franz.Burger@stala.bwl.de>

Datum: 08.06.2012 17:59:12

Sehr geehrte Frau Lohr,

sicherlich ist es ungünstig über Jahre zwei Buchungssysteme statistisch erheben zu müssen. Dies führt personell als auch bei der Vergleichbarkeit zu Problemen. Statistisch einigermaßen vergleichbar sind die Konten der Finanzrechnung. Die Konten der Ergebnisrechnung werden statistisch nicht erhoben. Zu beachten ist allerdings, dass die haushaltstechnischen Verrechnungen in der Finanzrechnung nicht nachgewiesen werden und daher bei doppisch buchenden Gemeinden/Gv. nicht enthalten sind.

Die Vergleichbarkeit der Konten der Finanzrechnung mit den Gruppierungen ist bei der Gesamtwirtschaftlichen Gruppierung mit bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben auch zukünftig weitestgehend gegeben.

Problematischer ist die Vergleichbarkeit der Aufgabenbereiche mit den Produkten der Doppik.

Aufgrund der nicht immer eindeutigen Zuordnungen doppischer Produkte zu kameraleen Gliederungen und umgekehrt, sind eindeutige Ergebnisse kaum mehr realisierbar. Zum Beispiel befindet sich der Einzelplan 0 ausschließlich in der finanzstatistischen Position 11 wieder (Ausnahmen s. z.B. 112402ff). Eine Splittung für unser kameralees Gesamtergebnis ist hierbei nicht möglich. Des Weiteren werden durch Zuordnung des Gebäudemanagements in den Produktbereich 11 zahlreiche Leistungen die bisher zumindest über innere Verrechnungen den tatsächlichen Aufgabenbereich zuordnenbar waren die Werte verzerrt, da die angesprochenen inneren Verrechnungen statistisch nicht mehr erhoben werden. Ausschlaggebend dafür sind die Regelungen des FPStatG, dass nur die Erhebung von Daten der Finanzrechnung zulässt. Innere Verrechnungen finden in der Doppik jedoch nur in der Ergebnisrechnung statt.

Zu erwähnen sind auch die sog. Verwaltungsgliederungen der Kameralistik, deren Inhalt bei doppischen Meldern den einzelnen Produkten zugeordnet ist, so dass sich diese Gliederungen in die anderen Produkte auflösen und daher keine volle Vergleichbarkeit mehr besteht. Zusätzlich gibt es auch Unterschiede der Kombinationszulässigkeiten von Produkten und FR-Konten zu Gliederungen und Gruppierungen (v.a. im Sozialbereich). Daraus ergibt sich, dass Beträge in kameraleen Kombinationen (=>kameralees Gesamtergebnis) eigentlich nicht zulässig wären, aber aufgrund doppischer Regelungen hierher umgesetzt worden sind.

Aus personellen Gründen war eine frühere Antwort leider nicht möglich.

Damit evtl. noch offene Fragen besprochen werden können, möchte ich Sie zu einem Gespräch in das Statistische Landesamt einladen. Das Nähere hierzu müsste noch abgesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Holzwarth

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Referat 51, Öffentliche Finanzen und Personal
- Zentrale Aufgaben -
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Tel.: 0711/641-2741

Fax: 0711/641-2479
E-Mail: Poststelle@stala.bwl.de
oder
E-Mail: Martin.Holzwarth@stala.bwl.de
Internet: www.statistik-bw.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]
Gesendet: Dienstag, 24. April 2012 09:19
An: Auskunftsdienst (STL)
Betreff: Wahlrecht Doppik

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (Baden-Württemberg) und habe mich für den Vertiefungsstudiengang Wirtschaft und Finanzen, öffentliche Betriebe - Kommunalverwaltung entschieden.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, den Kommunen eine mögliche Wahl zur kommunalen Doppik zu ermöglichen.

Mit dieser Wahlmöglichkeit und deren Auswirkungen möchte ich mich auch in meiner bevorstehenden Bachelorarbeit (Abgabetermin 17. September 2012) ausführlicher beschäftigen.

Diese Wahlmöglichkeit hat nicht nur Auswirkungen auf die baden-württembergischen Gemeinden, sondern sicherlich auch auf das Statistische Landesamt.

Inwieweit könnte eine Vergleichbarkeit der Kommunen überhaupt noch möglich sein?

Gibt es bereits erste vorbereitende Schritte dafür?

Mit welchen Auswirkungen rechnen Sie als Statistisches Landesamt noch?

Für eine ausführliche Beantwortung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lohr

Kapellenstraße 15
88639 Wald-Ruhestetten

--

Empfehlen Sie GMX DSL Ihren Freunden und Bekannten und wir belohnen Sie mit bis zu 50,- Euro! <https://freundschaftswerbung.gmx.de>

Anlage 74: Stuttgarter Zeitung, Doppische Enttäuschung

Ludwigsburg Doppische Enttäuschung

Markus Klohr, 13.07.2012 20:43 Uhr



Abschied vom alten Kassenmodell: die Kämmerer im Land müssen künftig kaufmännisch buchen. Foto: Zweygarth

Ludwigsburg - Äußerlich betrachtet ist Klaus Warthon nur einer von 39 Rathauschefs im Kreis Ludwigsburg. Doch beim jüngsten Treff der Bürgermeister war der Benninger Verwaltungsmann am Mittwoch etwas Besonderes. Er war der gut informierte Kontaktmann, den die Kollegen fragten, wie es weitergehe mit der Haushaltsführung der Städte und Gemeinden.

Da Warthon just jenes Thema als Dozent für Haushaltsrecht an der Verwaltungshochschule in Ludwigsburg intensiv verfolgt, konnte er vielen Kollegen der kleineren Gemeinden die schlechte Botschaft persönlich beibringen. Sie lautet: die Hoffnungen der Kämmerer, ihr altes Haushaltsrecht, die Kameralistik, beibehalten zu dürfen, hat sich zerschlagen. So hat es das grün-rote Landeskabinett am Dienstag beschlossen.

Doppik: zu teuer, um sie zu verwerfen

Zwar dürfen die Städte und Gemeinden sich mit der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung, die Doppik, nun bis 2020, vier Jahre länger als geplant, Zeit lassen, doch ein Wahlrecht zwischen beiden Systemen, wie es die grün-rote Regierung im Koalitionsvertrag angekündigt hatte, wird es nicht geben. Es werde „ein einheitliches Modell angestrebt“, heißt es nun.

Dieses Modell wird mit Sicherheit nicht die Kameralistik sein. Zu groß waren die Kosten für die bislang rund 80 Städte und Gemeinden sowie die mehr als 20 Kreise im Land, die bereits auf die Doppik umgestellt haben. Zum Beispiel Vaihingen: 150 000 Euro für die Software, dazu sechs bis sieben Vollzeitstellen habe es gekostet, um die Einnahmen und Ausgaben von diesem Jahr an nach kaufmännischem Vorbild abzurechnen, schätzt der Oberbürgermeister Gerd Maisch. Die Bilanz des Modells fällt für ihn verheerend aus: „Das kamerale System hat die Aufgabenstellung der Kommunen viel besser abgebildet.“

Umstellung kostet halbe Million

Auch in Bietigheim-Bissingen kommt die Nachricht über eine Fristverlängerung zu spät. Dort läuft bereits die Umstellung, wie die Pressesprecherin Anette Hochmuth mit bedauerndem Unterton mitteilt. Der Kostenaufwand liege bei mehr als 500 000 Euro.

Besonders dramatisch trifft das geplante Landesgesetz, das im Herbst in den Landtag gehen und spätestens im Frühsommer 2014 in Kraft treten soll, all die Finanzchefs in kleinen Orten. Dort schreckt man besonders vor dem großen Einführungsaufwand zurück. Entsprechend groß war die Hoffnung auf eine Öffnungsklausel. „Wir wollen am liebsten gar nicht umstellen“, lässt der Kämmerer der Gemeinde Erligheim, Klaus Sämann wissen.

Gemeindetag verärgert

Entsprechend verärgert ist man beim baden-württembergischen Gemeindetag. „Wir wurden in dieser Angelegenheit in keinsten Weise angehört“, beklagt der Finanzreferent Karl Reif. Der allergrößte Teil der kleinen Gemeinden habe laut einer Mitgliederbefragung auf ein Wahlrecht zwischen den Systemen gehofft. Doch die Landesregierung habe ihr Versprechen, auf die Kommunen zuzugehen, nicht erfüllt.

Große Probleme sieht der Finanzfachmann nach wie vor bei der Bewertung des Gemeindevermögens, die bei der Doppik zu Beginn anfällt. Hier gebe es noch viele ungeklärte rechtliche Fragen. Wenn das Land an der Öffnungsklausel festgehalten hätte, dann, so die Hoffnung des Gemeindetags, hätten die Kleinen von den Erfahrungen der Großen lernen können. Früher oder später „hätte sich das Thema erledigt, weil die jungen Kämmerer nur noch nach dem neuen System ausgebildet werden“.

Für diese Ausbildung ist unter anderem der Benninger Bürgermeister Klaus Warthon zuständig. Kein Wunder, dass er seine eigene Meinung zur Öffnungsklausel hat. Wenn beide Systeme dauerhaft parallel existieren würden, dann müsse dafür das kommunale Rechenzentrum doppelt so viel Software bereithalten. „Das wäre richtig teuer geworden.“

Anlage 75: Andreas Schwarz an Gemeindetag Baden-Württemberg



ANDREAS SCHWARZ, HANS-ULRICH SCKERL
Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg

70173 STUTTGART
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 2063-648

Andreas Schwarz MdL, K.-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An den
Gemeindetag Baden-Württemberg
Panoramastraße 33
70174 Stuttgart

31. Juli 2012 at

Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion um das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen war Gegenstand der Koalitionsverhandlungen und auch der Gespräche der kommunalpolitischen Sprecher der Regierungsfractionen und der Arbeitskreise Innenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen und SPD in den letzten Wochen.

Letztendlich haben wir uns darauf verständigt, das bisherige Wahlrecht der Kommunen zwischen Kameralistik und Doppik um vier Jahre zu verlängern. Und ab 2013 wird es zunächst eine Evaluierung der bisher gemachten Erfahrungen mit der Doppik geben.

Wie Sie wissen, läuft die bisherige Frist zur Umstellung auf die Doppik bis 2016. Mit der Verlängerung dieser Übergangsfrist bis zum Jahr 2020 wird den Kommunen somit ein faktisches Wahlrecht eingeräumt.

Des Weiteren ist damit klar, dass der Zeitpunkt, bis zu dem alle Kommunen ihre Haushalte auf das dann gültige kommunale Haushaltsrecht umgestellt haben müssen, um vier Jahre, also auf den 1. Januar 2021 verschoben wird. Ab dem 1. Januar 2021 gilt dann eine einheitliche Handhabung.

Wir sprechen uns des Weiteren dafür aus, beginnend ab dem Jahr 2013, zusammen mit den kommunalen Landesverbänden und der Gemeindeprüfungsanstalt eine Evaluierung der Erfahrungen der Städte und Gemeinden durchzuführen, die bereits ihr Rechnungswesen auf die Doppik umgestellt haben.

- 2 -

Aufbauend auf diesen Ergebnissen sollen die bisherigen Regelungen sodann weiterentwickelt und in ein für die Kommunen einfacheres, transparentes und auch kostengünstigeres Haushaltsrecht gegossen werden.

Klar ist für uns, dass ein einheitliches Haushalts- und Rechnungswesen angestrebt wird und ab 2021 gelten soll.

Für das neue kommunale Haushaltsrecht spricht, dass dies zwischenzeitlich in vielen Kommunen Standard ist. Das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen bildet den Werteverzehr kommunalen Vermögens ab und führt insgesamt zu einer höheren Haushaltstransparenz und Haushaltsklarheit.


Da bereits die Rechenzentren und Verwaltungshochschulen ihre Ausbildung und Systeme auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen umgestellt haben, wäre ein grundsätzliches Wahlrecht bzw. langfristiges Wahlrecht bezüglich der kommunalen Rechnungslegung mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Um diese Mehrkosten zu vermeiden und um klare Regelungen bezüglich der Ausbildung an den Verwaltungshochschulen und der Systeme an den Rechenzentren zu haben, streben wird daher ein einheitliches Rechnungswesen zum Jahr 2021 an.

Sofern kleinere Kommunen Probleme mit der Doppik haben, können Vereinfachungsregelungen beispielsweise bezüglich der Bewertungen des Anlagevermögens eingelöst werden. Gerade hierfür sollen die Evaluierungen dienen.

Wir sind der Überzeugung, mit der Verlängerung der Übergangsfrist bis zum Jahr 2020 und einem einheitlichen Rechnungswesen ab dem Jahr 2021 eine für alle Kommunen gute Lösung gefunden zu haben.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Schwarz MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Hans-Ulrich Soker MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anlage 76: Email 2 GPA

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Sutterer Hansjörg" <Hansjoerg.Sutterer@gpabw.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 16.07.2012 09:59:19

Sehr geehrte Frau Lohr,

die GPA ist wie auch andere Beteiligte immer davon ausgegangen, dass ein Parallelbetrieb von Kameralistik und Doppik unwirtschaftlich ist und begrüßt die jetzt gefallene Entscheidung. Zur Umstellungsfrist geht die GPA davon aus, dass 2020 genügend Vorlaufzeit bietet, um die notwendigen Vorarbeiten zu leisten. Es war bisher schon so, dass viele Beteiligte den Termin 2016 mit großen Vorbehalten angesehen haben. Insbesondere sind bisher die Rechenzentren als Engpass für die Umstellung erkannt worden. Es gibt wohl bei den Rechenzentren Pläne, insbesondere für kleine Gemeinden ein vereinfachtes System zu entwickeln, um die Umstellungsarbeiten zu erleichtern und zu beschleunigen. Die von Ihnen angesprochene Evaluation soll ja in eine ähnliche Richtung gehen. Denkbar sind dabei weitere Vereinfachungen und Hilfen für die Erstbewertung. Wieweit auch im Bereich Teilhaushalte, Produktbildung, innere Verrechnungen Vereinfachungen möglich sind, muss noch näher untersucht werden. Insoweit gehe ich davon aus, dass unter Berücksichtigung solcher Vereinfachungen der Umstellungstermin 2020 realistisch ist.

Mit freundlichem Gruß

H. Sutterer

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Sonntag, 15. Juli 2012 18:53

An: Sutterer Hansjörg

Betreff: AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Sutterer,

es ist jetzt eine Entscheidung bezüglich der Doppikeinführung getroffen worden: Die Umstellungsfrist wird auf 2020 verlängert und es findet eine Evaluierung bereits umgestellter Kommunen statt. Die GPA begrüßt diesen Beschluss sicherlich?! Oder sehen Sie Risiken? Halten Sie die Umstellungsfrist für realistisch?

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lohr

AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Von: "Sutterer Hansjörg" <Hansjoerg.Sutterer@gpabw.de>

An: "'Elisabeth Lohr'" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 31.07.2012 17:30:11

Sehr geehrte Fr. Lohr,

wie sie ja aus der Presse entnehmen konnten, ist das beabsichtigte Wahlrecht zwischen Doppik und Kameralistik inzwischen aufgegeben worden. In diesem Zusammenhang ist ja auch angekündigt worden, dass auf Grund bisheriger Erfahrungen schon 2013 mit einer Evaluation begonnen werden soll. Mit dieser Evaluation werden ja viele Wünsche verbunden - u.a. einfacheres, kostengünstigeres Haushaltsrecht insbesondere für die kleineren Gemeinden. Die GPA hat dafür keinen festen Katalog, der abgearbeitet werden muss. Aus unserer Erfahrung ist es durchaus denkbar, dass zunächst der Einstieg erleichtert wird, indem weitere Vereinfachungsvorschriften i.S. des § 62 GemHVO geschaffen werden. Denkbar wären Vereinfachungen oder Klarstellungen für die Grundstücke und Straßenkörper. Ebenso ist momentan für den wichtigsten Posten der Passiven Rechnungsabgrenzung die Grabnutzungsgebühren keinerlei Vereinfachung vorhanden. Für den laufenden Betrieb wird sich zeigen, was die kommunalen Landesverbände noch an Vereinfachungen fordern. Wo diese ansetzen z.B. innere Verrechnungen, kalkulatorische Kosten etc. steht noch nicht fest. Die Rolle der vorgesehenen Kosten- und Leistungsrechnung muss gegebenenfalls genauer festgelegt werden. Ich selbst kenne auch nicht die EDV-seitig von den Rechenzentren ins Spiel gebrachten "abgespeckten Versionen" der Software. Vielleicht können Sie hierzu von einem der Rechenzentren etwas erfahren. Schließlich darf auch nicht unterschätzt werden, dass durch die vielen Anlagen zum Haushaltsplan und Jahresabschluss entsprechender Aufwand entsteht. Noch etwas im Hintergrund steht ja derzeit auch die Frage des Gesamtabchlusses. Auch wenn hier nur wenige Erfahrungen vorliegen, zeigen sich doch wohl einige Tücken.

Mit freundlichem Gruß H. Sutterer

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 31. Juli 2012 15:46

An: Sutterer Hansjörg

Betreff: AW: Bachelorarbeit - Bitte um Mithilfe

Sehr geehrter Herr Sutterer,

vielen Dank für Ihre Antwort.

Hat die GPA bereits konkrete Vorschläge, wie eine Vereinfachung und Kosteneinsparung beim Umstellungsprozess auf die kommunale Doppik und im folgenden "Echtbetrieb" erreicht werden könnte?

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lohr

Anlage 77: Email 2 Städtetag

AW: WG: Wahlrecht Doppik

Von: "Gutjahr Jan" <Jan.Gutjahr@staedtetag-bw.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 30.07.2012 18:24:02

Sehr geehrte Frau Lohr,

wir haben uns dafür ausgesprochen, dass es nach einer Übergangsfrist bei einem einheitlichen Rechnungswesen/Haushaltsrecht bleibt. Auch haben wir das Vorziehen der bereits im Reformgesetz vorgesehenen Evaluation des NKHR angeregt. Wir begrüßen daher auch die nun getroffene Entscheidung der Regierungsfractionen.

Da eine frühzeitige Evaluation des NKHR unser Alternativvorschlag zum Wahlrecht gewesen ist, haben wir bereits im März diesen Jahres eine AG zur Evaluation des NKHR gegründet. Wir werden dort auch beraten, welche Übergangs/Umstellungsfrist u. E. erforderlich ist. Sicher wird man die Umstellungsfrist verlängern müssen. Ein konkretes Datum kann ich Ihnen noch nicht nennen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Gutjahr

Städtetag Baden-Württemberg
Postfach 10 43 61, 70038 Stuttgart
Telefon 0711 22921-28, Telefax 0711 22921-27
jan.gutjahr@staedtetag-bw.de
Internetangebot <http://www.staedtetag-bw.de>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Sonntag, 15. Juli 2012 18:59

An: Gutjahr Jan

Betreff: Re: WG: Wahlrecht Doppik

Sehr geehrter Herr Gutjahr,

ich hatte mich vor ca zwei Monaten an Sie gewandt, mit der Bitte um Stellungnahme zur geplanten Wahlrechtseinführung zwischen der kommunalen Doppik und der Kameralistik für meine Bachelorarbeit.

Dieses Wahlrecht soll laut neusten Mitteilungen doch nicht umgesetzt werden, stattdessen wird die Umstellungsfrist auf das Jahr 2020 verlängert und eine Evaluierung bereits umgestellter Kommunen stattfinden.

Der Städtetag begrüßt sicherlich diese Entscheidung?! Sehen Sie dennoch Risiken in diesem Beschluss? Halten Sie die Umstellungsfrist (2020) für realistisch?

Für Ihre erneute Beantwortung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lohr

AW: WG: Wahlrecht Doppik

Von: "Gutjahr Jan" <Jan.Gutjahr@staedtetag-bw.de>

An: "Elisabeth Lohr" <ElisabethLohr@gmx.de>

Datum: 10.08.2012 09:00:56

Sehr geehrte Frau Lohr,

die Vorschläge befinden sich noch im Entstehungsprozess. Abgestimmte Vorschläge/Forderungen werden erst gegen Ende des Jahres vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Gutjahr

Städtetag Baden-Württemberg
Postfach 10 43 61, 70038 Stuttgart
Telefon 0711 22921-28, Telefax 0711 22921-27
jan.gutjahr@staedtetag-bw.de
Internetangebot <http://www.staedtetag-bw.de>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Elisabeth Lohr [mailto:ElisabethLohr@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 31. Juli 2012 09:09

An: Gutjahr Jan

Betreff: AW: WG: Wahlrecht Doppik

Sehr geehrter Herr Gutjahr,

vielen Dank für Ihre Antwort!

Hat die AG zur Evaluation des NKHR bereits Vorschläge erarbeitet, was verändert werden könnte, um ein transparenteres und kostengünstigeres System zu schaffen?

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lohr

Anlage 78: Email 2 BKF

Re-2: Fw: WG: NKHR, Doppik

Von: Trautner Wolfgang" <wolfgang.trautner@graben-neudorf.de>

An: ElisabethLohr@gmx.de

CC: guderjan@kenzingen.de

Datum: 23.07.2012 14:03:44

Hallo Frau Ohr, Sorry,
leider komme ich erst jetzt dazu Ihnen zu antworten.
Aber letzte Woche waren wichtige BKF-Termine und ich war
nicht im Rathaus.

Der BKF BW-Vorstand hat sich schon in seiner Stellungnahme und in Gesprächen
gegen das Wahlrecht ausgesprochen und eine Verlängerung der Umstellungsfrist
gefordert. Dies auch bei einem Gespräch bei der gpa in Karlsruhe.
Da jetzt alle noch ausreichend Zeit bis zur Umstellung haben, sehe ich hier
keine Probleme sondern eher eine Chance für die Kommunen, manches zu überdenken
und evtl. Verwaltungsabläufe neu zu organisieren.
Wir werden uns in das weitere Verfahren beim IM mit einbringen und bei einer
Evaluierung durch unsere Mitglieder bzw. Kämmerer/innen gerne mitwirken.

Für das Gelingen ihrer Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Freundliche Grüße aus Graben-Neudorf
Ihr
Wolfgang Trautner
Stellv.Landesvorsitzender
Berufsverband Kommunale
Finanzverwaltungen in
Baden-Württemberg e V/BKFBW

Tel. 07255 / 901-207
Fax. 07255 / 901-380
E-Mail: Wolfgang.Trautner@graben-neudorf.de
Website: www.bkfbw.de

----- Original Message -----

Subject: Re: Fw: WG: NKHR, Doppik (15-Jul-2012 19:17)
From: Elisabeth Lohr <ElisabethLohr@gmx.de>
To: wolfgang.trautner@graben-neudorf.de

> Hallo Herr Trautner,
>
> im Mai hatte ich Sie wegen meiner Bachelorarbeit zum Thema Wahlrecht
> zwischen kommunaler Doppik und Kameralistik angeschrieben. Dieses Wahlrecht
> soll laut den neusten Mitteilungen nicht umgesetzt werden. Stattdessen wird
> die Umstellungsfrist auf 2020 verlängert und eine Evaluierung bereits
> umgestellter Kommunen durchgeführt.
> Wie steht der BKF dazu? Halten Sie die neue Umstellungsfrist für
> ausreichend? Sehen Sie Risiken bei diesem Beschluss?
>
> Über eine baldige umfassende Antwort freue ich mich.
> > Freundlich grüßt
>> Elisabeth Lohr

Anlage 79: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Tabelle

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Referat 51
Vierteljährliche kommunale Kassenstatistik

Gemeinden/Gv. mit NKHR in Baden-Württemberg

	AGS	Name	Doppische Meldung seit	Einwohner, abgerundet
21	327020	Gunningen	2010	710
16	327012	Durchhausen	2010	900
35	317067	Lautenbach	2012	1.800
64	337108	Todtmoos	2010	2.000
25	116029	Holzmaden	2012	2.100
9	127009	Braunsbach	2012	2.300
3	436003	Aichstetten (Landkreis RV)	2012	2.700
30	236031	Kieselbronn	2012	2.900
13	315020	Buchenbach	2012	3.100
41	235050	Neuweiler	2012	3.100
48	116054	Owen	2012	3.400
38	125061	Massenbachhausen	2012	3.500
5	425008	Amstetten	2011	3.900
27	216023	Iffezheim	2010	4.800
61	437107	Stetten am kalten Markt	2008	5.000
31	118040	Kirchheim/Neckar	2012	5.100
43	125078	Oedheim	2012	5.900
15	325072	Deisslingen (Landkreis RW)	2012	6.000
47	216041	Ottersweier	2012	6.100
52	226068	Reilingen	2012	7.100
34	337065	Lauchringen	2012	7.500
56	426134	Schemmerhofen	2010	7.700
51	226065	Rauenberg	2007	7.900
8	426014	Bad Schussenried	2012	8.400
50	119055	Plüderhausen	2011	9.200
24	226107	Hirschberg a.d.B	2012	9.500
60	336084	Steinen	2010	10.100
46	215064	Östringen	2007	12.800
59	326052	St. Georgen im Schwarzwald	2010	13.000
53	119090	Remshalden	2012	13.300
39	119044	Murrhardt	2012	13.900
65	327049	Trossingen	2010	15.300
28	215096	Karlsbad	2010	15.800
6	315006	Bad Krozingen	2009	17.000

12	225014	Buchen (Odenwald)	2011	18.200
63	435057	Tett nang	2007	18.600
42	317089	Oberkirch	2012	19.900
7	128007	Bad Mergentheim	2012	22.400
40	235046	Nagold	2011	22.500
2	317001	Achern	2012	25.000
26	237040	Horb	2007	25.600
55	325049	Rottweil	2012	25.600
68	226098	Wiesloch	2007	26.000
17	316011	Emmendingen	2010	26.800
10	215007	Bretten	2011	28.400
67	118073	Vaihingen an der Enz	2012	28.800
14	216007	Bühl	2012	29.400
23	115021	Herrenberg	2011	31.200
54	336069	Rheinfelden	2011	32.300
45	116080	Ostfildern	2010	36.100
57	127076	Schwäbisch Hall	2012	37.100
11	215009	Bruchsal	2007	43.200
19	116077	Filderstadt	2011	44.300
4	417079	Albstadt	2011	44.900
36	336050	Lörrach	2012	48.300
20	117026	Göppingen	2011	56.800
44	317096	Offenburg	2009	59.200
58	115045	Sindelfingen	2012	60.400
1	136088	Aalen	2011	66.100
33	335043	Konstanz	2011	84.600
18	116019	Esslingen	2011	91.800
49	231000	Pforzheim	2012	119.700
66	421000	Ulm	2011	122.800
22	221000	Heidelberg	2007	147.300
29	212000	Karlsruhe	2007	294.700
37	222000	Mannheim	2012	313.100
62	111000	Stuttgart	2010	606.500
32	111888	Kommunalverband für Jugend und Soziales	2012	

2011: 56 Doppiker, 19 LKR, 4 SKR, 33 kaGem
 neu 2012 37 (28 ka Gem, 2 SKR, 6 LKR, KVJS)
 93 Doppiker, 25 LKR, 6 SKR, 61 ka Gemeinden,
 2012: KVJS

Anlage 80: Gesprächsnotiz Herr Buuk

Evaluierung noch nicht umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz

Datum: 03.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Meßkirch, Herr Joachim Buuk, Kämmerer

Bis wann beabsichtigen Sie auf die Kommunale Doppik umzustellen?

So spät wie möglich, sprich 2020

Wie viel Zeit haben Sie für den Umstellungsprozess geplant?

Nichts geplant, weil NKHR sinnlos

Warum haben Sie bisher noch nicht umgestellt?

- Hoher Aufwand (auch Kosten)
- Zu wenig Personal
- Umstellung sinnlos, glaubt nicht, dass Vereinfachungen verabschiedet werden
- Bisherige Umstellungsfrist wäre nicht haltbar gewesen
- 1 Mitarbeiter befasst sich mit der Vermögensbewertung

Welche Vereinfachungen wären für Sie wünschenswert?

Umstellungsprozess

Echtbetrieb

Sonstiges

Kann sich keine Vereinfachungen vorstellen

Anlage 81: Gesprächsnotiz Herr Eißler

Evaluierung noch nicht umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz

Datum: 24.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Marbach, Herr Martin Eißler, Stellv. Amtsleiter Finanzverwaltung

Bis wann beabsichtigen Sie auf die Kommunale Doppik umzustellen?

Vorerst nicht, abwarten des Evaluationsprozesses

Wie viel Zeit haben Sie für den Umstellungsprozess geplant?

-

Warum haben Sie bisher noch nicht umgestellt?

- Einführung der gesplitteten Abwassergebühr hat ganze Konzentration benötigt
- Genanntes Wahlrecht im Koalitionsvertrag
- 3,50 € pro Einwohner im Jahr kostet laut gewissen Hochrechnungen die Umstellung, sprich 100.000€ für Marbach, dieses Geld wird einfach so „verbraten“
- Er weiß auch jetzt, dass für den Bereich Kigas ein Abmangel erwirtschaftet wird und er aber auch mit der Doppik daran nichts ändern kann, da die Regelsätze sich nach Landesrichtlinien bemessen.

Welche Vereinfachungen wären für Sie wünschenswert?

Umstellungsprozess

- Hat sich noch nicht tief genug damit beschäftigt.

Echtbetrieb

Sonstiges

Anlage 82: Gesprächsnotiz Herr Pautsch

Evaluierung noch nicht umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz

Datum: 23.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Veringenstadt, Herr Andreas Pautsch, Leiter Finanzwesen

Bis wann beabsichtigen Sie auf die Kommunale Doppik umzustellen?

2018/2019

Wie viel Zeit haben Sie für den Umstellungsprozess geplant?

4-5 Jahre

Warum haben Sie bisher noch nicht umgestellt?

- Aufgrund Ankündigung Wahlrecht im Koalitionsvertrag
- Die Evaluierung und anschließende Umsetzung (2 Jahre) abwarten
- Finanzierungsproblem

Welche Vereinfachungen wären für Sie wünschenswert?

Umstellungsprozess

- Bewertung der Straßen und der RAP Friedhof
- Vereinfachung für Straßen könnte so aussehen:
 $\text{km je Straße} * \text{Umrechnungsfaktor} = \text{durchschnittliche Gemeindestraße}$
 $\text{km-Zahl aus FAG-Angabe} * \text{Baupreisindex}$

Echtbetrieb

Sonstiges

- GPA soll konsequenter handeln.
- GPA soll Kommunen dazu zwingen wirklich zu unterscheiden was Investition- und Unterhaltungsmaßnahme ist.
- Bürgermeister würden nicht darauf achten, da nur wichtig ist, dass sie wiedergewählt werden.

Anlage 83: Gesprächsnotiz Herr Löffler

Evaluierung noch nicht umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz

Datum: 31.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Löchgau, Herr Marc Löffler, Kämmerer

Bis wann beabsichtigen Sie auf die Kommunale Doppik umzustellen?

2014/2015

Wie viel Zeit haben Sie für den Umstellungsprozess geplant?

2010 damit begonnen

Warum haben Sie bisher noch nicht umgestellt?

- Vermögensbewertung bereits abgeschlossen, aufwendig aber nicht schwierig

Welche Vereinfachungen wären für Sie wünschenswert?

Umstellungsprozess

Echtbetrieb

Sonstiges

Anlage 84: Gesprächsnotiz Herr Holz

Evaluierung noch nicht umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz

Datum: 31.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Pleidelsheim, Herr Alexander Holz, stellv. Leiter der Kämmerei

Bis wann beabsichtigen Sie auf die Kommunale Doppik umzustellen?

2020

Wie viel Zeit haben Sie für den Umstellungsprozess geplant?

Bisher noch nicht angefangen

Warum haben Sie bisher noch nicht umgestellt?

- Zu großer Aufwand
- Nicht zwingend umstellen gemusst

Welche Vereinfachungen wären für Sie wünschenswert?

Umstellungsprozess

- Bewertung von Straßen

Echtbetrieb

Sonstiges

- Umstellung nur für kostenrechnende Einrichtungen sinnvoll.

Anlage 85: Gesprächsnotiz Herr Hotz

Evaluierung bereits umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz:

Datum: 23.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Stetten am kalten Markt, Herr Peter Hotz, Kämmerer

Erstes doppisches Haushaltsjahr: 2006

Dauer des Umstellungsprozesses: 2005 SAP Beginn → ca. 1 Jahr

Welche Probleme sind während des Prozesses aufgetreten?

- Schwierige Entscheidung ob Haushalt produktbereichs- oder organisationsorientierte Gliederung

Was für gesetzliche Vereinfachungen würden Sie sich im Bezug auf ____ wünschen?

Umstellungsprozess

- War bei Bewertung und Erfassung des Anlagevermögens nicht dabei

Echtbetrieb

- Jahresrechnung
- Zu viel Anlagen zum Haushaltsplan (Reduzierung gewünscht)

Sonstiges

- UST wird in Stetten a.k.M. anders als mittlerweile vorgeschrieben abgebildet
- Umstellung war durch gute Betreuung von Rechenzentrum, GPA und der Stadtkasse Albstadt gut machbar
- Umstellung erfolgte mit Entwurfs-GemHVO
- In Stetten erfolgt kein konsolidierter Jahresabschluss, da es nur einen Eigenbetrieb (Wasserversorgung) gibt und der in Albstadt verrechnet wird.

Anlage 86: Gesprächsnotiz Herr Broll

Evaluierung bereits umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz:

Datum: 23.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Östringen, Herr Dominik Broll, Leitung Finanzverwaltung

Erstes doppisches Haushaltsjahr: 2007

Dauer des Umstellungsprozesses: 3-4 Jahre bis zum ersten Haushalt

(endgültige Umstellung bis 2013)

Welche Probleme sind während des Prozesses aufgetreten?

- EDV-Probleme, da Arbeit mit SAP-Pilot
- Unsicherheiten bei Vermögenserfassung und –bewertung, weil Arbeit mit Entwurfs-GemHVO

Was für gesetzliche Vereinfachungen würden Sie sich im Bezug auf ____ wünschen?

Umstellungsprozess

- Finanzrechnung soll abgeschafft werden und stattdessen auf Eigenbetriebsrecht anpassen
- Ausreichende Regelungen vorhanden, jedoch Personalbedarf höher

Echtbetrieb

- Konsolidierter Gesamtabchluss nicht nötig

Sonstiges

Anlage 87: Gesprächsnotiz Herr Thomann

Evaluierung bereits umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz:

Datum: 23.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Bad Krozingen, Christian Thomann, Fachbereichsleiter Rechnungsamt

Erstes doppisches Haushaltsjahr: 2009

Dauer des Umstellungsprozesses: 2006-2011

Welche Probleme sind während des Prozesses aufgetreten?

- Organisationsveränderungen sind aufgetreten
- Für Bewertung sind mindestens 2 Mitarbeiter zuständig gewesen
- Zur Erleichterung 410 €-Grenze eingeführt
- Gesetzliche Vorgaben gut

Was für gesetzliche Vereinfachungen würden Sie sich im Bezug auf ____ wünschen?

Umstellungsprozess

- Steuerung mit Kennzahlen nicht möglich, da zu aufwendig und zu kompliziert
- Führt zu Verwirrungen beim Gemeinderat, v.a. Haushaltsstellen
- Gesetz wird Schritt für Schritt umgesetzt
- Projekt mit Steinbeis-Stiftung für Verständlichkeit für den Gemeinderat: System zum Überwachen der Ziele und Kennzahlen (ab 2013)

Echtbetrieb

- Konsolidierter Jahresabschluss unsinnig

Sonstiges

- Zu große Abweichungen vom HGB
- Bewertung nach Wiederherstellungskosten ist unsinnig
- Liste seit 1974 mit Schulden u. Anlagevermögen
- im Vorbericht würden Schulden u. Vermögen der Kommune (inklusive Beteiligungen, Eigenbetriebe usw.) aufgeführt, Forderungen und Verbindlichkeiten nicht erwähnt, da sich diese aufrechnen, somit ist ein konsolidierter Jahresabschluss nicht notwendig

Anlage 88: Gesprächsnotiz Herr Weiss

Evaluierung bereits umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz:

Datum: 31.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Trossingen, Armin Weiss, Sachgebietsleiter Finanzen

Erstes doppeltes Haushaltsjahr: 2010

Dauer des Umstellungsprozesses: 2003, da verschieden Anbieter von Software

Welche Probleme sind während des Prozesses aufgetreten?

- Systematik von Kostenträger, bei 15.000 Einwohner Kommune ist diese Systematik nicht passend, Beispiel: Stadtbibliothek: Belletristik, Fachbücher usw. zu tief gegliedert, verursacht Aufwand und nicht immer Gliederung möglich
- Vermögensbewertung verlief gut
- 1 Mitarbeiter eingestellt

Was für gesetzliche Vereinfachungen würden Sie sich im Bezug auf ____ wünschen?

Umstellungsprozess

- Nicht schwierig

Echtbetrieb

- Kostenträger zu tief gegliedert

Sonstiges

- Kritik, dass auch die GPA noch ganz am Anfang steht

Anlage 89: Gesprächsnotiz Frau Koch

Evaluierung bereits umgestellter Kommunen

Gesprächsnotiz:

Datum: 03.08.2012

Name(Kommune/Ansprechpartner):

Sindelfingen, Frau Heike Koch, Projekt NKHR

Erstes doppisches Haushaltsjahr: 2012

Dauer des Umstellungsprozesses: techn. Umstellung 14 Monate

Welche Probleme sind während des Prozesses aufgetreten?

- Zeitdruck, da FIWES Classics nicht mehr weitergepflegt wird
- Technische Unterstützung war in Ordnung
- Verfügbares großes Team hat Umstellung erleichtert
- Bei Vermögensbewertung wurde jede gesetzliche Erleichterung in Anspruch genommen, gewissen Unschärfen werden in Kauf genommen
- Auf innere Verrechnung wurde bisher verzichtet

Was für gesetzliche Vereinfachungen würden Sie sich im Bezug auf ____ wünschen?

Umstellungsprozess

- Mehr Zeit

Echtbetrieb

- Noch keine Aussage darüber machbar

Sonstiges

Anlage 90: Beschlussniederschrift Innenministerkonferenz 2003

Beschlussniederschrift

über die 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren
der Länder

am 21. November 2003 in Jena

- 1 -

TOP 26: Reform des Gemeindehaushaltsrechts;

Von einem zahlungsorientierten zu einem ressourcenorientierten Haushalts- und Rechnungswesen

Berichterstattung: Baden-Württemberg

Hinweis: AK III am 24./26.10.00 zu TOP 6.1, 6.2

IMK am 23./24.11.00 TOP 36.2

AK III am 10./11.10.02 zu TOP 6

AK III am 28./29.04.03 zu TOP 6

AK III am 16./17.10.03 zu TOP 10

Veröffentlichung: Freigabe Beschluss und Bericht mit Anlagen

Az: VIII F 1.3

Beschluss:

1. Die IMK nimmt den Bericht zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts mit den beigefügten

Anlagen zustimmend zur Kenntnis. Auf der Grundlage der IMK-Beschlüsse

- vom 11.06.1999 über die „Konzeption zur Reform des kommunalen
Haushaltsrechts“

und

- vom 24.11.2000 über Eckpunkte für die Reform des kameralistischen Haushalts-
und

Rechnungssystems sowie Eckpunkte für ein kommunales Haushalts- und
Rechnungssystem

auf der Grundlage der doppelten Buchführung

Beschlussniederschrift

über die 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren
der Länder

am 21. November 2003 in Jena

- 2 -

noch TOP 26

soll durch die Reform des Gemeindehaushaltsrechts

- das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der bislang
zahlungsorientierten

Darstellungsform auf eine ressourcenorientierte Darstellung umgestellt und

- die Steuerung der Kommunalverwaltungen statt durch die herkömmliche
Bereitstellung

von Ausgabeermächtigungen (Inputsteuerung) durch die Vorgabe von Zielen
für die kommunalen Dienstleistungen (Outputsteuerung) ermöglicht werden.

Die IMK geht davon aus, dass die Reform des kommunalen Haushaltsrechts einen
grundlegenden

Wandel der kommunalen Haushaltswirtschaft und der Kommunalverwaltungen bewirken wird.

2. Die IMK empfiehlt, die vom AK III vorgelegten Textentwürfe für die Reform des kommunalen

Haushaltsrechts

- Gemeindehaushaltsverordnung für ein doppeltes Haushalts- und Rechnungswesen,

- Gemeindehaushaltsverordnung für die erweiterte kameralistische Buchführung,

- Produktrahmen mit Erläuterungen,

- Empfehlung für Kontenrahmen,

zur Grundlage bei der Umsetzung in den Ländern zu machen.

Sie betont, dass die Regelungsvorschläge für länderspezifische Gegebenheiten und konzeptionelle

Unterschiede Raum lassen. Es besteht Übereinstimmung, dass länderspezifische Abweichungen nicht die Grundzüge der Einheitlichkeit des kommunalen Haushaltsrechts

in Frage stellen sollen.

Beschlussniederschrift

über die 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

am 21. November 2003 in Jena

- 3 -

noch TOP 26

3. Die IMK nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass zur Begleitung des Normregelungsverfahrens

beim Unterausschuss „Kommunale Wirtschaft und Finanzen“ des AK III eine „Arbeitsgruppe Haushaltsrecht“ eingerichtet worden ist.

4. Der Vorsitzende wird gebeten, den Beschluss und Bericht dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz

mit der Bitte zuzuleiten, der IMK die Haltung der FMK zu der skizzierten Reform des Gemeindehaushaltsrechts zu übermitteln.

Protokollnotiz RP:

Rheinland-Pfalz trägt den aus dem „Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit“ abgeleiteten

Deckungsgrundsatz für den Haushaltsausgleich nicht mit. Stattdessen sei lediglich zu fordern,

überproportionale Lasten nicht auf zukünftige Generationen zu verlagern. Aus dieser Forderung

könne im Umkehrschluss keinesfalls gefordert werden, dass ein bestimmtes Maß an

Vorteilen von Generation zu Generation weitergegeben werden müsse. Gerade aufgrund der

gesellschaftlichen Strukturentwicklung komme dem Ressourcenverbrauch, soweit er über die

abgabenrechtlich normierten Abschreibungen hinaus in anderen Abschreibungen zum Ausdruck

kommt, eine andere Qualität zu. Im Hinblick auf den Deckungsgrundsatz seien letztlich

die Abschreibungen außerhalb der abgabenrechtlich normierten Bereiche von einer obligatorischen Verpflichtung der Deckung durch laufende Erträge auszunehmen; eine fakultative Einbeziehung

aufgrund jeweils landesinternen Entscheidung oder auch „freiwillige“ Deckung durch die Kommunen selbst stehe dem nicht entgegen.

Protokollnotiz SH:

Schleswig- Holstein weist auf folgendes hin:

1. Ein doppeltes Haushalts- und Rechnungswesen führt im Vergleich zum derzeitigen kameralen Haushalts- und Rechnungswesen zu einem deutlich höheren Verwaltungsaufwand. Dies gilt – etwas abgeschwächt – auch für den Leitentwurf für eine erweiterte Kameralistik mit vollständiger Vermögenserfassung und –bewertung sowie flächendeckender Berücksichtigung der Abschreibungen. Kommunen könnten dies als einen neuen Standard ansehen, der sie nicht nur verwaltungsmäßig, sondern auch kostenmäßig belastet.

Eine Forderung nach finanziellem Ausgleich kann nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere für kleinere Gemeinden, bei denen der Nutzen durch die erhöhte

Transparenz durch die Ausweisung des Ressourcenverbrauchs relativ gering ist. Vor diesem

Hintergrund ist auch die zurückhaltende Einlassung der kommunalen Spitzenverbände

in Ziffer 3.5 nachvollziehbar.

Beschlussniederschrift

über die 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

am 21. November 2003 in Jena

- 4 -

noch TOP 26

2. Der Schulungs- und Fortbildungsbedarf des Personals ist erheblich.

3. Beide Leitentwürfe für ein neues kommunales Haushaltsrecht weisen den Ressourcenverbrauch

durch flächendeckende Berücksichtigung der Abschreibungen unter Einbeziehung der Zuführungen zu Rückstellungen/Rücklagen für ungewisse Verbindlichkeiten und Aufwendungen aus. Im Vergleich zum derzeitigen kameralen Haushalts- und Rechnungswesen

führt das zu einer Verschlechterung des ausgewiesenen Haushaltsergebnisses (Anmerkung: Eine Belastung der Liquiditätslage der Kommunen ergibt sich nicht.) Die

Zahl der Kommunen mit unausgeglichenem Haushalt wird zunehmen.

Gleichzeitig wird

erstmalig das gesamte Vermögen der Kommunen und deren

Eigenkapitalausstattung offengelegt.

Auf mögliche Diskussionen über die Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen wird hingewiesen.

4. Es gibt nur wenige Kommunen, die bereits einen Abschluss entsprechend den Leitentwürfen

vorgelegt haben. Angaben über die Höhe der zu erwartenden Verschlechterung der ausgewiesenen Haushaltsergebnisse durch die Systemumstellung lassen sich daher nicht machen. Dies gilt auch für die Höhe des Vermögens und der Eigenkapitalausstattung der Kommunen.

Anlage 91: Beschluss Hessen

18. Wahlperiode

Drucksache **18/4031****HESSISCHER LANDTAG**

10. 05. 2011

Gesetzentwurf**der Fraktionen der CDU und der FDP****für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung
und anderer Gesetze****II. Zum kommunalen Haushaltsrecht**

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) ist u.a. das Gemeindehaushaltsrecht modernisiert worden. Zum 1. Januar 2009 hatten 424 von 426 Städten und Gemeinden, alle Landkreise und die beiden höheren Kommunalverbände ihre Haushaltswirtschaft auf die Grundsätze der doppelten Buchführung umgestellt. Dieses überwältigende Votum für das System der sog. Doppik spricht dafür, diese Systematik zum ausschließlich zulässigen System zu bestimmen. Den beiden kreisangehörigen Städten und den Verbänden, die sich für die erweiterte Kameralistik entschieden haben, wird ein ausreichender Zeitraum für die notwendigen Umstellungsarbeiten eingeräumt.

Zu Art. 1 Nr. 26 (§ 92 HGO):

Zu Buchst. a:

Zum 1. Januar 2009 hatten 424 von 426 Gemeinden, alle Landkreise, der LWV und der Planungsverband in Ausübung des in § 92 Abs. 3 HGO normierten Wahlrechts ihre Haushaltswirtschaft auf die Grundsätze der doppelten Buchführung umgestellt. Es erscheint nicht gerechtfertigt, für die Haushaltsführung von lediglich zwei kreisangehörigen Gemeinden ein sehr umfangreiches Regelwerk vorzuhalten. Deshalb soll die doppelte Buchführung (Doppik) zur ausschließlich zulässigen Haushaltssystematik bestimmt werden. Wegen der Verweisungen in § 18 Abs. 1 KGG und § 2 Abs. 1 HWVG auf das Gemeindefinanzwirtschaftsrecht sind davon auch die Zweckverbände und die Wasser- und Bodenverbände betroffen. Diesen Gemeinden und Verbänden soll ein ausreichender Zeitraum von drei Jahren für die notwendigen Umstellungsmaßnahmen eingeräumt werden (vgl. Art. 16 – Übergangsvorschriften

Anlage 92: Landkreisnachrichten 03/2011

http://www.landkreistag-bw.de/aktuell/zeit/2011/mat/LKN3_11_186_188.pdf

Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) in den Landkreisen von Baden-Württemberg

Von Bernd Klee, Stuttgart

Der Landtag von Baden-Württemberg hat am 22. April 2009 das Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen. Das Gesetz ist rückwirkend zum 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Mit der Änderung der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und weiteren haushaltsrechtlichen Gesetzen wurde auch in Baden-Württemberg die Grundlage für die Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens für alle Städte, Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände u. a. spätestens ab 2016 geschaffen. Die (damaligen) Entwürfe der Gemeindehaushaltsverordnung und Gemeindekassenverordnung wurden auf Arbeitsebene vielfach diskutiert. Es konnte erreicht werden, dass der Landkreistag, der Städtetag und der Gemeindetag eine gemeinsame Stellungnahme am 7. August 2009 abgegeben haben. In der endgültigen Gemeindehaushaltsverordnung vom 11. Dezember 2009, die zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist, konnte eine Vielzahl an Forderungen der Landkreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Das Innenministerium und die kommunalen Landesverbände haben in einem konstruktiven Dialog eine gute Voraussetzung dafür geschaffen, dass das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen in Baden-Württemberg umgesetzt werden kann. Durch den Erlass der Verwaltungsvorschrift Produkt- und Kontenrahmen vom 11. März 2011 liegen sämtliche rechtlichen Grundlagen zum NKHR in Baden-Württemberg vor.

1. Ziele der Reform

Hauptziel des neuen Haushalts- und Rechnungswesens ist die Darstellung des Ressourcenverbrauchs durch eine Gegenüberstellung von Aufwand (Ressourcenverbrauch) und Ertrag (Ressourcenaufkommen). Auf der Grundlage des Prinzips der intergenerativen Gerechtigkeit folgt, dass „jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen mittels Entgelten oder Abgaben wieder ersetzen soll“. Dies wird durch die Verpflichtung zur Einhaltung des Haushaltsausgleichs konkretisiert. Die Basis bildet die Doppik (kaufmännische Buchführung), da diese das Ressourcenverbrauchskonzept eher erfüllt, einen konsolidierten Gesamtabschluss aller Aktivitäten einer Kommune auch mit deren ausgelagerten Bereichen eher ermöglicht und sich auch in anderen EU-Staaten überwiegend durchgesetzt hat. Die Bestandteile des neuen Haushalts- und Rechnungswesens sind der Haushaltsplan und die Jahresrechnung. Der Inhalt des bisherigen kameralen Verwaltungshaushalts (konsumtive Einnahmen und Ausgaben) wird künftig in den doppischen Ergebnishaushalt dargestellt.

Dabei werden die Rechnungsgrößen Aufwand und Ertrag zugrunde gelegt. Der Inhalt des seitherigen Vermögenshaushaltes, also die Abwicklung der Investitionen und deren Finanzierung (Eigenfinanzierung, Zuweisungen und Kredite) erfolgt im Finanzhaushalt. Sowohl der Ergebnishaushalt als auch der Finanzhaushalt werden in Teilhaushalte gegliedert, die entweder nach Produktgruppen oder organisationsbezogen bzw. kombiniert aufgestellt werden. Künftig wird eine Definition und Beschreibung von örtlichen Produkten einschließlich der Steuerung mit Ziel und Kennzahlen erfolgen. Die Jahresrechnung besteht aus einer vollständigen Bilanz mit einer Ergebnis- und Finanzrechnung.

Bei der Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens handelt es sich nicht nur um die „bloße Umstellung“ des Buchungsstils von der Kameralistik zur Doppik. Vielmehr soll durch die Darstellung sämtlicher Ressourcenverbräuche und damit auch des Vermögensverzehrs in Form von Abschreibungen und Rückstellungen die finanzielle Situation der Kommunen transparent und (wie in privaten und öffentlichen Betrieben auch) *vollständig* dargestellt werden. Zur Darstellung des Ressourcenverbrauchs in Form von Aufwendungen und Erträgen gehören auch die Abschreibungen und die Rückstellungen. Aus diesen Grundüberlegungen folgt, dass neue Anforderungen an den Haushaltsausgleich gestellt werden müssen. Bisher galt ein Haushalt dann als ausgeglichen, wenn im Verwaltungshaushalt ein Überschuss erzielt wurde, der mindestens so hoch war wie die ordentlichen Tilgungsleistungen im Vermögenshaushalt. Künftig ist der Haushaltsausgleich dann gewährleistet, wenn sämtliche Aufwendungen (einschließlich Abschreibungen) durch gleich hohe Erträge finanziert werden können. Dies gilt in jedem Privatunternehmen einschließlich der Eigenbetriebe und Gesellschaften und sollte auch für die öffentliche Finanzwirtschaft gelten. Damit wird der Haushaltsausgleich allerdings nicht automatisch schwieriger, vielmehr ist der Einzelfall entscheidend. Die Tilgungsleistungen für die Kredite sind für den künftigen Haushaltsausgleich nicht mehr relevant. Auch fallen auf Grundstücke und Beteiligungen keine Abschreibungen an. Dagegen können die Auflösungen aus erhaltenen Zuweisungen und Ertragszuschüssen entgegengerechnet werden. Eine Umfrage

hat ergeben, dass der Haushaltsausgleich nach Umstellung auf das neue Rechnungswesen sich bei der überwiegenden Anzahl der Landkreise in Baden-Württemberg *nicht* schwieriger gestaltet. Dies ist immer der Fall, wenn die Abschreibungen abzüglich der Auflösungen der Ertragszuschüsse nicht viel höher ausfallen als die ordentlichen Tilgungsleistungen bzw. wenn entsprechende Nettoinvestitionsraten vorliegen. Weitere Ausführungen zu den Auswirkungen der Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens auf den Haushaltsausgleich können auch aus dem Beitrag des Rhein-Neckar-Kreises in dieser Ausgabe entnommen werden.

2. Umsetzung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Baden-Württemberg

Den Pilot-Landkreisen 2009 (Böblingen, Enzkreis und Ravensburg) sind zum 1. Januar 2010 weitere acht Landkreise (Calw, Freudenstadt, Karlsruhe, Konstanz, Neckar-Odenwald-Kreis, Rastatt, Rems-Murr-Kreis und Rhein-Neckar-Kreis) gefolgt. Zum 1. Januar 2011 haben weitere acht Landkreise auf das NKHR umgestellt. Dies sind im Einzelnen Heilbronn, Hohenlohekreis, Lörrach, Main-Tauber-Kreis, Ortenaukreis, Reutlingen, Schwäbisch Hall und Waldshut. Damit haben zum jetzigen Zeitpunkt insgesamt neunzehn Landkreise und damit mehr als die Hälfte in Baden-Württemberg auf das NKHR umgestellt. Im Jahr 2012 werden weitere sechs Landkreise und im Jahr 2013 voraussichtlich weitere sieben Landkreise folgen. **3. (Kein) Wahlrecht von Doppik und Kameralistik**

Einleitend ist ausgeführt, dass derzeit sämtliche rechtliche Voraussetzungen für die Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens auf doppischer Grundlage vorliegen. Der Landkreistag, der Städtetag und die Gemeindeprüfungsanstalt u. a. haben sich zwischenzeitlich schriftlich gegen das in der Koalitionsvereinbarung aufgenommene Wahlrecht ausgesprochen. Der Mehrwert des neuen Haushaltsrechts liegt vor allem darin, dass der vollständige Ressourcenverbrauch sichtbar wird. Durch die neuen Haushaltsausgleichsregelungen mit der Erwirtschaftung der Abschreibungen und der Rückstellungen wird die Grundlage für eine solide und nachhaltige Finanzwirtschaft der Kommunen in Baden-Württemberg geschaffen. Mit dem neuen Rechnungswesen

steht auch eine aussagekräftigere Datengrundlage für neue Steuerungsinstrumente zur Verfügung. Dadurch können auch in den Kommunen in größerem Maße betriebswirtschaftliche Instrumente und Standardprogramme eingesetzt werden. Die Aussage der bisherigen neunzehn Landkreise, die auf das NKHR umgestellt haben, sind weit überwiegend positiv und die Vorteile des NKHR durch die Ausweisung des vollständigen Ressourcenverbrauchs und einer größeren Transparenz werden sichtbar. Aus diesen Gründen sollte das im Koalitionsvertrag vorgesehene Wahlrecht *nicht* umgesetzt werden. Der Aufwand für die Umstellung der Buchführung und des Rechnungswesens, der nicht unterschätzt werden sollte, ist notwendig, aber machbar. Für kleinere Kommunen könnte zur Vereinfachung beispielsweise ein vereinfachtes Vorgehensmodell auf der Basis der bestehenden Regelungen entwickelt werden.

Ein nachträgliches Wahlrecht würde einerseits bei vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen, die bereits umgestellt haben oder sich momentan in der Umstellungsphase befinden, zu erheblichen Irritationen führen.

Andererseits würde auch die Gesamtschau und die Vergleichbarkeit aller Kommunen verloren gehen und zu folgenden Nachteilen führen:

- ☉ Das Ressourcenverbrauchskonzept und damit die Output-Steuerung würden nicht einheitlich umgesetzt. Bei der bisherigen Kameralistik würde es keine Output-Steuerung und damit weniger Steuerungsmöglichkeiten zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit geben.
- ☉ Ein Konzernabschluss aller Aktivitäten einer Gemeinde bzw. eines Kreises wäre äußerst schwierig.
- ☉ Eine einheitliche Aus- und Fortbildung würde nicht mehr möglich sein, da an den beiden Hochschulen für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg und Kehl seit geraumer Zeit keine Kameralistik mehr gelehrt wird.
- ☉ Es käme zu erheblichen Kostensteigerungen durch völlig unterschiedliche Vorgaben für die EDV. Diese Mehrkosten könnten eingespart werden.
- ☉ Die Rechtsaufsicht könnte nicht einheitlich ausgeübt werden. Gerade die unterschiedlichen Regelungen des Haushaltsausgleichs würden zu einer „Zweiklassengesellschaft“ führen.
- ☉ Ein Vergleich zwischen den Kommunen (innerhalb und außerhalb von Baden-Württemberg) wäre äußerst

schwierig.

⑥ Die Statistik und der Finanzausgleich einschließlich Ausgleichstock würden erheblich erschwert, da kein einheitlicher Buchungsstoff zugrunde läge.

⑥ Bei einer EU-weiten Vorgabe zur Einführung der Doppik müssten die kommunal geführten Kommunen ohnehin umstellen. Die Wahrscheinlichkeit für eine solche Vorgabe ist nicht unerwartet, zumal bereits heute (noch unverbindliche) Regelungen für das öffentliche Rechnungswesen bestehen (so genannte IPSAS).

Es bleibt zu hoffen, dass die bisherigen überwiegend positiven Erfahrungen aus der Praxis und die oben aufgeführten Argumente die Landesregierung überzeugen, von der Einführung eines nachträglichen Wahlrechts Abstand zu nehmen.

Bernd Klee ist Personal- und Finanzdezernent
in der Geschäftsstelle des Landkreistags
Baden-Württemberg

Anlage 93: Email Frau Schenk

Schenk, Birgit [schenk@hs-ludwigsburg.de]

Mittwoch, 27. Juni 2012 15:30

An: Lohr, Elisabeth

Cc: Buttler, Walter [Buttler@hs-ludwigsburg.de]

Guten Tag, Frau Lohr,

in Kehl wird im Vertiefungsbereich Kameralistik gelehrt, im Grundstudium nicht. Ähnlich ist es auch bei uns. Zusätzlich wird bei uns im Hause über Fachprojekt/Proseminar „Wir stellen um“ im Grundstudium dies Wissen vermittelt.

Ein Positionspapier unserer Kollegen im Hause, ist mir nicht bekannt. Da kann Ihnen sicher Hr. Buttler weiterhelfen, sollte es eines geben.

Sollten sich aus dem Wahlrecht Veränderungen für die grundständigen Module ergeben, werden diese wie auch bei anderen grundlegenden Änderungen im Grundstudium in Absprache mit Kehl erfolgen.

Freundliche Grüße

Birgit Schenk

Anlage 94: Übersicht Einwohner Kommunen Baden-Württemberg

Name	Status	Kreis	Einw.
Emeringen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	132
Börslingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	178
Grundstheim	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	186
Unterwachingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	203
Breitingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	262
Rechtenstein	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	263
Holzkirch	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	269
Hausen am Bussen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	275
Nerenstetten	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	342
Öllingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	517
Altheim	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	582
Lauterach	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	591
Setzingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	626
Ballendorf	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	664
Unterstadion	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	728
Neenstetten	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	827
Emerkingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	852
Untermarchtal	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	933
Asselfingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1011
Griesingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1061
Obermarchtal	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1244
Rammingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1263
Weidenstetten	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1268
Schnürpflingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1330
Hüttisheim	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1368
Oberstadion	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1577
Altheim (Alb)	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1761
Merklingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1871
Nellingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1889
Berghülen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1901
Balzheim	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	1993
Oberdischingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2014
Bernstadt	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2082
Rottenacker	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2130
Westerstetten	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2203
Öpfingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2293
Beimerstetten	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2526

Heroldstatt	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2672
Westerheim	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	2864
Staig	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	3136
Illerrieden	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	3367
Amstetten	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	3940
Allmendingen	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	4441
Lonsee	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	4702
Illerkirchberg	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	4778
Munderkingen	Stadt	Alb-Donau-Kreis	4912
Dietenheim	Stadt	Alb-Donau-Kreis	6588
Schelklingen	Stadt	Alb-Donau-Kreis	7072
Dornstadt	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	8408
Laichingen	Stadt	Alb-Donau-Kreis	10867
Blaubeuren	Stadt	Alb-Donau-Kreis	11815
Erbach	Stadt	Alb-Donau-Kreis	13218
Langenau	Stadt	Alb-Donau-Kreis	14516
Blaustein	Gemeinde	Alb-Donau-Kreis	15489
	Große		
Ehingen (Donau)	Kreisstadt	Alb-Donau-Kreis	25670
Baden-Baden	Stadtkreis	Baden-Baden	54445
Moosburg	Gemeinde	Biberach	173
Seekirch	Gemeinde	Biberach	287
Allmannsweiler	Gemeinde	Biberach	304
Dürnau	Gemeinde	Biberach	454
Kanzach	Gemeinde	Biberach	464
Alleshausen	Gemeinde	Biberach	490
Tiefenbach	Gemeinde	Biberach	525
Betzenweiler	Gemeinde	Biberach	698
Oggelshausen	Gemeinde	Biberach	895
Wain	Gemeinde	Biberach	1539
Erlenmoos	Gemeinde	Biberach	1657
Attenweiler	Gemeinde	Biberach	1736
Gutenzell-Hürbel	Gemeinde	Biberach	1827
Kirchberg an der Iller	Gemeinde	Biberach	1910
Steinhausen an der Rottum	Gemeinde	Biberach	1921
Hochdorf	Gemeinde	Biberach	2139
Altheim	Gemeinde	Biberach	2267
Tannheim	Gemeinde	Biberach	2331
Dettingen an der Iller	Gemeinde	Biberach	2336
Unlingen	Gemeinde	Biberach	2429

Dürmentingen	Gemeinde	Biberach	2587
Ingoldingen	Gemeinde	Biberach	2630
Berkheim	Gemeinde	Biberach	2668
Erolzheim	Gemeinde	Biberach	3185
Kirchdorf an der Iller	Gemeinde	Biberach	3470
Langenenslingen	Gemeinde	Biberach	3560
Uttenweiler	Gemeinde	Biberach	3570
Burgrieden	Gemeinde	Biberach	3619
Bad Buchau	Stadt	Biberach	3991
Mittelbiberach	Gemeinde	Biberach	4030
Mietingen	Gemeinde	Biberach	4073
Eberhardzell	Gemeinde	Biberach	4160
Achstetten	Gemeinde	Biberach	4175
Ummendorf	Gemeinde	Biberach	4353
Maselheim	Gemeinde	Biberach	4373
Rot an der Rot	Gemeinde	Biberach	4423
Warthausen	Gemeinde	Biberach	5008
Ertingen	Gemeinde	Biberach	5394
Schwendi	Gemeinde	Biberach	6226
Schemmerhofen	Gemeinde	Biberach	7741
Bad Schussenried	Stadt	Biberach	8464
Ochsenhausen	Stadt	Biberach	8799
Riedlingen	Stadt	Biberach	10241
Laupheim	Stadt	Biberach	19796
	Große		
Biberach an der Riß	Kreisstadt	Biberach	32394
Deckenpfronn	Gemeinde	Böblingen	3168
Hildrizhausen	Gemeinde	Böblingen	3593
Mötzingen	Gemeinde	Böblingen	3678
Altdorf	Gemeinde	Böblingen	4544
Nufringen	Gemeinde	Böblingen	5389
Bondorf	Gemeinde	Böblingen	5861
Steinenbronn	Gemeinde	Böblingen	6089
Grafenau	Gemeinde	Böblingen	6516
Weissach	Gemeinde	Böblingen	7398
Jettingen	Gemeinde	Böblingen	7571
Ehningen	Gemeinde	Böblingen	7903
Waldenbuch	Stadt	Böblingen	8527
Magstadt	Gemeinde	Böblingen	8793
Aidlingen	Gemeinde	Böblingen	9033
Gäufelden	Gemeinde	Böblingen	9312

Schönaich	Gemeinde	Böblingen	9679
Weil im Schönbuch	Gemeinde	Böblingen	9777
Rutesheim	Stadt	Böblingen	10249
Gärtringen	Gemeinde	Böblingen	12116
Holzgerlingen	Stadt	Böblingen	12722
Renningen	Stadt	Böblingen	17291
Weil der Stadt	Stadt	Böblingen	18864
Herrenberg	Große Kreisstadt	Böblingen	31292
Leonberg	Große Kreisstadt	Böblingen	45098
Böblingen	Große Kreisstadt	Böblingen	46488
Sindelfingen	Große Kreisstadt	Böblingen	60445
Stetten	Gemeinde	Bodenseekreis	987
Hagnau am Bodensee	Gemeinde	Bodenseekreis	1450
Daisendorf	Gemeinde	Bodenseekreis	1576
Sipplingen	Gemeinde	Bodenseekreis	2080
Neukirch	Gemeinde	Bodenseekreis	2659
Frickingen	Gemeinde	Bodenseekreis	2745
Heiligenberg	Gemeinde	Bodenseekreis	2819
Bermatingen	Gemeinde	Bodenseekreis	3871
Owingen	Gemeinde	Bodenseekreis	4226
Deggenhausertal	Gemeinde	Bodenseekreis	4298
Oberteuringen	Gemeinde	Bodenseekreis	4495
Eriskirch	Gemeinde	Bodenseekreis	4542
Meersburg	Stadt	Bodenseekreis	5625
Immenstaad am Bodensee	Gemeinde	Bodenseekreis	6083
Langenargen	Gemeinde	Bodenseekreis	7803
Uhdlingen-Mühlhofen	Gemeinde	Bodenseekreis	7910
Kressbronn am Bodensee	Gemeinde	Bodenseekreis	8159
Salem	Gemeinde	Bodenseekreis	11164
Markdorf	Stadt	Bodenseekreis	12963
Meckenbeuren	Gemeinde	Bodenseekreis	13444
Tettngang	Stadt	Bodenseekreis	18648
Überlingen	Große Kreisstadt	Bodenseekreis	21818

Friedrichshafen	Große Kreisstadt	Bodenseekreis	59002
Heuweiler	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1067
Horben	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1100
Sölden	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1167
Au	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1453
Wittnau	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1461
Feldberg (Schwarzwald)	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1841
St. Märgen	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1885
Friedenweiler	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1949
Breitnau	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	1958
Eisenbach (Hochschwarzwald)	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2149
Bollschweil	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2281
Ballrechten-Dottingen	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2303
Eschbach	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2416
Auggen	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2479
Pfaffenweiler	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2502
Schluchsee	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2538
St. Peter	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2547
Merdingen	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2558
Gottenheim	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2608
Hinterzarten	Gemeinde	Breisgau- Hochschwarzwald	2627

Sulzburg	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	2742
Ebringen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	2771
Oberried	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	2815
Glottertal	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	3025
Buchenbach	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	3195
Eichstetten am Kaiserstuhl	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	3321
Buggingen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	3901
Badenweiler	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	3907
Stegen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	4311
Hartheim	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	4645
Merzhausen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	4824
Lenzkirch	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	5033
Münstertal/Schwarzwald	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	5155
Umkirch	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	5217
Bötzingen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	5351
Vogtsburg im Kaiserstuhl	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	5680
Ihringen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	5912
Schallstadt	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	6013
Heitersheim	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	6018
Ehrenkirchen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	7270
Staufen im Breisgau	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	7628

Löffingen	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	7657
March	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	8754
Kirchzarten	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	9770
Gundelfingen	Gemeinde	Breisgau-Hochschwarzwald	11640
Titisee-Neustadt	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	11856
Neuenburg am Rhein	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	12028
Breisach am Rhein	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	14505
Bad Krozingen	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	17063
Müllheim	Stadt	Breisgau-Hochschwarzwald	18370
Enzklösterle	Gemeinde	Calw	1186
Höfen an der Enz	Gemeinde	Calw	1651
Rohrdorf	Gemeinde	Calw	1909
Egenhausen	Gemeinde	Calw	1913
Simmersfeld	Gemeinde	Calw	2148
Unterreichenbach	Gemeinde	Calw	2247
Dobel	Gemeinde	Calw	2251
Ostelsheim	Gemeinde	Calw	2439
Oberreichenbach	Gemeinde	Calw	2810
Simmozheim	Gemeinde	Calw	2814
Bad Teinach-Zavelstein	Stadt	Calw	2953
Neuweiler	Gemeinde	Calw	3112
Gechingen	Gemeinde	Calw	3774
Ebhausen	Gemeinde	Calw	4755
Neubulach	Stadt	Calw	5532
Haiterbach	Stadt	Calw	5700
Bad Herrenalb	Stadt	Calw	7330
Althengstett	Gemeinde	Calw	7885
Schömborg	Gemeinde	Calw	8521
Bad Liebenzell	Stadt	Calw	9313
Wildberg	Stadt	Calw	9889
Bad Wildbad	Stadt	Calw	10521
Altensteig	Stadt	Calw	10846

Nagold	Große Kreisstadt	Calw	22542
Calw	Große Kreisstadt	Calw	23230
Forchheim	Gemeinde	Emmendingen	1227
Biederbach	Gemeinde	Emmendingen	1749
Weisweil	Gemeinde	Emmendingen	2126
Winden im Elztal	Gemeinde	Emmendingen	2828
Vörstetten	Gemeinde	Emmendingen	2955
Malterdingen	Gemeinde	Emmendingen	3017
Simonswald	Gemeinde	Emmendingen	3019
Reute	Gemeinde	Emmendingen	3052
Sexau	Gemeinde	Emmendingen	3245
Sasbach am Kaiserstuhl	Gemeinde	Emmendingen	3377
Rheinhausen	Gemeinde	Emmendingen	3443
Wyhl am Kaiserstuhl	Gemeinde	Emmendingen	3612
Riegel am Kaiserstuhl	Gemeinde	Emmendingen	3645
Bahlingen am Kaiserstuhl	Gemeinde	Emmendingen	3964
Freiamt	Gemeinde	Emmendingen	4217
Gutach im Breisgau	Gemeinde	Emmendingen	4457
Elzach	Stadt	Emmendingen	6950
Endingen am Kaiserstuhl	Stadt	Emmendingen	9104
Kenzingen	Stadt	Emmendingen	9232
Herbolzheim	Stadt	Emmendingen	9947
Teningen	Gemeinde	Emmendingen	11733
Denzlingen	Gemeinde	Emmendingen	13712
Waldkirch	Große Kreisstadt	Emmendingen	20857
Emmendingen	Große Kreisstadt	Emmendingen	26874
Mönsheim	Gemeinde	Enzkreis	2680
Wimsheim	Gemeinde	Enzkreis	2687
Sternenfels	Gemeinde	Enzkreis	2775
Kieselbronn	Gemeinde	Enzkreis	2990
Wurmberg	Gemeinde	Enzkreis	3014
Ölbronn-Dürrn	Gemeinde	Enzkreis	3429
Friolzheim	Gemeinde	Enzkreis	3629
Engelsbrand	Gemeinde	Enzkreis	4260

Eisingen	Gemeinde	Enzkreis	4485
Ötisheim	Gemeinde	Enzkreis	4819
Tiefenbronn	Gemeinde	Enzkreis	5293
Neuhausen	Gemeinde	Enzkreis	5307
Heimsheim	Stadt	Enzkreis	5439
Ispringen	Gemeinde	Enzkreis	5979
Kämpfelbach	Gemeinde	Enzkreis	6208
Wiernsheim	Gemeinde	Enzkreis	6442
Maulbronn	Stadt	Enzkreis	6514
Neulingen	Gemeinde	Enzkreis	6615
Illingen	Gemeinde	Enzkreis	7131
Neuenbürg	Stadt	Enzkreis	7518
Knittlingen	Stadt	Enzkreis	7617
Keltern	Gemeinde	Enzkreis	9006
Königsbach-Stein	Gemeinde	Enzkreis	9772
Birkenfeld	Gemeinde	Enzkreis	10600
Straubenhardt	Gemeinde	Enzkreis	10765
Remchingen	Gemeinde	Enzkreis	11713
Niefern-Öschelbronn	Gemeinde	Enzkreis	11857
	Große		
Mühlacker	Kreisstadt	Enzkreis	25369
Altdorf	Gemeinde	Esslingen	1484
Ohmden	Gemeinde	Esslingen	1722
Schlaitdorf	Gemeinde	Esslingen	1783
Neidlingen	Gemeinde	Esslingen	1818
Altenriet	Gemeinde	Esslingen	1933
Erkenbrechtsweiler	Gemeinde	Esslingen	2102
Holzmaden	Gemeinde	Esslingen	2131
Kohlberg	Gemeinde	Esslingen	2277
Lichtenwald	Gemeinde	Esslingen	2441
Bempflingen	Gemeinde	Esslingen	3348
Beuren	Gemeinde	Esslingen	3359
Owen	Stadt	Esslingen	3449
Bissingen an der Teck	Gemeinde	Esslingen	3523
Notzingen	Gemeinde	Esslingen	3552
Neckartailfingen	Gemeinde	Esslingen	3771
Großbettlingen	Gemeinde	Esslingen	4181
Unterensingen	Gemeinde	Esslingen	4577
Hochdorf	Gemeinde	Esslingen	4693
Oberboihingen	Gemeinde	Esslingen	5387
Baltmannsweiler	Gemeinde	Esslingen	5554

Dettingen unter Teck	Gemeinde	Esslingen	5698
Altbach	Gemeinde	Esslingen	5840
Neckartenzlingen	Gemeinde	Esslingen	6150
Neuffen	Stadt	Esslingen	6164
Wolfschlugen	Gemeinde	Esslingen	6309
Deizisau	Gemeinde	Esslingen	6420
Aichwald	Gemeinde	Esslingen	7558
Reichenbach an der Fils	Gemeinde	Esslingen	7936
Lenningen	Gemeinde	Esslingen	8177
Frickenhäuser	Gemeinde	Esslingen	8760
Weilheim an der Teck	Stadt	Esslingen	9431
Köngen	Gemeinde	Esslingen	9613
Aichtal	Stadt	Esslingen	9642
Denkendorf	Gemeinde	Esslingen	10467
Neuhausen auf den Fildern	Gemeinde	Esslingen	11349
Wernau (Neckar)	Stadt	Esslingen	12383
Plochingen	Stadt	Esslingen	14045
Wendlingen am Neckar	Stadt	Esslingen	15978
	Große		
Ostfildern	Kreisstadt	Esslingen	36163
	Große		
Leinfelden- Echterdingen	Kreisstadt	Esslingen	37222
	Große		
Kirchheim unter Teck	Kreisstadt	Esslingen	39859
	Große		
Nürtingen	Kreisstadt	Esslingen	40364
	Große		
Filderstadt	Kreisstadt	Esslingen	44348
	Große		
Esslingen am Neckar	Kreisstadt	Esslingen	91869
		Freiburg im	
Freiburg im Breisgau	Stadtkreis	Breisgau	224191
Wörnersberg	Gemeinde	Freudenstadt	249
Grömbach	Gemeinde	Freudenstadt	680
Bad Rippoldsau- Schapbach	Gemeinde	Freudenstadt	2234
Seewald	Gemeinde	Freudenstadt	2325
Glatten	Gemeinde	Freudenstadt	2326
Schopfloch	Gemeinde	Freudenstadt	2612

Empfingen	Gemeinde	Freudenstadt	4137
Eutingen im Gäu	Gemeinde	Freudenstadt	5441
Waldachtal	Gemeinde	Freudenstadt	5791
Alpirsbach	Stadt	Freudenstadt	6583
Pfalzgrafenweiler	Gemeinde	Freudenstadt	7251
Loßburg	Gemeinde	Freudenstadt	7613
Dornstetten	Stadt	Freudenstadt	7984
Baiersbronn	Gemeinde	Freudenstadt	15498
	Große		
Freudenstadt	Kreisstadt	Freudenstadt	23551
	Große		
Horb am Neckar	Kreisstadt	Freudenstadt	25603
Drackenstein	Gemeinde	Göppingen	437
Hohenstadt	Gemeinde	Göppingen	722
Mühlhausen im Täle	Gemeinde	Göppingen	978
Aichelberg	Gemeinde	Göppingen	1294
Gammelshausen	Gemeinde	Göppingen	1464
Schlat	Gemeinde	Göppingen	1727
Börtlingen	Gemeinde	Göppingen	1754
Birenbach	Gemeinde	Göppingen	1864
Adelberg	Gemeinde	Göppingen	2006
Gruibingen	Gemeinde	Göppingen	2067
Dürnau	Gemeinde	Göppingen	2083
Wiesensteig	Stadt	Göppingen	2138
Eschenbach	Gemeinde	Göppingen	2181
Ottenbach	Gemeinde	Göppingen	2443
Lauterstein	Stadt	Göppingen	2681
Hattenhofen	Gemeinde	Göppingen	2933
Zell unter Aichelberg	Gemeinde	Göppingen	3028
Wangen	Gemeinde	Göppingen	3165
Bad Ditzenbach	Gemeinde	Göppingen	3674
Schlierbach	Gemeinde	Göppingen	3804
Bad Überkingen	Gemeinde	Göppingen	3824
Wäschenbeuren	Gemeinde	Göppingen	3976
Gingen an der Fils	Gemeinde	Göppingen	4289
Albershausen	Gemeinde	Göppingen	4309
Bad Boll	Gemeinde	Göppingen	5205
Heiningen	Gemeinde	Göppingen	5285
Rechberghausen	Gemeinde	Göppingen	5366
Deggingen	Gemeinde	Göppingen	5456
Kuchen	Gemeinde	Göppingen	5512

Böhlenkirch	Gemeinde	Göppingen	5515
Salach	Gemeinde	Göppingen	7748
Süßen	Stadt	Göppingen	9934
Donzdorf	Stadt	Göppingen	10816
Uhingen	Stadt	Göppingen	13555
Ebersbach an der Fils	Stadt	Göppingen	15291
Eislingen/Fils	Stadt	Göppingen	20364
Geislingen an der Steige	Große Kreisstadt	Göppingen	26841
Göppingen	Große Kreisstadt	Göppingen	56819
Heidelberg	Stadtkreis	Heidelberg	147312
Hermaringen	Gemeinde	Heidenheim	2313
Dischingen	Gemeinde	Heidenheim	4419
Niederstotzingen	Stadt	Heidenheim	4645
Sonthem an der Brenz	Gemeinde	Heidenheim	5525
Nattheim	Gemeinde	Heidenheim	6220
Königsbronn	Gemeinde	Heidenheim	7085
Steinheim am Albuch	Gemeinde	Heidenheim	8566
Gerstetten	Gemeinde	Heidenheim	11667
Herbrechtingen	Stadt	Heidenheim	13078
Giengen an der Brenz	Große Kreisstadt	Heidenheim	19434
Heidenheim an der Brenz	Große Kreisstadt	Heidenheim	48164
Roigheim	Gemeinde	Heilbronn	1441
Jagsthausen	Gemeinde	Heilbronn	1551
Siegelsbach	Gemeinde	Heilbronn	1630
Widdern	Stadt	Heilbronn	1916
Lehrensteinsfeld	Gemeinde	Heilbronn	2164
Pfaffenhofen	Gemeinde	Heilbronn	2396
Ittlingen	Gemeinde	Heilbronn	2414
Offenau	Gemeinde	Heilbronn	2689
Cleebronn	Gemeinde	Heilbronn	2692
Löwenstein	Stadt	Heilbronn	3134
Eberstadt	Gemeinde	Heilbronn	3161
Ellhofen	Gemeinde	Heilbronn	3328
Massenbachhausen	Gemeinde	Heilbronn	3504
Neckarwestheim	Gemeinde	Heilbronn	3509

Langenbrettach	Gemeinde	Heilbronn	3641
Zaberfeld	Gemeinde	Heilbronn	3915
Hardthausen am Kocher	Gemeinde	Heilbronn	3989
Untereisesheim	Gemeinde	Heilbronn	4063
Abstatt	Gemeinde	Heilbronn	4486
Talheim	Gemeinde	Heilbronn	4820
Gemmingen	Gemeinde	Heilbronn	4913
Erlenbach	Gemeinde	Heilbronn	4920
Neudenau	Stadt	Heilbronn	5181
Kirchartt	Gemeinde	Heilbronn	5407
Oedheim	Gemeinde	Heilbronn	5923
Beilstein	Stadt	Heilbronn	6063
Güglingen	Stadt	Heilbronn	6132
Wüstenrot	Gemeinde	Heilbronn	6633
Flein	Gemeinde	Heilbronn	6647
Bad Wimpfen	Stadt	Heilbronn	6824
Gundelsheim	Stadt	Heilbronn	7221
Nordheim	Gemeinde	Heilbronn	7436
Untergruppenbach	Gemeinde	Heilbronn	7861
Möckmühl	Stadt	Heilbronn	8084
Ilsfeld	Gemeinde	Heilbronn	8513
Neuenstadt am Kocher	Stadt	Heilbronn	9634
Leingarten	Gemeinde	Heilbronn	10772
Lauffen am Neckar	Stadt	Heilbronn	10911
Schwaigern	Stadt	Heilbronn	11019
Weinsberg	Stadt	Heilbronn	11581
Obersulm	Gemeinde	Heilbronn	13952
Brackenheim	Stadt	Heilbronn	15128
Bad Friedrichshall	Stadt	Heilbronn	18762
Bad Rappenau	Große Kreisstadt	Heilbronn	20505
Eppingen	Große Kreisstadt	Heilbronn	21388
Neckarsulm	Große Kreisstadt	Heilbronn	26511
Heilbronn	Stadtkreis	Heilbronn Stadt	122879
Zweiflingen	Gemeinde	Hohenlohekreis	1788
Weißbach	Gemeinde	Hohenlohekreis	2112
Dörzbach	Gemeinde	Hohenlohekreis	2424
Waldenburg	Stadt	Hohenlohekreis	3004
Mulfingen	Gemeinde	Hohenlohekreis	3718

Niedernhall	Stadt	Hohenlohekreis	3945
Krautheim	Stadt	Hohenlohekreis	4717
Forchtenberg	Stadt	Hohenlohekreis	4980
Ingelfingen	Stadt	Hohenlohekreis	5691
Schöntal	Gemeinde	Hohenlohekreis	5696
Kupferzell	Gemeinde	Hohenlohekreis	5783
Neuenstein	Stadt	Hohenlohekreis	6241
Pfedelbach	Gemeinde	Hohenlohekreis	8986
Bretzfeld	Gemeinde	Hohenlohekreis	12244
Künzelsau	Stadt	Hohenlohekreis	14822
Große			
Öhringen	Kreisstadt	Hohenlohekreis	22762
Zaisenhausen	Gemeinde	Karlsruhe	1711
Kürnbach	Gemeinde	Karlsruhe	2277
Gondelsheim	Gemeinde	Karlsruhe	3311
Sulzfeld	Gemeinde	Karlsruhe	4640
Marxzell	Gemeinde	Karlsruhe	5358
Hambrücken	Gemeinde	Karlsruhe	5456
Kronau	Gemeinde	Karlsruhe	5566
Dettenheim	Gemeinde	Karlsruhe	6496
Forst	Gemeinde	Karlsruhe	7836
Walzbachtal	Gemeinde	Karlsruhe	9141
Oberhausen- Rheinhausen	Gemeinde	Karlsruhe	9590
Weingarten (Baden)	Gemeinde	Karlsruhe	9949
Karlsdorf-Neuthard	Gemeinde	Karlsruhe	9972
Oberderdingen	Gemeinde	Karlsruhe	10474
Graben-Neudorf	Gemeinde	Karlsruhe	11611
Linkenheim-Hochstetten	Gemeinde	Karlsruhe	11944
Waldbronn	Gemeinde	Karlsruhe	12386
Philippsburg	Stadt	Karlsruhe	12418
Bad Schönborn	Gemeinde	Karlsruhe	12530
Östringen	Stadt	Karlsruhe	12831
Ubstadt-Weiher	Gemeinde	Karlsruhe	12914
Malsch	Gemeinde	Karlsruhe	14488
Kraichtal	Stadt	Karlsruhe	14839
Karlsbad	Gemeinde	Karlsruhe	15808
Eggenstein- Leopoldshafen	Gemeinde	Karlsruhe	15820
Pfinztal	Gemeinde	Karlsruhe	17907

Rheinstetten	Große Kreisstadt	Karlsruhe	20552
Waghäusel	Stadt	Karlsruhe	20620
Stutensee	Große Kreisstadt	Karlsruhe	23583
Bretten	Große Kreisstadt	Karlsruhe	28466
Ettlingen	Große Kreisstadt	Karlsruhe	38553
Bruchsal	Große Kreisstadt	Karlsruhe	43224
Karlsruhe	Stadtkreis	Karlsruhe Stadt	294761
Büsingen am Hochrhein	Gemeinde	Konstanz	1396
Hohenfels	Gemeinde	Konstanz	2008
Aach	Stadt	Konstanz	2175
Mühlingen	Gemeinde	Konstanz	2312
Volkertshausen	Gemeinde	Konstanz	2948
Gailingen am Hochrhein	Gemeinde	Konstanz	3084
Orsingen-Nenzingen	Gemeinde	Konstanz	3189
Gaienhofen	Gemeinde	Konstanz	3238
Moos	Gemeinde	Konstanz	3270
Eigeltingen	Gemeinde	Konstanz	3572
Öhningen	Gemeinde	Konstanz	3624
Mühlhausen-Ehingen	Gemeinde	Konstanz	3677
Bodman-Ludwigshafen	Gemeinde	Konstanz	4391
Tengen	Stadt	Konstanz	4602
Steißlingen	Gemeinde	Konstanz	4608
Reichenau	Gemeinde	Konstanz	5185
Allensbach	Gemeinde	Konstanz	7106
Hilzingen	Gemeinde	Konstanz	8284
Engen	Stadt	Konstanz	10200
Gottmadingen	Gemeinde	Konstanz	10253
Rielasingen-Worblingen	Gemeinde	Konstanz	11881
Stockach	Stadt	Konstanz	16679
Radolfzell am Bodensee	Große Kreisstadt	Konstanz	30782
Singen (Hohentwiel)	Große Kreisstadt	Konstanz	45826

Konstanz	Große Kreisstadt	Konstanz	84693
Böllen	Gemeinde	Lörrach	94
Tunau	Gemeinde	Lörrach	191
Wembach	Gemeinde	Lörrach	326
Schönenberg	Gemeinde	Lörrach	347
Fröhnd	Gemeinde	Lörrach	485
Aitern	Gemeinde	Lörrach	550
Wieden	Gemeinde	Lörrach	564
Utzenfeld	Gemeinde	Lörrach	637
Fischingen	Gemeinde	Lörrach	701
Schallbach	Gemeinde	Lörrach	711
Häg-Ehrsberg	Gemeinde	Lörrach	889
Wittlingen	Gemeinde	Lörrach	965
Hasel	Gemeinde	Lörrach	1119
Malsburg-Marzell	Gemeinde	Lörrach	1507
Rümmingen	Gemeinde	Lörrach	1636
Hausen im Wiesental	Gemeinde	Lörrach	2359
Schönau im Schwarzwald	Stadt	Lörrach	2382
Schwörstadt	Gemeinde	Lörrach	2407
Eimeldingen	Gemeinde	Lörrach	2439
Inzlingen	Gemeinde	Lörrach	2472
Binzen	Gemeinde	Lörrach	2886
Kleines Wiesental	Gemeinde	Lörrach	2928
Bad Bellingen	Gemeinde	Lörrach	3894
Maulburg	Gemeinde	Lörrach	4018
Todtnau	Stadt	Lörrach	4879
Schliengen	Gemeinde	Lörrach	5322
Zell im Wiesental	Stadt	Lörrach	5937
Kandern	Stadt	Lörrach	8103
Efringen-Kirchen	Gemeinde	Lörrach	8164
Steinen	Gemeinde	Lörrach	10143
Grenzach-Wyhlen	Gemeinde	Lörrach	14027
Schopfheim	Stadt	Lörrach	18940
Weil am Rhein	Große Kreisstadt	Lörrach	29918
Rheinfelden (Baden)	Große Kreisstadt	Lörrach	32330
Lörrach	Große Kreisstadt	Lörrach	48380
Hessigheim	Gemeinde	Ludwigsburg	2217

Freudental	Gemeinde	Ludwigsburg	2430
Erligheim	Gemeinde	Ludwigsburg	2686
Walheim	Gemeinde	Ludwigsburg	2971
Mundelsheim	Gemeinde	Ludwigsburg	3154
Oberriexingen	Stadt	Ludwigsburg	3167
Gemmrigheim	Gemeinde	Ludwigsburg	3928
Affalterbach	Gemeinde	Ludwigsburg	4558
Erdmannhausen	Gemeinde	Ludwigsburg	4716
Kirchheim am Neckar	Gemeinde	Ludwigsburg	5159
Sersheim	Gemeinde	Ludwigsburg	5262
Löchgau	Gemeinde	Ludwigsburg	5371
Benningen am Neckar	Gemeinde	Ludwigsburg	5793
Ingersheim	Gemeinde	Ludwigsburg	6023
Murr	Gemeinde	Ludwigsburg	6201
Pleidelsheim	Gemeinde	Ludwigsburg	6272
Eberdingen	Gemeinde	Ludwigsburg	6407
Hemmingen	Gemeinde	Ludwigsburg	7354
Bönnigheim	Stadt	Ludwigsburg	7520
Oberstenfeld	Gemeinde	Ludwigsburg	7897
Großbottwar	Stadt	Ludwigsburg	8171
Möglingen	Gemeinde	Ludwigsburg	10617
Schwieberdingen	Gemeinde	Ludwigsburg	11362
Besigheim	Stadt	Ludwigsburg	11870
Steinheim an der Murr	Stadt	Ludwigsburg	12039
Tamm	Gemeinde	Ludwigsburg	12286
Asperg	Stadt	Ludwigsburg	13126
Markgröningen	Stadt	Ludwigsburg	14390
Marbach am Neckar	Stadt	Ludwigsburg	15510
Freiberg am Neckar	Stadt	Ludwigsburg	15702
Sachsenheim	Stadt	Ludwigsburg	17674
Korntal-Münchingen	Stadt	Ludwigsburg	18609
Gerlingen	Stadt	Ludwigsburg	19025
Remseck am Neckar	Große Kreisstadt	Ludwigsburg	23355
Ditzingen	Große Kreisstadt	Ludwigsburg	24493
Vaihingen an der Enz	Große Kreisstadt	Ludwigsburg	28833

Kornwestheim	Große Kreisstadt	Ludwigsburg	31292
Bietigheim-Bissingen	Große Kreisstadt	Ludwigsburg	42810
Ludwigsburg	Große Kreisstadt	Ludwigsburg	87735
Wittighausen	Gemeinde	Main-Tauber- Kreis	1701
Assamstadt	Gemeinde	Main-Tauber- Kreis	2056
Ahorn	Gemeinde	Main-Tauber- Kreis	2263
Königheim	Gemeinde	Main-Tauber- Kreis	3153
Werbach	Gemeinde	Main-Tauber- Kreis	3478
Grünsfeld	Stadt	Main-Tauber- Kreis	3703
Freudenberg	Stadt	Main-Tauber- Kreis	3884
Großrinderfeld	Gemeinde	Main-Tauber- Kreis	4053
Creglingen	Stadt	Main-Tauber- Kreis	4679
Niederstetten	Stadt	Main-Tauber- Kreis	5222
Külsheim	Stadt	Main-Tauber- Kreis	5437
Igersheim	Gemeinde	Main-Tauber- Kreis	5653
Boxberg	Stadt	Main-Tauber- Kreis	6967
Weikersheim	Stadt	Main-Tauber- Kreis	7431
Tauberbischofsheim	Stadt	Main-Tauber- Kreis	13101
Lauda-Königshofen	Stadt	Main-Tauber- Kreis	14624
Bad Mergentheim	Große Kreisstadt	Main-Tauber- Kreis	22394
Wertheim	Große Kreisstadt	Main-Tauber- Kreis	23552

Mannheim	Stadtkreis	Mannheim	313174
Zwingenberg	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	679
Binau	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	1378
Neckarzimmern	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	1531
Neunkirchen	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	1842
Hüffenhardt	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	2042
Rosenberg	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	2166
Neckargerach	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	2330
Fahrenbach	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	2778
Ravenstein	Stadt	Neckar- Odenwald-Kreis	2960
Höpfingen	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	3152
Schwarzach	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	3198
Schefflenz	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	4144
Seckach	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	4331
Limbach	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	4501
Waldbrunn	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	4823
Aglasterhausen	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	4882
Haßmersheim	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	4908
Mudau	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	4943
Obrigheim	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	5221
Adelsheim	Stadt	Neckar- Odenwald-Kreis	5307

Billigheim	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	5742
Elztal	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	5969
Osterburken	Stadt	Neckar- Odenwald-Kreis	6488
Hardheim	Gemeinde	Neckar- Odenwald-Kreis	7223
Walldürn	Stadt	Neckar- Odenwald-Kreis	11702
Buchen (Odenwald)	Stadt	Neckar- Odenwald-Kreis	18276
Mosbach	Große Kreisstadt	Neckar- Odenwald-Kreis	24490
Seebach	Gemeinde	Ortenaukreis	1448
Mühlenbach	Gemeinde	Ortenaukreis	1668
Hofstetten	Gemeinde	Ortenaukreis	1703
Fischerbach	Gemeinde	Ortenaukreis	1741
Lautenbach	Gemeinde	Ortenaukreis	1864
Nordrach	Gemeinde	Ortenaukreis	1974
Gutach (Schwarzwaldbahn)	Gemeinde	Ortenaukreis	2178
Ringsheim	Gemeinde	Ortenaukreis	2221
Berghaupten	Gemeinde	Ortenaukreis	2415
Sasbachwalden	Gemeinde	Ortenaukreis	2439
Oberharmersbach	Gemeinde	Ortenaukreis	2501
Bad Peterstal- Griesbach	Gemeinde	Ortenaukreis	2698
Oberwolfach	Gemeinde	Ortenaukreis	2729
Schuttertal	Gemeinde	Ortenaukreis	3228
Ohlsbach	Gemeinde	Ortenaukreis	3231
Ottenhöfen im Schwarzwald	Gemeinde	Ortenaukreis	3271
Ortenberg	Gemeinde	Ortenaukreis	3349
Biberach	Gemeinde	Ortenaukreis	3365
Meißenheim	Gemeinde	Ortenaukreis	3731
Rust	Gemeinde	Ortenaukreis	3736
Durbach	Gemeinde	Ortenaukreis	3814
Lauf	Gemeinde	Ortenaukreis	3818
Steinach	Gemeinde	Ortenaukreis	3940
Hornberg	Stadt	Ortenaukreis	4294
Mahlberg	Stadt	Ortenaukreis	4703

Kappel-Grafenhausen	Gemeinde	Ortenaukreis	4808
Oppenau	Stadt	Ortenaukreis	4850
Seelbach	Gemeinde	Ortenaukreis	5026
Kippenheim	Gemeinde	Ortenaukreis	5167
Sasbach	Gemeinde	Ortenaukreis	5446
Kappelrodeck	Gemeinde	Ortenaukreis	5783
Wolfach	Stadt	Ortenaukreis	5825
Hausach	Stadt	Ortenaukreis	5870
Schwanau	Gemeinde	Ortenaukreis	6846
Haslach im Kinzigtal	Stadt	Ortenaukreis	6979
Schutterwald	Gemeinde	Ortenaukreis	7173
Renchen	Stadt	Ortenaukreis	7345
Hohberg	Gemeinde	Ortenaukreis	7835
Zell am Harmersbach	Stadt	Ortenaukreis	8063
Willstätt	Gemeinde	Ortenaukreis	9096
Neuried	Gemeinde	Ortenaukreis	9449
Appenweier	Gemeinde	Ortenaukreis	9802
Gengenbach	Stadt	Ortenaukreis	11023
Rheinau	Stadt	Ortenaukreis	11277
Ettenheim	Stadt	Ortenaukreis	12244
Friesenheim	Gemeinde	Ortenaukreis	12741
Oberkirch	Große Kreisstadt	Ortenaukreis	19961
Achern	Große Kreisstadt	Ortenaukreis	25014
Kehl	Große Kreisstadt	Ortenaukreis	34789
Lahr/Schwarzwald	Große Kreisstadt	Ortenaukreis	43827
Offenburg	Große Kreisstadt	Ortenaukreis	59215
Obergröningen	Gemeinde	Ostalbkreis	464
Täferrot	Gemeinde	Ostalbkreis	1047
Wört	Gemeinde	Ostalbkreis	1386
Ellenberg	Gemeinde	Ostalbkreis	1694
Eschach	Gemeinde	Ostalbkreis	1803
Adelmannsfelden	Gemeinde	Ostalbkreis	1816
Ruppertshofen	Gemeinde	Ostalbkreis	1833
Tannhausen	Gemeinde	Ostalbkreis	1835
Heuchlingen	Gemeinde	Ostalbkreis	1840

Kirchheim am Ries	Gemeinde	Ostalbkreis	1915
Stödtlen	Gemeinde	Ostalbkreis	1981
Leinzell	Gemeinde	Ostalbkreis	2084
Bartholomä	Gemeinde	Ostalbkreis	2125
Riesbürg	Gemeinde	Ostalbkreis	2208
Schechingen	Gemeinde	Ostalbkreis	2370
Jagstzell	Gemeinde	Ostalbkreis	2401
Göggingen	Gemeinde	Ostalbkreis	2438
Iggingen	Gemeinde	Ostalbkreis	2560
Rosenberg	Gemeinde	Ostalbkreis	2593
Durlangen	Gemeinde	Ostalbkreis	2893
Neuler	Gemeinde	Ostalbkreis	3164
Rainau	Gemeinde	Ostalbkreis	3300
Spraitbach	Gemeinde	Ostalbkreis	3368
Mögglingen	Gemeinde	Ostalbkreis	4165
Unterschneidheim	Gemeinde	Ostalbkreis	4600
Böbingen an der Rems	Gemeinde	Ostalbkreis	4614
Lauchheim	Stadt	Ostalbkreis	4646
Gschwend	Gemeinde	Ostalbkreis	4956
Westhausen	Gemeinde	Ostalbkreis	5862
Hüttlingen	Gemeinde	Ostalbkreis	5864
Essingen	Gemeinde	Ostalbkreis	6371
Mutlangen	Gemeinde	Ostalbkreis	6561
Waldstetten	Gemeinde	Ostalbkreis	7140
Abtsgmünd	Gemeinde	Ostalbkreis	7392
Oberkochen	Stadt	Ostalbkreis	7799
Neresheim	Stadt	Ostalbkreis	8020
Heubach	Stadt	Ostalbkreis	10028
Lorch	Stadt	Ostalbkreis	11074
Bopfingen	Stadt	Ostalbkreis	12167
Ellwangen (Jagst)	Große Kreisstadt	Ostalbkreis	24589
Schwäbisch Gmünd	Große Kreisstadt	Ostalbkreis	59654
Aalen	Große Kreisstadt	Ostalbkreis	66113
Pforzheim	Stadtkreis	Pforzheim	119781
Weisenbach	Gemeinde	Rastatt	2561
Loffenau	Gemeinde	Rastatt	2575
Steinmauern	Gemeinde	Rastatt	2942
Bischweier	Gemeinde	Rastatt	3100

Elchesheim-Illingen	Gemeinde	Rastatt	3290
Au am Rhein	Gemeinde	Rastatt	3350
Ötigheim	Gemeinde	Rastatt	4493
Hügelsheim	Gemeinde	Rastatt	4891
Iffezheim	Gemeinde	Rastatt	4897
Lichtenau	Stadt	Rastatt	4980
Forbach	Gemeinde	Rastatt	5291
Bietigheim	Gemeinde	Rastatt	5976
Ottersweier	Gemeinde	Rastatt	6135
Muggensturm	Gemeinde	Rastatt	6139
Rheinmünster	Gemeinde	Rastatt	6646
Kuppenheim	Stadt	Rastatt	7839
Bühlertal	Gemeinde	Rastatt	7946
Sinzheim	Gemeinde	Rastatt	11222
Durmersheim	Gemeinde	Rastatt	12189
Gernsbach	Stadt	Rastatt	14289
Gaggenau	Große		
	Kreisstadt	Rastatt	29032
Bühl	Große		
	Kreisstadt	Rastatt	29452
Rastatt	Große		
	Kreisstadt	Rastatt	47554
Guggenhausen	Gemeinde	Ravensburg	181
Unterwaldhausen	Gemeinde	Ravensburg	279
Eichstegen	Gemeinde	Ravensburg	508
Boms	Gemeinde	Ravensburg	619
Riedhausen	Gemeinde	Ravensburg	637
Fleischwangen	Gemeinde	Ravensburg	658
Königseggwald	Gemeinde	Ravensburg	670
Hoßkirch	Gemeinde	Ravensburg	733
Ebenweiler	Gemeinde	Ravensburg	1176
Achberg	Gemeinde	Ravensburg	1657
Ebersbach-Musbach	Gemeinde	Ravensburg	1759
Aitrach	Gemeinde	Ravensburg	2525
Aichstetten	Gemeinde	Ravensburg	2745
Waldburg	Gemeinde	Ravensburg	3051
Grünkraut	Gemeinde	Ravensburg	3113
Bergatreute	Gemeinde	Ravensburg	3145
Bodnegg	Gemeinde	Ravensburg	3149
Wolfegg	Gemeinde	Ravensburg	3447
Schlier	Gemeinde	Ravensburg	3710

Amtzell	Gemeinde	Ravensburg	3829
Berg	Gemeinde	Ravensburg	3960
Wolpertswende	Gemeinde	Ravensburg	4057
Fronreute	Gemeinde	Ravensburg	4497
Vogt	Gemeinde	Ravensburg	4537
Altshausen	Gemeinde	Ravensburg	4630
Wilhelmsdorf	Gemeinde	Ravensburg	4806
Horgenzell	Gemeinde	Ravensburg	4855
Baindt	Gemeinde	Ravensburg	4884
Argenbühl	Gemeinde	Ravensburg	6046
Baienfurt	Gemeinde	Ravensburg	7194
Kißlegg	Gemeinde	Ravensburg	8515
Aulendorf	Stadt	Ravensburg	9779
Bad Wurzach	Stadt	Ravensburg	14272
Isny im Allgäu	Stadt	Ravensburg	14392
Bad Waldsee	Stadt	Ravensburg	19938
Leutkirch im Allgäu	Große Kreisstadt	Ravensburg	21902
Weingarten	Große Kreisstadt	Ravensburg	23875
Wangen im Allgäu	Große Kreisstadt	Ravensburg	27461
Ravensburg	Große Kreisstadt	Ravensburg	49774
Spiegelberg	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	2135
Großerlach	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	2488
Kaisersbach	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	2651
Burgstetten	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	3390
Kirchberg an der Murr	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	3656
Oppenweiler	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	4091
Althütte	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	4189
Allmersbach im Tal	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	4705
Sulzbach an der Murr	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	5311
Berglen	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	5995
Auenwald	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	6919
Weissach im Tal	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	7029
Alfdorf	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	7134
Winterbach	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	7678
Aspach	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	8219
Urbach	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	8657
Plüderhausen	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	9298

Schwaikheim	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	9345
Korb	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	10329
Leutenbach	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	10949
Welzheim	Stadt	Rems-Murr-Kreis	11025
Rudersberg	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	11427
Remshalden	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	13386
Murrhardt	Stadt	Rems-Murr-Kreis	13906
Kernen im Remstal	Gemeinde	Rems-Murr-Kreis	15320
	Große		
Weinstadt	Kreisstadt	Rems-Murr-Kreis	26421
	Große		
Winnenden	Kreisstadt	Rems-Murr-Kreis	27599
	Große		
Backnang	Kreisstadt	Rems-Murr-Kreis	35395
	Große		
Schorndorf	Kreisstadt	Rems-Murr-Kreis	39236
	Große		
Fellbach	Kreisstadt	Rems-Murr-Kreis	44665
	Große		
Waiblingen	Kreisstadt	Rems-Murr-Kreis	52900
	Gemeindefreier		
Gutsbezirk Münsingen	Bezirk	Reutlingen	160
Mehrstetten	Gemeinde	Reutlingen	1348
Grabenstetten	Gemeinde	Reutlingen	1534
Pfronstetten	Gemeinde	Reutlingen	1540
Zwiefalten	Gemeinde	Reutlingen	2067
Hayingen	Stadt	Reutlingen	2127
Gomadingen	Gemeinde	Reutlingen	2193
Grafenberg	Gemeinde	Reutlingen	2614
Hülben	Gemeinde	Reutlingen	2826
Hohenstein	Gemeinde	Reutlingen	3740
Römerstein	Gemeinde	Reutlingen	3911
Riederich	Gemeinde	Reutlingen	4243
Walddorfhäslach	Gemeinde	Reutlingen	4849
Wannweil	Gemeinde	Reutlingen	5149
St. Johann	Gemeinde	Reutlingen	5154
Engstingen	Gemeinde	Reutlingen	5306
Trochtelfingen	Stadt	Reutlingen	6446
Sonnenbühl	Gemeinde	Reutlingen	7045
Lichtenstein	Gemeinde	Reutlingen	8950
Dettingen an der Erms	Gemeinde	Reutlingen	9329

Pliezhausen	Gemeinde	Reutlingen	9329
Eningen unter Achalm	Gemeinde	Reutlingen	11069
Bad Urach	Stadt	Reutlingen	12317
Münsingen	Stadt	Reutlingen	14491
Pfullingen	Stadt	Reutlingen	18675
Metzingen	Große Kreisstadt	Reutlingen	22035
Reutlingen	Große Kreisstadt	Reutlingen	112484
Heddesbach	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	463
Spechbach	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	1734
Neidenstein	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	1786
Reichartshausen	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2035
Zuzenhausen	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2182
Lobbach	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2400
Epfenbach	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2504
Eschelbronn	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2510
Gaiberg	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2704
Heiligkreuzsteinach	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2919
Schönbrunn	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	2941
Wiesenbach	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	3071
Wilhelmsfeld	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	3258
Malsch	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	3468
Helmstadt-Bargen	Gemeinde	Rhein-Neckar- Kreis	3706
Neckarbischofsheim	Stadt	Rhein-Neckar- Kreis	3863

Mauer	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	3928
Schönau	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	4526
Angelbachtal	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	4960
Altlußheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	5239
Meckesheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	5278
Waibstadt	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	5723
Laudenbach	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	6051
Bammental	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	6468
Neulußheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	6626
Reilingen	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	7139
Rauenberg	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	7959
Mühlhausen	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	8245
Ilvesheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	8471
Dielheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	8902
Hirschberg an der Bergstraße	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	9539
Plankstadt	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	9685
Nußloch	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	10700
Oftersheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	11192
Ladenburg	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	11513
Heddesheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	11631
Hemsbach	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	12290

Dossenheim	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	12507
Ketsch	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	12782
St. Leon-Rot	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	12839
Neckargemünd	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	13905
Brühl	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	14159
Edingen-Neckarhausen	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	14379
Sandhausen	Gemeinde	Rhein-Neckar-Kreis	14542
Walldorf	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	14824
Schriesheim	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	14908
Eberbach	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	14917
Eppelheim	Stadt	Rhein-Neckar-Kreis	15014
Hockenheim	Große Kreisstadt	Rhein-Neckar-Kreis	21118
Schwetzingen	Große Kreisstadt	Rhein-Neckar-Kreis	21789
Wiesloch	Große Kreisstadt	Rhein-Neckar-Kreis	26034
Leimen	Große Kreisstadt	Rhein-Neckar-Kreis	27225
Sinsheim	Große Kreisstadt	Rhein-Neckar-Kreis	35392
Weinheim	Große Kreisstadt	Rhein-Neckar-Kreis	43682
Schenkenzell	Gemeinde	Rottweil	1778
Eschbronn	Gemeinde	Rottweil	2086
Hardt	Gemeinde	Rottweil	2547
Lauterbach	Gemeinde	Rottweil	3006
Wellendingen	Gemeinde	Rottweil	3103
Fluorn-Winzeln	Gemeinde	Rottweil	3191
Villingendorf	Gemeinde	Rottweil	3310
Epfendorf	Gemeinde	Rottweil	3353

Bösingen	Gemeinde	Rottweil	3499
Schiltach	Stadt	Rottweil	3875
Dietingen	Gemeinde	Rottweil	3935
Aichhalden	Gemeinde	Rottweil	4083
Vöhringen	Gemeinde	Rottweil	4104
Zimmern ob Rottweil	Gemeinde	Rottweil	5860
Deißlingen	Gemeinde	Rottweil	6008
Dunningen	Gemeinde	Rottweil	6025
Dornhan	Stadt	Rottweil	6115
Sulz am Neckar	Stadt	Rottweil	12159
Oberndorf am Neckar	Stadt	Rottweil	14378
Schramberg	Große Kreisstadt	Rottweil	21242
Rottweil	Große Kreisstadt	Rottweil	25659
Langenburg	Stadt	Schwäbisch Hall	1775
Wolpertshausen	Gemeinde	Schwäbisch Hall	2033
Bühlerzell	Gemeinde	Schwäbisch Hall	2100
Braunsbach	Gemeinde	Schwäbisch Hall	2330
Sulzbach-Laufen	Gemeinde	Schwäbisch Hall	2506
Fichtenberg	Gemeinde	Schwäbisch Hall	2821
Stimpfach	Gemeinde	Schwäbisch Hall	2944
Untermünkheim	Gemeinde	Schwäbisch Hall	3004
Bühlertann	Gemeinde	Schwäbisch Hall	3049
Michelbach an der Bilz	Gemeinde	Schwäbisch Hall	3375
Wallhausen	Gemeinde	Schwäbisch Hall	3591
Oberrot	Gemeinde	Schwäbisch Hall	3680
Michelfeld	Gemeinde	Schwäbisch Hall	3698
Kreßberg	Gemeinde	Schwäbisch Hall	3788
Vellberg	Stadt	Schwäbisch Hall	4224
Gerabronn	Stadt	Schwäbisch Hall	4277
Kirchberg an der Jagst	Stadt	Schwäbisch Hall	4295
Fichtenau	Gemeinde	Schwäbisch Hall	4514
Frankenhardt	Gemeinde	Schwäbisch Hall	4664
Obersontheim	Gemeinde	Schwäbisch Hall	4736
Rosengarten	Gemeinde	Schwäbisch Hall	5082
Blaufelden	Gemeinde	Schwäbisch Hall	5196
Satteldorf	Gemeinde	Schwäbisch Hall	5196
Rot am See	Gemeinde	Schwäbisch Hall	5234

Mainhardt	Gemeinde	Schwäbisch Hall	5709
Schrozberg	Stadt	Schwäbisch Hall	5889
Ilshofen	Stadt	Schwäbisch Hall	6220
Gaildorf	Stadt	Schwäbisch Hall	12332
	Große		
Crailsheim	Kreisstadt	Schwäbisch Hall	33021
	Große		
Schwäbisch Hall	Kreisstadt	Schwäbisch Hall	37137
		Schwarzwald-	
Gütenbach	Gemeinde	Baar-Kreis	1193
		Schwarzwald-	
Schönwald im Schwarzwald	Gemeinde	Baar-Kreis	2389
		Schwarzwald-	
Unterkirnach	Gemeinde	Baar-Kreis	2722
		Schwarzwald-	
Tuningen	Gemeinde	Baar-Kreis	2863
		Schwarzwald-	
Mönchweiler	Gemeinde	Baar-Kreis	3081
		Schwarzwald-	
Dauchingen	Gemeinde	Baar-Kreis	3671
		Schwarzwald-	
Vöhrenbach	Stadt	Baar-Kreis	3805
		Schwarzwald-	
Schonach im Schwarzwald	Gemeinde	Baar-Kreis	3889
		Schwarzwald-	
Triberg im Schwarzwald	Stadt	Baar-Kreis	4790
		Schwarzwald-	
Brigachtal	Gemeinde	Baar-Kreis	5095
		Schwarzwald-	
Niedereschach	Gemeinde	Baar-Kreis	5888
		Schwarzwald-	
Bräunlingen	Stadt	Baar-Kreis	5969
		Schwarzwald-	
Königsfeld im Schwarzwald	Gemeinde	Baar-Kreis	5995
		Schwarzwald-	
Hüfingen	Stadt	Baar-Kreis	7722
		Schwarzwald-	
Furtwangen im Schwarzwald	Stadt	Baar-Kreis	9249
		Schwarzwald-	
Blumberg	Stadt	Baar-Kreis	10138
		Schwarzwald-	
Bad Dürkheim	Stadt	Baar-Kreis	12912

St. Georgen im Schwarzwald	Stadt	Schwarzwald-Baar-Kreis	13014
Donaueschingen	Große Kreisstadt	Schwarzwald-Baar-Kreis	21128
Villingen-Schwenningen	Große Kreisstadt	Schwarzwald-Baar-Kreis	81022
Beuron	Gemeinde	Sigmaringen	688
Schwenningen	Gemeinde	Sigmaringen	1489
Hettingen	Stadt	Sigmaringen	1865
Neufra	Gemeinde	Sigmaringen	1866
Illmensee	Gemeinde	Sigmaringen	1997
Veringenstadt	Stadt	Sigmaringen	2227
Leibertingen	Gemeinde	Sigmaringen	2231
Sauldorf	Gemeinde	Sigmaringen	2475
Scheer	Stadt	Sigmaringen	2553
Wald	Gemeinde	Sigmaringen	2728
Bingen	Gemeinde	Sigmaringen	2783
Inzigkofen	Gemeinde	Sigmaringen	2904
Herdwangen-Schönach	Gemeinde	Sigmaringen	3327
Sigmaringendorf	Gemeinde	Sigmaringen	3653
Hohentengen	Gemeinde	Sigmaringen	4359
Herbertingen	Gemeinde	Sigmaringen	4855
Krauchenwies	Gemeinde	Sigmaringen	5023
Stetten am kalten Markt	Gemeinde	Sigmaringen	5091
Gammertingen	Stadt	Sigmaringen	6451
Ostrach	Gemeinde	Sigmaringen	6714
Meßkirch	Stadt	Sigmaringen	8291
Mengen	Stadt	Sigmaringen	9886
Pfullendorf	Stadt	Sigmaringen	13065
Sigmaringen	Stadt	Sigmaringen	16252
Bad Saulgau	Stadt	Sigmaringen	17442
Stuttgart	Stadtkreis	Stuttgart	606588
Hirrlingen	Gemeinde	Tübingen	2942
Neustetten	Gemeinde	Tübingen	3478
Nehren	Gemeinde	Tübingen	4272
Starzach	Gemeinde	Tübingen	4439
Ofterdingen	Gemeinde	Tübingen	4555
Dettenhausen	Gemeinde	Tübingen	5446
Dußlingen	Gemeinde	Tübingen	5571
Kirchentellinsfurt	Gemeinde	Tübingen	5592
Bodelshausen	Gemeinde	Tübingen	5735

Kusterdingen	Gemeinde	Tübingen	8245
Gomaringen	Gemeinde	Tübingen	8598
Ammerbuch	Gemeinde	Tübingen	11533
	Große		
Mössingen	Kreisstadt	Tübingen	20039
	Große		
Rottenburg am Neckar	Kreisstadt	Tübingen	42501
	Große		
Tübingen	Kreisstadt	Tübingen	88358
Bärenthal	Gemeinde	Tuttlingen	439
Reichenbach am Heuberg	Gemeinde	Tuttlingen	488
Königsheim	Gemeinde	Tuttlingen	555
Buchheim	Gemeinde	Tuttlingen	620
Egesheim	Gemeinde	Tuttlingen	631
Gunningen	Gemeinde	Tuttlingen	710
Renquishausen	Gemeinde	Tuttlingen	725
Mahlstetten	Gemeinde	Tuttlingen	731
Hausen ob Verena	Gemeinde	Tuttlingen	750
Irndorf	Gemeinde	Tuttlingen	772
Durchhausen	Gemeinde	Tuttlingen	922
Balgheim	Gemeinde	Tuttlingen	1126
Bubsheim	Gemeinde	Tuttlingen	1172
Talheim	Gemeinde	Tuttlingen	1206
Kolbingen	Gemeinde	Tuttlingen	1297
Böttingen	Gemeinde	Tuttlingen	1489
Dürbheim	Gemeinde	Tuttlingen	1674
Deilingen	Gemeinde	Tuttlingen	1677
Frittlingen	Gemeinde	Tuttlingen	2127
Seitingen-Oberflacht	Gemeinde	Tuttlingen	2325
Denkingen	Gemeinde	Tuttlingen	2525
Rietheim-Weilheim	Gemeinde	Tuttlingen	2690
Fridingen an der Donau	Stadt	Tuttlingen	3115
Mühlheim an der Donau	Stadt	Tuttlingen	3480
Wehingen	Gemeinde	Tuttlingen	3632
Wurmlingen	Gemeinde	Tuttlingen	3780
Gosheim	Gemeinde	Tuttlingen	3800
Neuhausen ob Eck	Gemeinde	Tuttlingen	3867
Emmingen-Liptingen	Gemeinde	Tuttlingen	4479
Immendingen	Gemeinde	Tuttlingen	5903

Geisingen	Stadt	Tuttlingen	6009
Aldingen	Gemeinde	Tuttlingen	7574
Spaichingen	Stadt	Tuttlingen	12307
Trossingen	Stadt	Tuttlingen	15310
	Große		
Tuttlingen	Kreisstadt	Tuttlingen	34282
Ulm	Stadtkreis	Ulm	122801
Ibach	Gemeinde	Waldshut	391
Dettighofen	Gemeinde	Waldshut	1081
Wutach	Gemeinde	Waldshut	1218
Häusern	Gemeinde	Waldshut	1248
Dachsberg (Südschwarzwald)	Gemeinde	Waldshut	1403
Eggingen	Gemeinde	Waldshut	1660
Bernau im Schwarzwald	Gemeinde	Waldshut	1898
Todtmoos	Gemeinde	Waldshut	2014
Lottstetten	Gemeinde	Waldshut	2161
Grafenhausen	Gemeinde	Waldshut	2234
Dogern	Gemeinde	Waldshut	2255
Höchenschwand	Gemeinde	Waldshut	2566
Herrischried	Gemeinde	Waldshut	2743
Weilheim	Gemeinde	Waldshut	3067
Hohentengen am Hochrhein	Gemeinde	Waldshut	3644
Rickenbach	Gemeinde	Waldshut	3868
St. Blasien	Stadt	Waldshut	3923
Görwihl	Gemeinde	Waldshut	4343
Jestetten	Gemeinde	Waldshut	5128
Ühlingen-Birkendorf	Gemeinde	Waldshut	5138
Stühlingen	Stadt	Waldshut	5180
Küssaberg	Gemeinde	Waldshut	5468
Wutöschingen	Gemeinde	Waldshut	6600
Murg	Gemeinde	Waldshut	6764
Bonndorf im Schwarzwald	Stadt	Waldshut	6848
Albbruck	Gemeinde	Waldshut	7276
Klettgau	Gemeinde	Waldshut	7420
Lauchringen	Gemeinde	Waldshut	7552
Laufenburg (Baden)	Stadt	Waldshut	8654
Wehr	Stadt	Waldshut	12771
Bad Säckingen	Stadt	Waldshut	16765

Waldshut-Tiengen	Große Kreisstadt	Waldshut	22859
Dautmergen	Gemeinde	Zollernalbkreis	407
Zimmern unter der Burg	Gemeinde	Zollernalbkreis	476
Hausen am Tann	Gemeinde	Zollernalbkreis	492
Weilen unter den Rinnen	Gemeinde	Zollernalbkreis	627
Ratshausen	Gemeinde	Zollernalbkreis	768
Dormettingen	Gemeinde	Zollernalbkreis	1033
Jungingen	Gemeinde	Zollernalbkreis	1416
Obernheim	Gemeinde	Zollernalbkreis	1432
Nusplingen	Gemeinde	Zollernalbkreis	1810
Dotternhausen	Gemeinde	Zollernalbkreis	1862
Grosselfingen	Gemeinde	Zollernalbkreis	2096
Straßberg	Gemeinde	Zollernalbkreis	2598
Bitz	Gemeinde	Zollernalbkreis	3721
Schömburg	Stadt	Zollernalbkreis	4642
Rangendingen	Gemeinde	Zollernalbkreis	5203
Geislingen	Stadt	Zollernalbkreis	5992
Rosenfeld	Stadt	Zollernalbkreis	6459
Winterlingen	Gemeinde	Zollernalbkreis	6473
Bisingen	Gemeinde	Zollernalbkreis	9249
Meßstetten	Stadt	Zollernalbkreis	10472
Haigerloch	Stadt	Zollernalbkreis	10757
Burladingen	Stadt	Zollernalbkreis	12386
Hechingen	Stadt	Zollernalbkreis	19089
Balingen	Große Kreisstadt	Zollernalbkreis	33959
Albstadt	Große Kreisstadt	Zollernalbkreis	44974